

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abohmentspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mf., bei Selbstabholung 5.50 Mf. Durch die Post bezogen vierjährlich 18.— Mf., für einen Monat 6.— Mf. — Preis der Einzelnummer 20 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4598. — Postkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 12603. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4598

Interratenpreis: Die 7 geplante Kolonelzeile oder deren Raum 1.00 Mf., bei Platzvorrichtung 2.30 Mf.; Familiennotizen, die 7 geplante Zeile 1.70 Mf. Reklame-Kolonelzeile 7.50 Mf. — Telefon für die Interraten-Abteilung 2721
Schluß der Interraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Parteitag der U. S. P. in Leipzig.

Das Zentralkomitee beschloß, den nächsten Parteitag zum Sonntag, den 8. Januar 1922 nach Leipzig (Volkshaus), nachmittags 5 Uhr, einzuberufen.

Vorläufige Tagesordnung:

1. Eröffnung und Konstituierung des Parteitages.
2. Geschäftsbericht:
 - a) Allgemeiner,
 - b) Kassenbericht und Organisation.
3. Bericht der Reichstagsfraktion.
4. Bericht der Programmkommission.
5. Finanz- und Steuerpolitik.
6. Organisationsstatut.
7. Die Internationale Arbeitsgemeinschaft.
8. Anträge.
9. Wahl des Parteiseitung.

(Referenten werden noch bekanntgegeben.)

Für die Zusammenziehung des Parteitages sind die Beschlüsse des Haller Parteitages maßgebend, da heißt es:

"Der Parteitag sieht sich aus Delegierten der Bezirksorganisationen zusammen. Die Gesamtzahl der Delegierten darf nicht mehr als 400 betragen. Die Verteilung der Delegierten auf die einzelnen Bezirke erfolgt nach der Mitgliederzahl für die am letzten Vierteljahrabschluß geleisteten Beiträge an die Zentralleitung abgeführt worden sind. Jeder Bezirk erhält mindestens einen Delegierten."

Die Wahlen der Delegierten zum Parteitag sind bezirksweise nach einheitlichen Grundsätzen vorzunehmen. Die Wahlordnung hat das Zentralkomitee frühzeitig bekanntzugeben.

Die weiblichen Mitglieder sind im Verhältnis ihrer Zahl bei der Delegiertenwahl zu berücksichtigen.

Beschlußrecht auf dem Parteitag haben nur die gewählten Delegierten.

Das Zentralkomitee beschloß, die Zahl der Delegierten auf 200 festzusetzen. Außerdem nehmen teil: Zentralkomitee, Beirat und Kontrollkommission, sowie eine Vertretung der Reichstagsfraktion.

Die Verteilung der Delegierten auf die einzelnen Bezirke erfolgt am 17. November durch das Zentralkomitee nach den für das Quartal Juli-August-September an die Zentrale abgeführten Pflichtbeiträgen. Endtermin für die Ablösung ist der 15. November; neben den Beiträgen sind die verlangten Beziehungen der Zentrale einzusenden.

Das Zentralkomitee der USPD.

Wahlordnung

für die Wahl der Delegierten zum Parteitag in Leipzig:

1. Die Zahl der Delegierten wird vom Zentralkomitee auf die Bezirke verteilt.
2. Die Bezirksleitungen verteilen die Delegierten auf die Unterbezirke oder Arbeitsgebiete. Die Leitungen dieser Organisationen fordern die Ortsgruppen zu Vorschlägen auf. Die Vorschläge werden zusammengefaßt und sind vor der Wahl den Mitgliedschaften durch die Parteipresse bekanntzugeben.
3. Die Wahl erfolgt durch Urwahl. Als gewählt gilt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhalten hat. Wird im ersten Wahlgang keine Mehrheit erreicht, muß eine Stichwahl stattfinden. Wahltermin ist der 10., 11., 12. Dezember. Die evtl. Stichwahlen finden am 17. und 18. Dezember statt.
4. Die Wahl ist festzulegen, wird den Bezirken, Unterbezirken oder Ortsgruppen überlassen und richtet sich nach den Bedürfnissen. Die Wahlleitungen haben die Wahlzeit frühzeitig bekanntzugeben. In den Wahllokalen sind die Vorlagslisten resp. Stimmzettel bereitzuhalten.

Das Wahlergebnis ist sofort den Unterbezirksleitungen zu melden, von diesen an die Bezirke weiterzugeben.

Die Bezirksleitungen teilen dem Zentralkomitee sofort, spätestens bis zum 27. Dezember, Namen und Adressen der gewählten Delegierten mit, worauf die Mandatsformulare den Bezirken zugesellt und von diesen ausgefüllt werden.

Außerordentlicher Beitrag.

Das Zentralkomitee beschloß, zur Deckung der Kosten für den Parteitag in Leipzig von jedem Mitglied im Monat Dezember einen Extrabeitrag von 1 Mark zu erheben. Marken als Quittung für diesen geleisteten Beitrag sind von den Kassierern in allen Orten resp. Bezirken zu haben.

Dieser Extrabeitrag verbleibt den Bezirken zur Deckung der Delegationskosten.

Reichstauenkonferenz

am 7. Januar 1922, vormittags 10 Uhr, im Volkshaus zu Leipzig beginnend.

Tagesordnung:

1. Der Stand unserer Frauenbewegung:
 - a) Organisation und Presse,
 - b) Agitation.
- (Referentin: Genossin Luise Zieß)
2. Jugendwohnschiff.
- (Referentin: Genossin Mathilde Wurm.)
3. Die Tätigkeit der Frauen im Parlament.
- (Referentin: Genossin Anna Nemitz.)

Die Bezirke werden dringend erachtet, möglichst zahlreich tätige Genossinnen zur Konferenz zu delegieren.

Das Zentralkomitee der USPD.

Das sozialistische Thüringen.

Gera, 6. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Die sozialistische Regierung in Thüringen ist gestrichen. Am Mittwoch fanden sich im Volkshaus in Weimar sämtliche Abgeordnete der drei sozialistischen Parteien zusammen, um über die Regierungsbildung zu beraten. Von Anfang bis zu Ende waren diese Verhandlungen getragen von dem Entschluß, unter allen Umständen eine rein sozialistische Regierung zustande zu bringen. Die Grundlage der Verhandlungen bildete das Minimalprogramm der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei. Im Namen der Rechtssozialisten gab Abgeordneter Leber die Erklärung ab, daß seine Partei das Minimalprogramm im großen und ganzen annehme. Abg. Tennert (Komm.) erklärte im Namen seiner Partei, daß die das Minimalprogramm nicht nur annehme, sondern auf dessen baside Durchführung drängen werde. Den Rechtssozialisten ging die Antwort der Kommunisten nicht weit genug, sie verlangten von den Kommunisten die Beteiligung an der Regierung. Als Vertreter der kommunistischen Zentrale erklärte Koennen, daß sich die Kommunisten an einer Regierung nicht beteiligen würden. Für sie komme nur die Räterepublik in Frage. Daraufhin verlangten die Rechtssozialisten Garantien hinsichtlich der Bewilligung der Steuern und der Zustimmung zum Staat. Der Vertreter der Zentrale der KPD, Klemme, erklärte, seine Partei werde einer rein sozialistischen Regierung die Mittel teils bewilligen, aber nur solange, als deren Gesamtpolitik proletarische Interessen nicht verlege. Die bestimmte Erklärung, sich an der Wahl der sozialistischen Regierung zu beteiligen, schließe die Verpflichtung in sich, auch für den Staat zu stimmen, natürlich unter der Voraussetzung, daß dieser den Grundsätzen einer sozialistischen Steuerpolitik entspricht. Abg. Tennert (Komm.) ergänzte diese Erklärung durch die Sicherung, die kommunistische Fraktion werde einer sozialistischen Regierung gegenüber keine kleinliche Politik betreiben. Die Frage bezüglich der Grundsätze sei durch die Erklärung seiner Partei entschieden. Es kommt aber auch hier auf die Gestaltung dieser Steuer an. Die Kommunisten würden unbedingt ihrer grundähnlichen Staatsauffassung in der Verteidigung der bestehenden Republik den andern sozialistischen Parteien nicht nachstehen. Im Namen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei erklärte Abg. Hermann, daß für seine Fraktion und Partei die Erklärung der Kommunisten ausreichend erscheine, um die Bildung einer rein sozialistischen Regierung vorzunehmen. Die Rechtssozialisten schlossen sich dieser Auffassung an. Koennen verlangte noch eine bestimmte Zusage, daß bei dieser Regierungsbildung bürgerliche, angeblich politisch neutrale Fachminister nicht in Frage kommen dürfen. Die Vertreter der beiden andern Parteien erklärten diese Forderung als gegenstandslos, da si: sich rücksichtlos für die Bildung einer rein sozialistischen Regierung erklärt hätten. Damit war die Verständigung zur Regierungsbildung erzielt.

Das ist die erste Antwort auf den Görlicher Parteitag. Das deutsche Proletariat hat dafür zu sorgen, daß bald weitere derartige Antworten erfolgen.

Die Affäre Dominicus-Liebermann.

Die Schluß der Orgelsch.

Berlin, 6. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Die sozialdemokratische Fraktion des preußischen Landtages hat am Mittwoch eine Interpellation beschlossen, die sich schwer gegen den preußischen Innenminister Dominicus wendet. Es wird eine klare Auskunft von ihm verlangt, ob die eindliche Aussage des früheren Breslauer Polizeipräsidenten Liebermann, daß er den Brief, in dem der Orgelsch zum Zwecke ihres Fortbestehens eine Änderung ihrer Statuten angeraten wird, im Dienstauftrag des preußischen Innenministers geschrieben habe, der Wahrheit entspricht.

Der abgesetzte Polizeipräsident wird unter Eid wohl nicht die Unwahrheit gesagt haben — Herr Dominicus als Schüler der Orgelsch, das erklärt vieles.

Ein abgekarrtes Spiel der Reaktion?

Aussagen im Danziger Kommunistenprozeß.

Berlin, 6. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Im Danziger Kommunistenprozeß sprachen sich am 5. Oktober die vorgekommenen Zeugen dahin aus, daß sie den Eindruck gewonnen hätten, als habe ein bestimmter Plan seitens des Senats und der Deutschnationalen bestanden, zu dem Zweck, die Linken zu provozieren, um Grund zu polizeilichem Einschreiten zu finden.

Das erscheint nicht ausgeschlossen. Bezeichnend wäre aber, daß die Kommunisten prompt in die ihnen gelegte Falle tappten.

Nach der kommunistischen Sintflut...

(Von einem Belgrader Genossen.)

Nach den hysterischen Beschlüssen des Balkanwar-Kongresses (Juni 1920) und nach den großen Wahlerfolgen der „geheimen“ Kommunistischen Partei Jugoslawiens zu urteilen, war noch vor ein paar Monaten Jugoslawien von der kommunistischen Bewegung leichterloch erfaßt und nach den Bolschisten-Sinowjews standen wir bereits an der Schwelle der sozialen, kommunistischen Revolution. Ja, wir in Jugoslawien und in den Balkannahbarstaaten hätten nach der Meinung der Moskauer Exekutive sogar noch eine besondere historische Aufgabe gegenüber der Weltrevolution: wir hätten die revolutionäre Initiative ergriffen sollen und so den marxistischen Philistinen in Deutschland, England, Amerika und ähnlichen „stolzständigen Ländern“ zeigen sollen, wie man Revolution macht. Allerdings in Jugoslawien standen die Chancen für eine „kommunistische“ Revolution sehr günstig. Gleich nach den Wahlen sah es danach aus, als ob eine ziemliche Mehrheit der Konstituante gegen den Staat Front machen werde. Da gab es nahezu 30 „revolutionäre“ moschmedanische Feudalvertreter, die ganz auf ihre kirchliche Autonomie und gegen jede Agrarreform eingeschworen waren. Da gab es über 60 kroatische Vertreter, die mit revolutionärem Elan sich erhoben hatten zur Verteidigung der katholischen Kirche gegen die Vorherrschaft der Orthodoxen, für Stammesautonomie und Selbständigkeit der historischen Provinzen, wie sie unter der ehrwürdigen Stephanokrone feststanden... Was erst über die revolutionären Kräfte in Montenegro, Bergen und Mazedoniens Schlachten für Wunder zu erzählen wären! Und über das angrenzende Albanien, das wohl nach bolschewistischem Gedankengang berufen wäre, als erprobtes Kulturland Jugoslawiens reaktionäre Kräfte militärisch zu binden... Über dieser ganze Revolutionsplan scheiterte an einer Kleinigkeit: man vergaß ihn beim Polizeiminister anzumelden! Und dieser gab vor circa 9 Monaten die bekannte Verordnung heraus, durch welche die kommunistische Arbeiterbewegung verboten wurde, Arbeitshäuser besetzt, Zeitungen verboten, Organisationen aufgelöst wurden. Dies alles geschah in größter Stille, ohne Zwischenfall, ohne jeden Widerstand der hochschlagenden Wellen der kommunistischen Bewegung". Im Gegenteil, die Wellen legten sich, der Sturm blieb aus — ein Utopia rettete das Land von einer Revolution! Das heißt die Revolution bestand bloß in den geduldigen Revolutionen und in Berichten an Moskau. Sonst noch als Gespenst in den Polizeiberichten. Das Verhältnis der sozialen Kräfte blieb ganz unverschoben. Was taten nun unsere Kommunisten? Die große Masse der Nachläufer verließ sich ganz naiv und der schwache Kreis der „Berufsrevolutionäre“ erinnerte sich an den Punkt des Programms über illegale Organisation. Und während die Regierung und die bürgerlichen Parteien beschäftigt waren mit der Schaffung der neuen Verfassung, die bürgerliche Opposition mit kleinlich mutloser Bekämpfung derselben und mit Intrigen gegen die Konstituante, begann ein Teil der Kommunisten den Ausbau ihrer illegalen Organisation. Ihre Fraktion schwieg ganz würdevoll, begnügte sich mit den hohen Diäten, welche der Partei ihr Dasein fortzuführen erlaubten, warf in die Masse bloß Beschimpfungen und Verleumdungen gegen die Sozialisten. Und der engste Kreis der Illegalen knüpfte das Netz. Was kann aber eine illegale Bewegung, wenn die Massen gegen sie sind? Daraus konnten nicht einmal Putsch hervorgehen wie etwa in Deutschland, sondern höchstens: individuelle Taten der Sabotage, oder politische Morde. So sind die Attentate auf den damals noch als Regenten fungierenden Prinzen Alexander, auf Drasovici u. u. zu verstehen. Die Regierung hatte die Verfassung bereits durchgebracht, im Kampfe der Parteien erfolgte eine Entspannung — als die Bombe auf Alexander fiel. Sie löste den vereinten Sturm der gesamten Bourgeoisie, des Kleinstbürgertums und Bauernwesens gegen die Arbeiterbewegung aus. Da sich gleichzeitig das Bandenwesen im Sandstaat, in Montenegro und in Mazedonien vermehrte; andererseits alle kroatischen Parteien sich zu einem Oppositionsbloc zusammenschlossen, so sahen die Schöpfer der Verfassung ihr Werk, die nationale und staatliche Einheit der Südländer bedroht und um ungefähr am Ausbau ihres historischen Werkes weiterarbeiten zu können, gab die Regierung die berüchtigte Verordnung „zum Schutz des Staates“ heraus.

Diese Verordnung in ihrem rohen Wortlaut stellt etwas Unverhörtes dar, besonders für die Glitterwochen der neuen und ersten Verfassung des jugoslawischen Staates. Aber für den Kenner der Verhältnisse hierzulande bedeutet sie bloß einen Alt politischer Unklugheit und unfreiwilliger Verleumdung des Staates vor dem Auslande durch seine eigene Regierung. Die Verordnung war ganz und gar entbehrlich. Denn gegen den wichtigsten politischen Gegner, gegen die Separatisten, konnte sie ja kaum angewendet werden ohne gleichzeitige Proklamation der militärischen Diktatur. Wo bei selbstverständlich der Erfolg mehr als fraglich wäre.

Gegen die Kommunisten aber war sie völlig entbehrlich, ja sie war sogar den „Kommunisten“ nützlich, weil ihre ohnehin unaufhaltbare Liquidierung und die rapide, kopslose Fahnenflucht ihrer „Massen“ viel klarer aufzugehen würde.

ohne jene Verordnung. Sie hat auch den Kampf der Meutungen innerhalb der Arbeiterklasse unterdrückt und unsere marxistische Kritik und Auseinandersetzung mit den Kommunisten stark abgeschwächt. Es ist für solche politischen Errungen und Psychose — wie der Bolschewismus sie darstellt — gefünder, man läßt sie eines „natürlichen Todes sterben“. Zur Zeit als die Verordnung zum Schluß des Staates erlassen wurde, war die kommunistische Bewegung bei weitem kein ernster und gefährlicher Gegner mehr, der Staat war von dieser Seite überhaupt nie in Gefahr, höchstens waren einige Minister gefährdet und sagten bedürftig es seines so furchtbart ernsten rachsichtigen und blutdürstigen „Gesetzes“. Und zur Verhängung des Auslands muß gleich gesagt werden, daß trog der dreimonatigen Dauer der Verordnung hierzulande bisher niemand erschossen oder erhängt wurde, keine Pogrome und keine Internierungen stattgefunden haben, sondern im Zusammenhang mit den Alttaten wurden einige hundert Leute den ordentlichen Gerichten zugeführt und gegen sie wird eine endlose Untersuchung geführt.

Nicht nur das, sondern vielfach mehr könnte ohne Ausnahmegesetz im Rahmen der bürgerlichen Justiz vorgenommen werden. Das Gesetz stellt viel Värm um nichts dar, außer der ganz unglaublich gedankenlosen Annulierung der kommunistischen Mandate, was eine grobe Verleugnung der Verfassung darstellt und dabei ganz nutzlos war. Die kommunistischen Führer sind so jeder Verantwortung vor den Massen entzogen und vor jeder Auseinandersetzung innerhalb der Arbeiterbewegung befreit. Die meisten führen in Untersuchungshaft, ohne daß die Massen dadurch führerloser geworden wären, als sie schon waren.

Jenes berüchtigte Ausnahmegesetz hätte nur als Abwehr gegen das furchtbare Bandenwesen im Sandzak und Südbosnien begründet werden können. Aber dazu bedurfte es nicht der politischen Fassung und keiner allgemeinen Geltung für das gesamte Königreich. Von diesen Banden wird der Guerillakrieg mutter weitergeführt, der Opfer erheischt, ganz im Stile der uralten Blutrache. Und die Unfeten der Banditen sind wirklich ganz haarschäubend und verdienen die strengsten Abwehrmaßnahmen.

Das Ausnahmegesetz ist noch in Kraft, aber die Separatisten haben ihren Block ungeschmälert weiter aufrechterhalten und das Bandenwesen ist nur wenig gedämpft. Nur die Kommunisten sind zerstreut. Das Ausnahmegesetz bestiegste ihren unaufhaltsamen Niedergang.

Wie steht es aber mit der Arbeiterbewegung? Da ist vor allem festzustellen, daß sämtliche Maßnahmen der Regierung gegen die Kommunisten die gesamte politische und gewerkschaftliche Bewegung der Arbeiterklasse trafen, ja mitunter sogar die Genossenschaften und die Krankenkassen! Dies gilt für alle Provinzen außer einem Teile Kroatiens und Sloweniens, wo ausgesprochene „sozialpatriotische“ Verbände bestanden. Sonst zeigte die Verwaltung offenes Mitleid gegen jede Arbeiterbewegung und so war auch ausgesprochenen Kommunisten gegnerisch, der ganzen marxistischen Opposition jede Tätigkeit stark erschwert. Aber allmählich organisierte sich die leichtere zu einer selbständigen Partei und jetzt besteht die Sozialistische Arbeiter-Partei Jugoslawiens ihre ausgebauten Organisationen in Serbien, Bosnien und Bosnien. — Die zweite sozialistische Partei ist die SD. Sloweniens, welche sich sowohl ideell wie praktisch immer mehr der ersten nähert. Beide sind wie bekannt der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien beigetreten. — Die dritte Partei ist die jugoslawische SD. unter Führung Koracs und Bulevs. Ihr Arbeitsfeld umfaßt Kroatien, Slawonien und einen Teil Bosniens. In der Bosnien und vereinzelt in Bosnien tauchten ihre Organisationen zum Teil erst nach den Ausnahmegesetzen der Regierung auf, mit dem Odium staatlicher Protektion behaftet. Die Korac-Gruppe steht noch tief in der 2. Internationale und so manchem ihrer Leute dürfte selbst die neueste Klassenkampftheorie von Tuncow zu radikal erscheinen. . . . Aber trotzdem brach bei uns die allgemeine Tendenz zur Einigung und Zusammenföderung der drei genannten Arbeiterparteien durch. Vertreter der drei Parteifamilien versammelten sich besonders unter dem Druck des deutschen Teiles der slowenischen SD. zu einer Konferenz in Belgrad (im August d. J.). Vorstichtshaber wurden prinzipsielle und fachliche Differenzen nicht berührt, sondern ganz schonend das Einigende gesucht. Die Triebfeder dieser Bemühungen ist das Bewußtsein der Einflusslosigkeit der Arbeiterbewegung infolge ihrer Zerrissenheit und das praktische Bedürfnis, bei den nächsten Wahlen gemeinsam aufzutreten. Es ist nun ein Einigungskomitee eingesetzt worden und es wurde eine gemeinsame gewerkschaftliche Konferenz in Agram abgehalten, aber bisher sind leider keine entschiedenen Schritte zur tatsächlichen Einigung gemacht worden. Als Vorbedingung jeder Parteileinigkeit gilt uns die Zusammenfassung der Gewerkschaften. Diese sind aber dieser voneinander getrennt und die Opposition gegen ihre Zusammenfassung ist besonders auf Seite der kroatischen Verbände groß. Sonst „theoretisch“ sind alle für die Einigung. Nur bestehen bei manchen Teilen größere Bedenken. Besonders machen solche die bosnischen Genossen geltend. Sie möchten eine Einigung nicht der Parteivörstände für momentane politische Aktionen, sondern der Massen; sie möchten die Auswirkung des Bankrotts des Bolschewismus; sie fürchten die Massen, welche bis gestern rein gefühlsmäßig den Kommunisten Gefolgschaft geleistet haben, ganz vor den Kopf zu stoßen, so daß sie in Passivität versinken, sobald ohne organische Vorbereitung über Nacht Gemeinschaft mit „Reformisten und Ministerialisten“ gemacht wird. Schließlich wollen sie aber eine Klärung gewisser prinzipieller Punkte, bevor an die technische Durchführung irgend welcher Einigung geschritten wird. Das Einigung nicht tut, steht jeder ein. Am begeisterten steht sich für sie der alte Dragisa Djapcevic ein. Auch die slowenisch-deutschen Genossen, welche sich bewußt sind, daß nur eine große starke Arbeiterbewegung sie tatsächlich in Schutz nehmen kann. — Zivo Topalovic arbeitet mit. Die übrigen Teile sind ziemlich reserviert.

Aber diese Fragen beschäftigen bloß die Klassenbewußte Oberschicht des Proletariats, welche in der kommunistischen Sintflut dem Sozialismus treu geblieben ist. Dagegen die Massen, die die bolschewistische Psychose mitgemacht haben, sind wohl aus dem Schüttelfrost erwacht, bei weltem aber den Rahmenjammer noch nicht los.

Am leichtesten erholt sich der nationalbolschewistische Untergang. Die kroatischen Kommunisten haben zu ihrem Radikale, die muslimischen zu ihren kleineren Feudalen, die montenegrinischen zu ihren Komitaidehi heimgefunden. Und dabei haben sie sich gar nicht erst bezwingen müssen, sie hatten bloß die Maske abzulegen. Ein Teil der Arbeiter schwenkt zu den Gelben hinüber. Aber es gibt noch viele, die mit richtigem Klasseninstinkt aus den Irrungen herauskommen möchten und den Weg zu den revolutionären SD. suchen. Diese müssen möglichst bald sich unseren Organisationen einfügen. Indef, einstweilen ist die Arbeiterbewegung Zug-

slawiens arg zerissen. Die bürgerlichen Parteien erfreuen sich eines großen Anhanges in den Arbeiterkreisen. Nationalismus und Prowinzialismus zerstören die Arbeiterklasse. Aber die zunehmende wirtschaftliche Not, die Teuerung und die bald zu erwartende Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter werden das Klassenbewußtsein auch unserer Massen einhämern. Aus patriotischen Streitbrechern belämen die gelben Eisenbahner vor einem Jahre großen Zugzug. Heute beschließen sie noch Huldigungsadressen an den König, drohen aber gleichzeitig mit allgemeinem Ausland. Das ist bloß ein Beispiel. Aber ähnliches gibt's hier mehrere. Sie beweisen, daß in der harten Schule des Daseinskampfes die Arbeiter sich zum Klassenbewußtsein emporarbeiten. Das gilt für die Indifferenzen. Aber die beweisen, die bereits erprobten Sozialisten haben die Aufgabe, möglichst wenig Energie auf innere Reibungen zu verlieren, um geziert stärker und erfolgreicher auf die noch schlafenden Klassenbrüder wirken zu können.

Das Frage-Manöver um die Regierungsbildung.

Keine Aussicht für die „breitere Koalition“!

Berlin, 6. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Der Fraktionsvorsitzende der Zentrumspartei hat auf die sozialdemokratische Anfrage, ob das Zentrum bereit sei, mit der USPD. eine Regierung zu bilden, namens des Vorstands der Zentrumsfaktion des Reichstags erwidert, „daß, wie allgemein bekannt ist, innerhalb der gegenwärtigen Regierung bereits Verhandlungen über die Erweiterung der bestehenden Koalition durch Einbeziehung der Deutschen Volkspartei im Gange sind. Auf die von Ihnen an uns gerichtete Anfrage über die Genauigkeit der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, der Koalition beizutreten, kann deshalb erst dann eine Antwort gegeben werden, wenn vorher feststeht, ob die Unabhängige Sozialdemokratische Partei auch einer solchen Verbreiterung der Koalition nach rechts zustimmt und ob sie bereit ist, auch ihrerseits die nötigen Vorkehrungen dazu zu schaffen.“

Der Vorwärts sagt zu den Antworten des Zentrums und der Demokraten, niemand werde erwarten, daß diese Parteien sich noch zu einem positiven Ergebnis führen. Die Frage der Demokraten nach der unabhängigen Räterepublik bleibe ebenso wie die gleichartige Frage beider Parteien nach der Genauigkeit der USPD., auch mit der Volkspartei zu koalieren, nur dem Zweck, in höllischer Form zu verstehen zu geben, daß wohl die Verbreiterung nach rechts gewünscht wird, nicht aber die nach links. Damit werde auch klar, daß der Beschluss der Demokraten vom 13. September, der eine Koalition auch mit den Unabhängigen in den Bereich des Möglichen rücke, eine leere Geite war. Der Vorwärts sagt: „Unter diesen Umständen ist nicht abzusehen, wie zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien eine Einigung über die Verbreiterung der Koalition erzielt werden soll.“

Die Frage der Demokraten nach der Räterepublik, die der Vorwärts erwähnt, ist in ihrer Antwort an die SPD. enthalten. Sie lautete:

Die demokratische Fraktion steht auf dem Standpunkt, daß die Verantwortung für das Schicksal unseres Volkes auf möglichst breite Schultern zu legen ist. Sie lehnt die Mitwirkung keiner Partei ab, die sich in der Not des Vaterlandes zu dem Entschluß durchringt, auf dem Boden der Weimarer Verfassung an der Wiederaufstellung ihres staatlichen und wirtschaftlichen Lebens mitzuwirken. Ohne sich von der Haltung einer Partei in der Vergangenheit beeinflussen zu lassen, prüft sie die Garantien, die die Partei für die Zukunft zu geben hat und den Wert ihrer Mitwirkung für das Gelingen der uns bevorstehenden Aufgaben.“

Aus diesem Grunde bitten wir vor Eintreten in weitere Verhandlungen um Aufklärung über folgende Hauptpunkte:

1. An den Prinzipiumpunkten der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei hat bisher die Befreiung der Demokratie durch die Räterepublik gehört. Die Herbeiführung der Räterepublik auf gewaltsamem Wege ist von ihr als gegenwärtig inopportun bezeichnet, aber für die Zukunft nicht abgelehnt. Ist es der Sozialdemokratie bekannt, ob die Unabhängige Sozialdemokratische Partei bereit ist, ob Erklärungen dahin abzugeben, daß sie auf die Einführung der Räterepublik auf dem Wege der Gewalt verzichtet?

2. Die Verstärkung der Regierung durch Eintreten der Deutschen Volkspartei ist zur Gesundung unserer Finanzen von unbestreitbarem Wert. Ist es der Sozialdemokratie bekannt, ob die Unabhängige Sozialdemokratische Partei bereit ist, an einer Koalition unter Einbeziehung der Deutschen Volkspartei teilzunehmen?

Von der Deutschen Volkspartei liegen zwei Neuhebungen vor:

Berlin, 6. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Auf der Tagung des geschäftsführenden Ausschusses der Deutschen Volkspartei am 3. Oktober in Berlin berichtete Stresemann über die Verhandlungen. Als Ergebnis sei festgestellt, daß sich sehr wohl ein sachliches Programm ausspielen lasse, das von der Volkspartei bis zur Sozialdemokratie vertreten werden könne. Es lasse sich dieses Programm auch auf die Steuerfrage ausdehnen, wenn die Sozialdemokratie sich dazu entschließen würde, einzeweisen noch gemachte Vorbehalte fallen zu lassen und wenn insbesondere abgewartet werde, welchen Verlust die weiteren Verhandlungen der Regierung mit den Wirtschaftskreisen über die freiwillige Beschaffung ausländischer Devisen nehmen. Solange eine Klarstellung hierüber nicht erfolgt sei, müsse auch von weiteren offiziellen Verhandlungen in der Frage der Koalitionsverbreiterung Abstand genommen werden.

Berlin, 6. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Der auf dem linken Flügel der Deutschen Volkspartei stehende Abgeordnete Kahl richtet im 8-Uhr-Abendblatt eine deutliche Warnung an die Sozialdemokratie. Er sagt: „Die Sozialdemokratie weiß genau, daß auch die sogenannten Mindestforderungen der USPD. für alle bürgerlichen Parteien unannehmbar sind. Wird also von ihr diese Linie weiter verfolgt, so ist die Koalition bis zur besseren Einsicht gescheitert, und zwar durch ihre alleinige Schuld.“ Kahl behauptet, daß die SPD. nur in Preußen wieder in die Regierung gelangen wollte, um das Innere und die Justiz nach sozialistischen Ideen zu reformieren. Für den Fall, daß dies gelinge, hätte man an der Koalition im Reich nur sekundäre, jedenfalls nur ausschließendes Interesse. „Aber diese Berechnungen sind falsch, vor allem die Spekulation auf die Trennung der Dinge in Preußen und im Reich. Zug um Zug, aber überhaupt nicht. Für das „überhaupt nicht“ trägt die Sozialdemokratie die Verantwortung, wenn sie bei ihrer Unentschlossenheit und Verschleppungspolitik verharzt.“ Der Artikel Kahls mündet in einen äußerst scharfen Angriff gegen den Reichskanzler aus. Der politische Inhalt seiner Rede vom 30. September sei das glatte Bekennen zur ausschließlichen Schuhbedürftigkeit des Proletariats gewesen. Die Rede habe in den weitesten bürgerlichen Kreisen, die hinter der Volkspartei stehen, das Vertrauen in die Möglichkeit von der Zusammenarbeit einer Koalition unter Wirth auf das tiefste er-

schüttert. Es heißt dann: „Gegen links kein Wort der Verhinderung oder Anklage. Alle Neulenschläge nur nach der einen Seite. Wir fühlen uns davon nicht getroffen, aber die Einseitigkeit als solche verstimmt und empört. Sie zerstört jedes Vertrauen in die Unbefangenheit des leitenden Staatsmannes. Dieses aber ist die Grundvoraussetzung der Koalition. Zu welch unsinnigen innerpolitischen Folgen nicht die Illusion führen muß, daß die Republik noch immer bedroht sein soll, zeigt der Gesamtentwurf der USPD. vom 27. September zum Schluß der Republik . . . Jeder politische Lehrling erkennt, von welcher Seite die großen Gefahren für die innere Ruhe, Sicherheit und Ordnung und damit im letzten Grunde auch für den Bestand der Republik drohen.“

Außerdem wird von den Verhandlungen über die Umbildung der preußischen Regierung gemeldet:

Berlin, 6. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Heute finden neue Besprechungen der Vertreter des Zentrums, der Demokraten, der Mehrheitssozialisten und der Deutschen Volkspartei bei dem preußischen Ministerpräsidenten statt. Es soll versucht werden, aus den einzelnen Mindestforderungen der Parteien die Grundzüge eines gemeinsamen Regierungskooperations auszuarbeiten. Die P. P. A. bringen folgende, von der sozialdemokratischen Abgeordneten aufgestellten Mindestforderungen: Erstens Anerkennung undVerteidigung der Republik, zweitens Sicherung des demokratischen Selbstbestimmungsrechtes des Volkes in Staat und Gemeinde. Drittens Demokratisierung der Verwaltung und Republikanisierung der Polizei. Viertens Sicherung und Ausbau der Sozialversicherung. Fünftens Förderung einer grundlegenden Justizreform. Sechstens Schaffung eines zeitgemäßen Olzölstaates. Siebentes Schärfste Herausziehung des Besitzes zum Ausgleich des Staatshaushaltes. Das Berliner Tageblatt meint, daß diese sehr allgemein gehaltenen Forderungen nicht auf Widerstand stoßen werden. Zentrum und Demokraten würden noch eine Reihe anderer Punkte zur Sprache bringen. Die Demokraten würden insbesondere eine Verordnung über die Absindung der Hohenzollern auf dem Wege der Gesetzgebung fordern.

Alles das zeigt, wie recht wir hatten, als wir voraus sagten, daß keine der bürgerlichen Parteien von einer Erweiterung der Regierung nach links etwas wissen will. Sie scheuen die Verstärkung des Einflusses der Arbeiterklasse wie das Feuer. Die Antwort unserer Partei an die Rechtssozialisten hat das Verdienst, klar herausgearbeitet zu haben, daß ein Zusammendarbeiten einer entschieden sozialistischen Partei mit bürgerlichen Parteien nicht möglich ist.

Putschpläne der Orgesch in Tirol.

München, 4. Oktober 1921.

Von Bayern aus bestehen seit langem die engsten Beziehungen zu der Konservativen in Tirol, die sich dort in den Selbstschußverbänden zusammengefaßt haben. In Bayern sind die Selbstschußverbände (Einwohnerwehren usw.) verboten, sie können deshalb nur eine illegale Existenz führen. In Tirol dagegen können die Selbstschußverbände (Tiroler Heimwehren) in aller Offenheitlichkeit ihr Unwesen treiben. Sie erhalten deshalb auch starken Zugang aus Bayern und es bleibt nicht nur bei persönlichen Zuwanderungen, sondern auch große Waffenmengen werden aus Bayern, wo man die Ablieferung an die Entente zu fürchten hatte, nach Tirol verschoben. Über die neuesten Unternehmungen der Tiroler Selbstschußverbände unterrichtet folgendes Telegramm aus Wien:

„Die Blätter veröffentlichen einen Aufruf des Tiroler Selbstschußverbänden, worin unter Hinweis auf den persönlichen und völkischen Schichthaltungstrieb, auf die Notwendigkeit der Befähigung jedes gewaltigen Umsturzversuchs von rechts oder links und auf den Umstand, daß die Wehrmacht unser Landes sei, alle auf dem Boden des Selbstschußverbands Sichenden aufgerufen werden, sich bei den Werbstellen zum Wettbewerb zu melden. Dr. Sieidle teilt über den Aufruf in den Tageszeitungen der Tiroler Selbstschußverbände folgendes mit: Wir wissen nicht, wie sich die Dinge weiter gestalten werden. Eines aber ist sicher,

Tirol muß die Ordnungszelle bleiben,

komme was da wolle. Die Tiroler Regierung hat die Pflicht, dort, wo der Staat gegen die Lebensinteressen des Landes handelt, aufzutreten. Kommt es zu einem Konflikt mit Wien, so steht das Recht auf unserer Seite. Von Wien aus ist die Balkanisierung Österreichs erfolgt. Und in den letzten Tagen haben gewissenlose Wollausbeuter und landstrende Wucherer im Walutarmarkt eine Hölle hervorgerufen und dem Staat den Todesschoß versetzt. Findet die Wiener Regierung nicht die Kraft, diesen Augenblick mit eisernem Eisen zu säubern, sind wir geschiedene Freunde.“

Das alles erinnert so lebhaft an den Ton der bayerischen Blätter, die gegen die Reichsregierung heften und stets bei der Hand waren mit der Drohung der Separation. In Tirol wird, wie in Bayern, die wirtschaftliche Not raschierend mißbraucht, die reaktionären, separatistischen Ziele zu fördern. Auch die Werbestellen und der Begriff „Ordnungszelle“ sind in Tirol bereits heimisch geworden. Der Aufruf der Selbstschußverbände ist nichts anderes als der Sammelkurs der Reaktion!

Die letzten Münchner Beröffentlichungen über die Gehlenblinde und Nachrichtenzentralen haben gezeigt, daß die Selbstschußverbände durchaus nicht so harmlos sind, und daß sie ganz andre Ziele haben, als nur die Abwehr von Umsturzversuchen von rechts oder links. Es handelt sich um rechtspolitisches Vereinigungen, die nur auf den geeigneten Augenblick lauern, um ihre Ziele zu verwirklichen. Die Verbindung zwischen den bayerischen Gehlenorganisationen und den Tiroler Selbstschußverbänden wird aufrechterhalten durch Herrn Kanzler, dem früheren Kriegsvertretenden Landeshauptmann der bayerischen Einwohnerwehren, der gleichzeitig der Führer der „Orla“ ist. (Verwaltete Organisationen der Reichspolizei im Chiemgau, in Tirol und Salzburg.) Das Werbebüro in Tirol, das gleichzeitig die Verbindung mit Bayern aufrechtzuerhalten hat, befindet sich in Innsbruck, Hotel Maria Theresia, und wird geleitet vom Oberleutnant Thalheimer. Das bayrische Werbebüro für die Beziehungen nach Tirol und Salzburg ist in Rosenheim und wird von Herrn Kanzler geleitet. In Rosenheim ist auch der Treffpunkt für die Führer der Putschisten, die sich in Salzburg, Tirol und Bayern aufzuhalten. Insbesondere kommen sehr oft die Führer des Kapp-Putsch Kapitänleutnant Ehhardt, Oberst Bauer, Major Bischof, Hauptmann Paß und andere aus Salzburg nach Rosenheim. An dieser Tafel wird auch nichts geändert durch die von uns vorgestern wiedergegebene Erklärung des Kapitänleutnants Ehhardt, die zu gleicher Zeit, wie der Aufruf der Selbstschußverbände Tirols in der deutsch-nationalen Münchner-Augsburger Abendzeitung erschien. Diese Erklärung soll nur ablenken von den Plänen der Putschisten. Es ist nicht das erste Mal, daß in der Öffentlichkeit versichert wurde, niemand plane etwas, und daß dann wenige Tage später die Aktion erfolgte.

Im vorigen Jahr im November wurde die Nachricht, daß der Führer der bayerischen Einwohnerwehren nach Tirol zum Landesleiter der Tiroler Heimwehren fahre, in aller Form demonstriert und zwei Tage später hielt Herr Escherich am Berge bei Innsbruck eine Hecke. Dieses Landesleiter war gedacht als eine Zusammenkunft der bayerischen und Tiroler Selbstschußverbände. Die Tiroler Arbeiterchaft verhinderte aber durch ihren

Generalsstabschef, daß die bayrischen Orgeschleute nach Tirol kamen. Um den wahren Charakter der Tiroler Selbstschußverbände zu verdeutlichen, ist hier noch erinnert an einen Waffenstiebstahl, der sich im Februar dieses Jahres in der Nähe von Kramisch in Tirol ereignete. Dort wurden aus einem Schuppen der ehemaligen österreichisch-ungarischen Armee von Organen der Tiroler Heimatverbände 21 Gewehre gestohlen und in die geheimen Lager der Selbstschußverbände verschoben. Die Praxis des Waffenschmiedens haben die Tiroler von den bayrischen Geheimbünden gelernt, die einen großen Teil ihrer geheimen Waffenslager nach Tirol in Sicherheit gebracht haben.

Der Auftrag der Tiroler Selbstschußverbände zeigt, wie aktiv die Orgeschlecht in Tirol ist. Die Selbstschußverbände, die eine Unterorganisation der Orgeschlecht in Tirol darstellen, blieben zum Sammeln, um gerüstet zu sein für die kommende Aktion. Die Verbindungen mit München, Wien und Budapest werden durch Kurierdienst aufrechterhalten und die Münchner Mörderzentrale steht in engster Verbindung mit den Tiroler Selbstschußverbänden! Die Pläne auf Errichtung eines reaktionären Donaustaaates sind noch nicht aufgegeben. Das geht auch daraus hervor, daß erst vor vor nicht langer Zeit ein Vertreter der Habsburger in München mit Angehörigen der Familie Mittelbach Verhandlungen geführt hat, um eine Einigung für die Thronfrage eines eventuellen Donaustaaates zu führen. Die Entwicklungen über die Münchner Geheimorganisationen verlassen ihre Leiter, das Zentrum der Geheimbünde nach Tirol zu verlegen. Der Auftrag der Tiroler Selbstschußverbände verdient deshalb im Zusammenhang mit den geschilderten Erhebungen größte Beachtung.

Der drohende Monarchistenputsch in Ungarn.

U.R. Während die ungarische Regierung offiziell die Bereitschaft zur Räumung des westungarischen Gebietes ausgesprochen hat, machen die Aufständischen in Westungarn selbst keine Miene, das Land wirklich zu verlassen. Im Gegenteil treffen immer neue Verstärkungen ein, die den Aufmarsch an der österreichischen Grenze vollenden. In Steinamanger und Oedenburg befinden sich die Hauptkonzentrationspunkte der Aufständischen. Hier ist auch der Versammlungsort aller karlistischen Elemente, die aus Ungarn, Österreich und Süddeutschland kommen. Die Anordnungen der Budapester Regierung werden von der militärischen Leitung der Aufständischen unbedingt gefasst.

In Budapest herrscht im Hause Stephan Friedrichs ein ständiges Kommen und Gehen von Offizieren und Politikern, die der karlistischen Bewegung nahestehen. Alle Anzeichen, wie auch die kaum mehr verhüllten Drohungen und Pläne Friedrichs selbst weisen darauf hin, daß ein neuer Schlag bevorstehe. In einem geweihten Kreis war von vornherein kein Zweifel darüber, daß Friedrich in dem Zeitpunkt, wo die westungarischen Aufständischen durch ihren erfolgreichen Widerstand gegen die Entente und gegen die ungarische Regierung die Stimmung der "patriotischen" Bevölkerung auf ihre Seite gebracht haben würden, seine Karren aufdecken und den König Karl zunächst in Westungarn zum rechtmäßigen König proklamieren würde. Dieser Moment scheint jetzt gekommen zu sein. Nach zuverlässigen Nachrichten aus dem westungarischen Gebiet selbst wird die Rückkehr Karls für Mitte Oktober vorbereitet. In Steinamanger werden öffentlich Bittgottesdienste für das Eingehen dieses monarchistischen Putsches abgehalten. Von Westungarn aus soll dann die Wiedererhebung der Habsburger in ganz Ungarn und Österreich inszeniert werden und durch einen Krieg gegen die kleine Entente die Wiedererhebung der abgetrennten Gebiete Ungarns erfüllt werden. Die Übenteuerlichkeit dieses Plans entspricht ganz dem Charakter Stephan Friedrichs, der bereits auf dem besten Wege ist, durch Anfachung der nationalen Führerstäbe sich zum populärsten Mann Ungarns zu machen.

Krise in der bayrischen Volksparcie.

München, 6. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Die in der nordbayerischen Organisation der bayrischen Volksparcie getriebene Bewegung nach Wiederherstellung einer Arbeitsgemeinschaft mit dem Zentrum mit dem Ziel einer Fraktionsgemeinschaft wird vom Bayrischen Kürler als sehr ernst betrachtet. Das Blatt fürchtet eine erste Parteikrise, deren Lösung auf dem nächsten Landesparteitag gefunden werden müsse. Wie stark der Gegensatz in den führenden südbayerischen Kreisen der Bayrischen Volksparcie zum Zentrum ist und insbesondere wie stark die Gegenseite hinsichtlich der föderalistischen Politik der Bayrischen Volksparcie ist, zeigt folgende Aussage des bayrischen Volksparcie-Korrespondenz: "Die Bayrische Volksparcie erhebt mit wachsender Dringlichkeit die Forderung auf Realisierung der Weimarer Verfassung im föderalistischen Sinne. Gerade spricht der Führer der Zentrumstraktion des Reichstags davon, daß die Weimarer Verfassung in absehbarer Zeit nicht geändert werden solle. Damit ist gesagt, daß im Kampfe um die föderalistische Staatsidee das Zentrum aller Aussicht nach auf Seiten unserer Gegner stehen wird. Der von anderen Seiten gegen die Bayrische Volksparcie erhobene Vorwurf, daß sie zugunsten einer Arbeitsgemeinschaft mit dem Zentrum Programmänderungen vorgenommen habe, wird als unbegründet zurückgewiesen. In der Bayrischen Volksparcie und bei ihren maßgebenden Instanzen sind keine Wendungen in der Gestaltung zu erwarten, soweit es sich um Hauptpunkte des Programms handelt und ein solcher ist das Bekenntnis zur föderalistischen Staatsverfassung.

Das Tragen der Militäruniform.

Zu der Verordnung über das Verbot des Tragens der Militäruniform hat der Reichskanzler die folgenden Ausführungsbestimmungen erlassen:

Im Ausführung des § 2 der auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erlassenen Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. August 1921 wird bestimmt:

Die zum Tragen der Militäruniform berechtigten ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Macht dürfen dieses Recht in folgenden Fällen ausüben:

- a) bei Kirchgängen an den hohen kirchlichen und gesetzlichen Feiertagen,
- b) bei wichtigen Familienfeierlichkeiten (!) und Dienstjubiläen,
- c) bei Leichenbegängnissen von Kameraden,
- d) bei der Teilnahme an Festlichkeiten und Kameradschaftlichen Zusammenkünften der Reichswehrangehörigen,
- e) bei solchen feierlichen Veranstaltungen unpolitischer Vereine, hinsichtlich deren der zuständige Wehrkreiscommaneur (Marinestationschef) die Teilnahme von Reichswehrangehörigen ausdrücklich genehmigt hat.

Die Uniform muß mit den für ehemalige Heeres- und Marineangehörige vorgeschriebenen Abzeichen versehen sein. Verboten ist

das Tragen von Bändern, Armbinden, Vereinsabzeichen und der Zeichen, denen Tragen zur Militäruniform nicht ausdrücklich genehmigt ist. Bekleidungsbestimmungen, die für in Dienst der Friedenskommission stehende aktive Offiziere gegeben sind, werden hierdurch nicht berührt.

Das bisherige Recht der Generalfeldmarschälle zum Tragen der Uniform bleibt unberührt.

Über eine engerzige Auslegung des Verbots werden sich die "berechtigten" Träger der Militäruniform danach gewiß nicht beklagen können. Dem Bedürfnis der Offiziere, sich der Dienstlichkeit als Würdeinhaber des alten Kaiserlichen Militästaats zu zeigen, wird durch die Ausführungsbestimmungen im weitesten Maße Rechnung getragen. Daß dem Ansehen der deutschen Republik damit besonders gedient würde, wird niemand behaupten können.

Zeitungs- und Versammlungsverbote.

Die braunschweigischen Neuesten Nachrichten sind wegen der von ihnen veröffentlichten Handlösungen zur österreichischen Reichsflagge sowie wegen der Artikel: Wie Österre. sprach und Wird die braunschweigische Oberpostdirektion ausgegeben? auf Grund eines Beschlusses des braunschweigischen Staatsministeriums und des Polizeipräsidenten bis zum 11. Oktober verboten worden. Bei einer am Mittwoch von der württembergischen Arbeitsgemeinschaft in Halberstadt veranstalteten Hindenburg-Feier sollte als Redner Oberst von Thümler aus Münster sprechen. Das Auftreten Thümlers wurde jedoch von der Polizeiverwaltung auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten verboten.

Keine „Hunderksamkeit zur besonderen Verwendung“ mehr.

Wie der amtliche preußische Pressedienst mitteilt, besteht die Hunderksamkeit zur besonderen Verwendung als solche nicht mehr. Ihr Führer und alle andern durch Beihilfungen befahrene Beamten sind schon seit einiger Zeit vom Dienst suspendiert und stehen mit den Jurisdicibenten in keinerlei Verbindung mehr. Die Hunderksamkeit selber ist einer Abteilung der Schatzpolizei eingegliedert und einem neuen Führer unterstellt worden. Während sie bisher eine völlige Sonderstellung eingenommen hat, ist sie jetzt eine Formation wie jede andre. Die gerichtliche Untersuchung wird auf Ersuchen des Ministers des Innern mit besonderer Beschleunigung geführt, doch konnte sie infolge ihres Umfangs bisher noch nicht abgeschlossen werden; bis jetzt müssen bereits über 200 Zeugen vernommen werden.

Mit Recht ist in der Presse die Frage aufgeworfen worden, was die berüchtigte H. z. b. B. wenn sie „als solche“ nicht mehr besteht, denn nun jetzt für Funktionen hat. Weiter wurde Auskunft darüber gefordert, wie weit denn nun eigentlich das Verfahren wegen der geheimnisvollen Ermordung des Wachtmasters Buchholz gediehen ist. Auf diese Anfragen wird jetzt erklärt, daß sich die amtlichen Stellen außerstande seien, durch weitere Erklärungen in ein schwedendes Verfahren einzutreten. Das gesamte Material sei der Staatsanwaltschaft übermittelt worden. Die Untersuchung steht unmittelbar vor ihrem Abschluß. Durch die amtlichen Erklärungen wird also das geheimnisvolle Dunkel in keiner Weise aufgeklärt. Das eigenartige Verfahren, die angeschuldigten Beamten nur vom Dienst zu suspendieren, sie aber nicht zu verhaften, wird sicher auch nicht zur Aufklärung der dunklen Säkretos nach Kräften ausnutzen und man wird sich dann nicht zu wundern brauchen, wenn die Sache, wie so manche andre, im Sande verläuft.

Das Urteil im Cöhlener Prozeß.

Das Reichsgericht sprach gestern von den 22 Angeklagten fünf frei. Nördliche verurteilte es wegen räuberischer Erpressung und verschärfter Rettigung zu fünf Jahren Gefängnis, im übrigen verhängte es Festungsstrafe und rechnete die vom Ausnahmegericht in Dessau verhängten Strafen an. Berg und Bräse erhielten 6 Jahre, Ritter 5, Pauli und Kohl je 4, Krause 3 Jahre 6 Monate, Krebschmar 3 Jahre, Becker 2½ Jahr, fünf andre 2 Jahre, einer 1½ Jahr und zwei je 1½ Jahre Festung.

Wie hoch wird da wohl die Strafe sein, die den Hochverrätern Jagow treffen wird?

Provisorische Regierung in Oberschlesien?

Paris, 5. Oktober. (DA) In französischen Regierungskreisen verlautet, daß für die Übergangszeit in Oberschlesien eine provisorische Regierung gebildet werden soll, die sich aus Mitgliedern der Ententestaaten sowie aus zwei deutschen und zwei polnischen Mitgliedern zusammenhören wird. Die endgültige Entscheidung hierüber liegt beim Völkerbundsrat.

Kongress des AfA-Bundes.

Nachdem am Montagvormittag nach einem Referat von Lüdemann eine Aussprache über die Notwendigkeit erfolgt war, den Angestellten, der Arbeiterschaft und ihren Führern volkswirtschaftliches Wissen zu vermitteln, ging zu Beginn der Nachmittagssitzung dem Kongress ein Begegnungstelegramm britischer Angestelltenverbände zu. Dann erschien eine Vertreterin der Bühnenengenossenschaft, das Unternehmen der seinerzeit in Altona gemahrgestellten Schauspieler zu unterstützen.

Hermann Lehmann-Dresden sprach über die Neuordnung der Sozialversicherung.

Er verlangte eine Umgestaltung der heutigen Sozialversicherung zu einer allgemeinen Volksfürsorge und führte zur Begründung aus:

Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges und insbesondere der Nachkriegszeit haben die Grundlagen der heutigen Sozialversicherung erschüttert und als ungünstig erwiesen. Das von Grundlagen der privatkapitalistischen Lebensversicherung abgeleitete Kapitaldeckungsverfahren der Invaliden- und Angestelltenversicherung hat versagen müssen. Ebensoviel hat das auf dem privatkapitalistischen Haftpflichtgedanken beruhende Umlageverfahren der Unfallversicherung die Bereitstellung der Unfallrentner zu verbüßen vermocht. Dagegen haben sich im allgemeinen die Grundlagen der Krankenversicherung bewährt. Auf der Grundlage der gegenseitigen solidarischen Haftung aller Versicherer bestehend, hat sich die Krankenversicherung durch ihre Selbstverwaltung den wirtschaftlichen Bedürfnissen anzupassen vermocht, soweit sie nicht durch die Staatsbürokratie daran gehindert wurde.

Für die künftige Sozialversicherung dürften daher die Grundlagen der Krankenversicherung in erster Linie mit in Betracht kommen. Sämtliche Zweige der Sozialversicherung sind in einem einheitlichen Selbstverwaltungsförder zusammengefaßt, gesiedert nach örtlichen und bezirklichen Wirtschaftsgebieten ohne unbedingte Bindung an die veraltete Einteilung der staatlichen und kommunalen Verwaltungseinheiten.

In der Debatte beschäftigte sich Lange (Zentralverband der Angestellten) mit der vorliegenden Novelle zum Angestelltenversicherungsgebot. Er sprach sein Bedenken darüber aus, daß das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte trotz Einladung nicht zum Kongress erschienen ist. Des weiteren beklagte er, daß das Reichsarbeitministerium im Frühjahr dieses Jahres wohl die andern Angestelltenverbände, nicht aber den AfA-

Bund über den Entwurf jenes Abänderungsgesetzes unterrichtet habe. Er begründete folgende Resolution:

Der erste Gewerkschaftskongreß des AfA-Bundes richtet an den Reichstag das Erlassen, den von der Regierung eingebrochenen Entwurf eines Gesetzes über Änderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte nicht in der vorliegenden Form zu verabschieden, sondern die Eingliederung der Angestelltenversicherung in die Invalidenversicherung derart zu gestalten, daß die jeweils besseren Bestimmungen der beiden Versicherungsgesetze beibehalten und erweitert werden. Die mäßige wirtschaftliche Lage der Angestellten gestaltet diesen nicht, Beiträge für einen an sich überflüssigen, kostspieligen besonderen Versicherungsapparat aufzu bringen. Außerdem aber liegt die Vereinheitlichung schon um soviel in Interesse der Angestellten, weil sich herausgestellt hat, daß eine endgültige Klärung der Frage, wer versicherungspflichtiger Angestellter oder nichtversicherungspflichtiger Arbeiter ist, nicht herbeigeführt werden kann."

Lenz (Wuwi) zeigte die Unhaltbarkeit des bestehenden Sonderversicherungsgebotes für Angestellte an dem Umstand, daß die Reichsversicherungsanstalt in vielen Fällen selbst nicht weiß, ob jemand als versicherungspflichtiger Angestellter anzusehen sei oder nicht.

Ministerialrat Dr. Detsch wies den Vorwurf, daß das Reichsarbeitministerium einen Teil der Angestellten, nämlich den AfA-Bund, weniger informiert habe, als unberechtigt zurück. Demgegenüber betonte Aufhäuser, die Tatsache, daß die andern Angestelltenverbände über die Pläne des Reichsarbeitministeriums zeitig informiert worden sind, bleibe trotzdem bestehen. Man hoffe jedoch, daß eine solche Einseitigkeit sich nicht wiederhole.

Kroll (Werkmeister) betonte die Notwendigkeit, daß die Sozialversicherung vereinheitlicht werde. Freese (Schiffsoffiziere) und Gonorah (Artisten) beleuchteten die Mängel der sozialen Versicherung für ihre Berufe.

Im Schlußwort hob Lehmann hervor, daß hier zum erstenmal ein Angestelltenkongreß die Umgestaltung der Sozialversicherung in eine allgemeine soziale Fürsorge verlangt. Die Lehmannschen Leitsätze wurden dem AfA-Bund vorstand überwiesen, damit sich dieser darüber mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund einstimme. Die Resolution Länge wurde einstimmig angenommen.

Damit war die Tagesordnung erledigt. Leipart (ADGB) sprach seine Freude aus, daß der glänzend verlaufene Kongreß das Abkommen mit den freien Arbeitergewerkschaften bestätigt habe. Handlungsschiffen, Techniker, Schauspieler und Arbeiter seien nun verbindliche Gewerkschaftsgenossen, die einander immer besser zu schätzen wissen werden. Das werde allen zum Nutzen dienen. Technisch äußerte sich Reichel (Metallarbeiter). Kollege Lange vom Deutschen Beamtenbund befand in gleicher Weise seine Sympathie. Giebel (A. d. A.) dankte der Kongreßleitung. Aufhäuser sah den AfA-Bund als ein unvergleichliches, weil mit gleichem sozialem Geiste eifriges Bündnis. Die drei linige Gewerkschaftsbewegung der Beamten, Angestellten und Arbeiter sei das Fundament einer besseren Zukunft. Mit einem dreifachen Hoch auf die freie Gewerkschaftsbewegung wurde der Kongreß geschlossen, der den AfA-Bund als einen mit frohem Kampfeswillen bestellten Block der Angestellten-Gewerkschaften eracht hatte.

Sinken und Steigen der Mark.

Es kosteten in Berlin	1. 7. 14	1. 10. 21	3. 10. 21	5. 10. 21
	Mark			
1 amerikanischer Dollar	4.12	124.37	127.37	125.74
1 englisches Pfund Sterling	20.43	462.50	473.—	471.—
100 holländische Gulden	160.00	3896.10	4045.05	4043.45
100 schwedische Kronen	112.50	2787.25	2823.15	2814.89
100 schwäizer Franken	81.00	2147.85	2213.75	2197.80
100 französische Franken	81.00	874.10	889.10	884.10
100 belgische Franken	81.00	881.60	889.10	881.60
100 italienische Lire	81.00	404.50	504.45	499.50
100 tschechoslowakische Kronen	85.00	7.88	7.48	7.08
100 ungarische Kronen	—	127.35	129.60	131.35
	—	17.88	17.98	17.98

Von Nah und Fern.

Guthbares Eisenbahnmotiv in Paris.
Paris, 6. Oktober. (TU) Eine furchtbare Eisenbahnskatrophe hat sich Dienstagabend in Paris in der Nähe des Bahnhofs St. Lazare ereignet. Ein Personenzug ist im Tunnel von Battignolles in nächster Nähe des Bahnhofs mit einem anderen Zug zusammengefahren, der kurz vorher von Versailles abgefahre war. Infolge der Heftigkeit des Zusammenstoßes sind die Gasbehälter in den ersten Wagen des Zuges explodiert. Das Feuer breite sich mit großer Geschwindigkeit aus. Von 21 Wagen sind 16 vollständig verbrannt. Bis jetzt ist bekannt, daß vier Personen umgekommen sind. Die Zahl der Verletzten wird auf fünfzig geschätzt. Zwanzig Schwerverwundete sind bereits in das Hospital eingeliefert worden. Die Katastrophe wird dadurch erklärt, daß die Bremsen der Lokomotive des Zuges von Versailles in dem Tunnel plötzlich versagten und der Zug nicht mehr weiterfahren konnte. In diesem Augenblick kam der andere Zug, der wegen schlechten Funktionszustandes der Weiche dem haltenen Zug in die Flanke fuhr. Nach einer weiteren Meldung wurden bisher mehrere Leichen und über hundert Verletzte geborgen.

Der Unfall des Shakespearen-Dampfers.
Biskön, 5. Oktober. Die Quest mit der Mission Schäffer zu einer Entdeckungsreise nach dem Südpol an Bord, lief in folge Maschinenschäden in die Mündung des Tajo ein.

Berantwortlich für den redaktionellen Teil:
Walter Freytag in Leipzig.
Berantwortlich für den literarischen Teil:
Friedrich Böller, Borsdorf-Leipzig.
Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig



Die Nummer um

USPD. Groß-Leipzig

Welt-Leipzig, Westen II. Donnerstag, 6. Oktober, abends 18 Uhr. **Bo-**
zirksversammlung im Restaurant zum Rosental, Baldstraße 62. Gruppenführer und Funktionäre, die noch Material von der Werbemöglichkeit und Karten zur Stadtverordnetenwahl haben, müssen dies mitbringen. Erstehen aller Genossinnen und Genossen ist Pflicht. Die Bezirksleitung.

Schönesfeld. Die Ortsvereinsbibliothek wird von Freitag, heute, Donnerstag, ab wieder regelmäßig jeden Donnerstag, abends von 6 bis 8 Uhr, geöffnet sein. Montag, abends 18 Uhr, im Gesellschaftshaus, Diskussionsabend. Referent: Genosse Gensel.

Wahren. Freitag, den 7. Oktober, abends 18 Uhr. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorsitzenden, des Kässerers, der Revisorin, der Bibliothekar und der verschiedenen Kommissionen, 2. Diskussion, 3. Verschiedenes. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert vollzähliges Erstreben der Genossen und Genossinnen. Der Vorstand.

Freireligiöse Gemeinde, Bez. Westen
Freitag, den 7. Oktober, abends 7 Uhr: Monatsversammlung in der Schulhofsquelle, Völkerstraße 14. 1. Vortrag: Was will die freireligiöse Gemeinde? Referent: Dr. Kippenberger. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Zahlreicher Besuch erwartet. Der Bezirks-Vorstand.

Gebr. Stiehler, Leipzig-Vo.

Torgauer Straße 11
Brikett-, Kohlen- u. Holzhandlung En gros
En detail
empfehlen sich angelegerlicht zur prompten Lieferung
von holz und sämtlichen Kohlen
für den Winterbedarf und Landbezug

Den Parteigenossen und Parteigenossen der U.S.P.D. empfehlen wir:

Die Rämpferin

Zeitschrift für Frauen und Mädchen des wirtschaftlichen Volkes. Erscheint aller 14 Tage mit einer 4-wöchentlichen Kinderbeilage. Sie kostet die Einzelnummer 50 Pf. Durch die Organisation begogen ist der Bezugspreis billiger.

Leipziger Buchdruckerei A. G.
Abteilung Buchhandlung
Tauchaer Straße 19/21.

Kleiner Anzeiger

Kaufgejuche

Kaufe Herren-Garderobe, Militär-Sachen 1st Gebraud - Anzüge, Bettw., Bett- u. Leibw., Reichsauflieh, Militär-Stiefel und Schuhe, Kint, Ranftliche Halle 6, pt. Straßenbahn b. Battendorf.

Sämtl. Herrengarderobe auch Gebraudanzug, Kaufstets Johanniskirchplatz 81/82 d. Kirche und Demmermarkt, 72, II. 1st

Kaufe alle alten u. Möbel Bettstellen m. M. Bettfedern Glasur, Eisenbahnr. 5, I. Taschen-Uhren Kauf Urban Spezialist für Reparaturen Wickerstraße 26.

Schallplatten abgedrehte und Bruch faut zu höchsten Preisen Sien. Sell., Weißbühlstr. 15 a. Dötheim, Straßenbahn 18. Nähmaschine Jucht Stüber, Goebenstr. 1, pt. I. 10032.

Nähmaschinen, auch P. Betzschmehm Jucht Meth. Frankfurter Str. 22. D. u. H. Nad. Nähmehd. & Co. Kohlgartenstr. 44, II. L. 81734.

Kinder- oder Klapprwagen low. el. Kinder-Gitterbett g. f. f. Oft. m. Pr. erb. Potschler, Co. Auerbachstraße 2, II. M.

Vermischte Anzeigen

Das erkannte Völkchen, das die Boa im Filmkabinett, Lindenau, a. d. M., abends aufgehoben, wird geb. diese gegen Belohnung, Leusich, Kurze Straße 10, abzugeben. Jäcklin, Leusich, Futtermittelhandl. Kurze Str. 10.

I. Verleih-Institut feiner Gesellschafts-Anzüge J. Kindermann Neumarkt 1, I. Treppen.

2jähriges Wädel in gute Kleine zu geben. Oft. an R. Müller, Mittelstraße 6.

Wohnungen

Welt-Mann sucht eins. 3imm. mögl. bei alleinst. Frau. Oft. u. B. 505 Fil. R. 51. Dieskaustr. 5. Große leere Stube ob. mögl. Zimmer in. Kochgel. von anf. jungen Ehepaar gelucht. Oft. u. V. 500 an Fil. Selberstr. 32.

Ortsverein Plagwitz-Lindenau-Schleußig

U. S. P. D.

Freitag, den 7. Oktober 1921, abends 18 Uhr:

Halbjahrs-General-Versammlung

im Goldenen Adler, L.-Lindenau, Angerstr.

Tagesordnung: 1. Die Stellungnahme der USPD. zur Regierungsbildung im Reich. Referent: Genosse Redakteur Saure. 2. Geschäfts- und Kassenbericht. 3. Bericht der Revisorin. 4. Verschiedenes.

Bei der Wichtigkeit des ersten Tagesordnungspunktes erwarten wir zahlreichen Besuch unserer Mitglieder. Der Vorstand.

Proletarier! Genossen!

Heute Donnerstag, abends 7 Uhr, sprechen in der

Grünen Schänke, Anger, Breite Str.

die wegen Hochverrats angeklagt gewesenen Genossen aus Cöthen über das Thema:

Der Strafvollzug in der Deutschen Republik.

Proletarier! Ihr habt unsere Verhandlung gelesen, kommt nun und hört uns selbst.

Die ehemaligen Gefangenen.

Achtung!

Gläubiger des Klante-Konzerns.

Dividenden-Schein laut Verhandlungs-Beschluß vom 2. Oktober nur an Gläubiger-Auslese abgeben. Vollmachts-Liste vom 2. Oktober genügt nicht, daher Einzelvollmachten ausstellen! Letzte Gelegenheit hierzu: Zweite Gläubiger-Versammlung am 9. Oktober, 10 Uhr, im Schloß Drachenfels, L.-Möhlis. Die Schuhkommission.

Gelegenheitskauf:

Gummi-Absätze

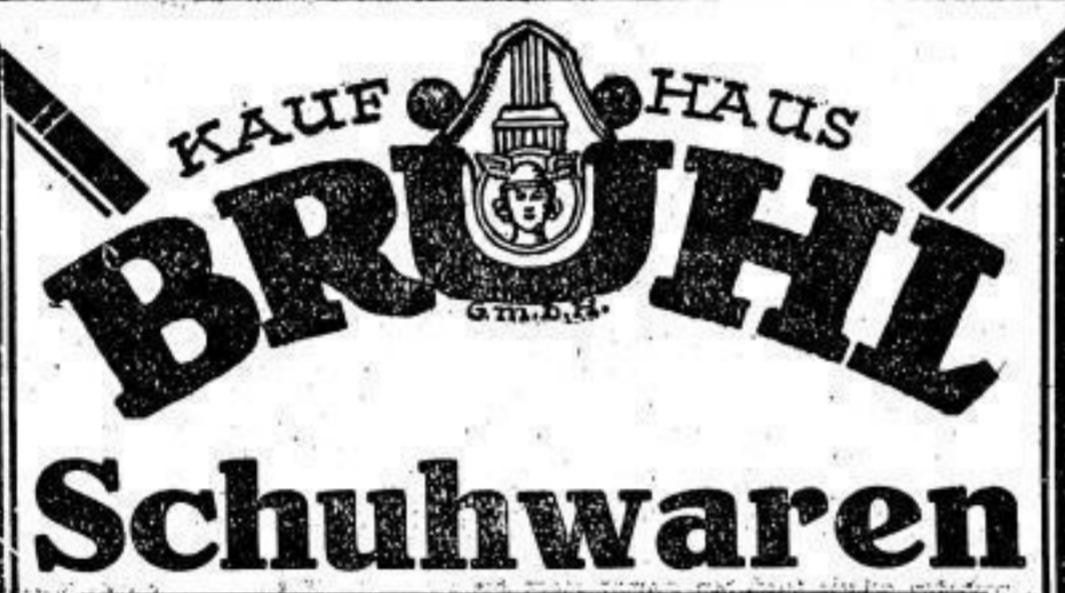
Günstig für Schuhmacher, kaum billig, ohne Aufschlag

Taschenlampen

Mignon - Eman - Normal

Batterien Sets frisch

Böhse, Kaiserstr. 5



Damen-Halbschuhe

R.-Chevreaux, gute Ausführung, moderne Form und Absatz, mit und ohne Lackkappe 95.00

95.00

Damen-Halbschuhe Boxcalf, hoher moderner Absatz und Formen, mit und ohne Lackkappe 120.00

110.00

Damen-Halbschuhe braun, Chevreaux, wirklicher Gelegenheitskauf

115.00

Damen-Halbschuhe mit % und flachem Absatz, bequeme Form mit und ohne Kappe, in Rindbox und R.-Chevreaux 120.00 125.00

120.00

Damen-Stiefel moderne Form, hoher Schaft, in Rindbox und R.-Chevreaux, mit und ohne Lackkappe 150.00

133.00

Damen-Lackschuhe in Spange und Schnür, moderne Form und Absatz, wirkl. Gelegenheitskauf

150.00

Damen-Halbschuhe unser Artikel "Vera", erstklassig, Boxcalf und Chevreaux, Lackkappe, auch weiß, gedoppelt 155.00

155.00

Herren-Stiefel in bewährten Qualitäten, R.-Chevreaux u. prima Rindbox, mit u. ohne Lackkappe 165.00

160.00

Herren-Stiefel in Mastbox und Boxcalf, weiß gedoppelt, reine Lederausführung, enorm billig

165.00

Herren-Halbschuhe breite, mod. Form, Lackkappe, zum Schnüren und mit Riemchen, Boxcalf und R.-Chevreaux 182.00 170.00

165.00

Herren-Stiefel Lackbesatz, R.-Chevreaux, Einsatz, moderne Form, Gelegenheitskauf

198.00

Herren-Stiefel Rahmenarbeit, erstklassig, Fabrikat, enorm billig

225.00

Wieder eingetroffen:

Reichs-Fein-Seife

100 Gramm-Stück

1.50

Höchstabgabe 5 Stück.

Holzarbeiter-Verband

Sonnabend, den 8. Oktober, abends 6 Uhr im Volkshaus, Gartenzaal

Versammlung aller in der Holzindustrie beschäftigten Lehrlinge.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Kollegen Arnsdorf.
2. Befredigung über das von den Meistern gewährte Gehalt.
3. Verschiedenes.
4. Das Erscheinen der Lehrlinge und deren Eltern ist unbedingt erforderlich. Die Lehrlingskommission.

Bilzhauer aller Branchen! Sonnabend, abends 18 Uhr, im Volkshaus, Zimmer Nr. 9, wichtige Versammlung. Tagesordnung: 1. Aussprache über um Stellenvermittlung. 2. Brandenangelegenheiten. Die Branchenleitung.

Drehßler aller Branchen! Sonnabend, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Café Mitte, Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag über Industrie-Verbände. Referent: Kroneberg. 2. Wichtige Branchenfragen. — Die wichtige Tagesordnung erfordert vollzähliges Erscheinen. Die Branchenleitung.

Löhneranschläger! Sonnabend, den 8. Ott., abends 7 Uhr, im Volkshaus, Zimmer Nr. 5, Versammlung. Tagesordnung: 1. Branchenangelegenheiten. 2. Verschiedenes.

Korbmacher! Sonnabend, den 8. Ott., abends 7 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 7, Versammlung. Tagesordnung: Der Verlauf unserer Lohnbewegung.

Sonnabend, den 15. Oktober, abends 6 Uhr **Herbst-Bergnügen** in sämtlichen Räumen des Volkshauses.

Verband d. Fabrikarbeiter Deutschlands
Zahlstelle Leipzig
Voranzeige!
Mittwoch, den 12. Oktober 1921:
Funktionär-Sitzung

Freitag, den 14. Oktober 1921:
Mitglieder-Versammlung

Konsum- u. Spargenossenschaft Wurzen u. Umgeg.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. Freitag, den 14. Oktober, abends 7 Uhr, im Hotel Victoria, Wurzen:

General-Versammlung

Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstands und Aussichtsrats. Entlastung des Vorstands.
2. Beschlussfassung über Verteilung des Reingewinnes.
3. Wahl eines Aussichtsratsmitgliedes an Stelle des ausgeschiedenen Herrn Rost.
4. Antrag der Verwaltung:
Änderung des § 41 des Statuts Festlegung von Spar-Rabatt. Anträge der Mitglieder müssen eine Woche vor der General-Versammlung eingereicht sein.
Zu einem zahlreichen Besuch dieser Versammlung lädt ein.

Der Aussichtsrat.
Max Mucker, Vorsteher.

Kartell der Arbeitervereine für Sport- u. Körperpflege

Turn-Vereine

L.-Gutkisch. Turn- u. Sportverein Vorwärts. Sonnabend, 8. Oktober, abends 7 Uhr, im Galathion, Großen Herbstvergnügen befindet sich in turnerisch, sowohl in sportlich, Darbietungen u. Tanz. Die gesamte Arbeiterschaft lädt hierzu ein. D. L.

Großjohopher. Turnverein. Sonnabend, den 8. Oktober, im Galathion zum Trompeten Herbstball und 10. Stiftungsfest der Fußballabteilung. Zu zahlreichem Besuch lädt ein. Der Vorstand.

L.-Oltvorstadt. Sonnabend, 8. Oktober, abends 7 Uhr, Vereinsversammlung im kleinen Saal der Drei Mohren, Leipzig-Angert. Wichtige Tagesordnung. Zahlreiche Erwartungen werden erfüllt. Der Turnrat.

Anhaltleeberg. Turn- und Sportverein. (E. B.) Sonnabend, 8. Oktober, abends 7 Uhr, Vereins-Versammlung im Galathion. Tagesordnung: 1. Vereinsangelegenheiten. 2. Verschiedenes. Erstreben aller Mitglieder ist unbedingt Pflicht. Der Vorstand.

Arbeiter-Schwimm-Verein

Urb.-Schwimmer. Leipzig. E. B. Sonnabend, den 8. Oktober 1921, abends 7 Uhr, Quartals-Versammlung im Volkshaus. Wichtige Tagesordnung. Alle über 25 Jahre alten Damen und Herren treffen sich Mittwoch im Diana-Bad, Lange Straße 8. D. B.

Ein Plan zur Sozialisierung der Landwirtschaft
von Karl Marchionini. — Preis 2 Mk.
Leipziger Buchdruckerei A. G.
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.

Wetterbeobachtungen (Zoologischer Garten) in Leipzig.

Sonntagsstand	mittag	Uhr*	Gefüllt	Geöffnet	Windrichtung	Windstärke	Wetter-stand	Temperaturextreme am 5. Oktober 1921
5. Oktober	morgen 2 U.	50,3	14,0	40	N	4	Heller	Höchste Temperatur 14,6
5. Oktober	abends 9 U.	50,7	8,0	70	N	3	Glatte	Tiefste Temperatur 3,4
5. Oktober	abends 7 Uhr	50,2	3,0	97	SO	3	Regenmengen in mm	Regenmenge 9,0

Allgemeiner Wetterverlauf: Vorwiegend klar, Heller, beladenes Barometer.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 5. Oktober.

Parteiangelegenheiten.

Frauen-Agitations-Kommission Groß-Leipzig. Freitag, den 7. d. M., abends 1/2 Uhr, Sitzung im Volkshaus.

Frauendiskussionsabend P.-Ost. Heute, Donnerstag, abends 1/2 Uhr, in der Grünen Aue, Bernhardstraße 26, Vortrag.

P.-Schönfeld. Die Bibliothek ist von heute ab wieder regelmäßig Donnerstags, abends von 6½–8 Uhr, geöffnet.

P.-Thonberg. Agitationskommission! Heute abend 6 Uhr in der Bibliothek zu schriftlicher Arbeit.

Kinderschulkommission des Nordbezirks. Morgen, Freitag, den 7. Oktober, abends 7 Uhr, im Brauerei-Ausschank, P.-Gohlis, Eisbachtstraße 17, Versammlung. Vortrag des Herrn Regierungsrats Goehle über die Tätigkeit des Wohlfahrtsamtes in der Amtshauptmannschaft. Zahlreicher Besuch, vor allen Dingen aus den Orten der Amtshauptmannschaft, wird erwartet. Alle Genossinnen und Genossen, die sich für das Gebiet der Wohlfahrtspflege interessieren, sind eingeladen.

Betriebsräte, Arbeiterräte, Angestelltenräte und Obmänner der Gruppe IX (Lebensmittelindustrie). Freitag, den 7. Oktober, abends 7 Uhr: Gruppenversammlung im Volkshause, Cafeteria. Tagesordnung: Der § 71 des Betriebsverfassungsgesetzes.

Teilnehmer der Unterrichtsschlüsse des Gewerkschaftskartells. Die gemeldeten Teilnehmer sind zugelassen worden. Eine besondere Benachrichtigung erfolgt nicht. Die Hörerlaaten werden im Unterrichtsraum ausgehändigt.

Die Stadtverordnetensitzung vom 5. Oktober.

Der Vorsteher Seger wußte nach Eröffnung der Sitzung den verstorbenen ehemaligen Mitglied Tobias einen ehrenden Nachruf.

In der vorigen Sitzung war bei Regelung der Straßenbahnenrlöhne eine nochmalige Ausschusseratung beantragt worden, da die Werkstättenarbeiter eine andre Regelung wünschen. Es wurde beschlossen, daß für die Werkstättenarbeiter der Großen Leipziger Straßenbahn besondere Sonderabkommen vom 25. November 1920 auf alle Arbeiter der technischen Abteilungen der Straßenbahn auszudehnen und den Rat um Beitritt zu erlauben. Damit bekommen alle Arbeiter der technischen Abteilungen die 20 Pf. Stundenlohn mehr, die bisher nur ein Teil der Werkstättenarbeiter bekam. Bei diesem Beratungsgegenstand beantragte Frau Mendelsohn-Borckholz für die Straßenbahn statt der Linoleummarken Vorzella ganz einzu führen. Stadtrat Peters sprach dagegen, die Sache komme zu teuer zu stehen. Nachdem Frau Mendelsohn-Borckholz dem entgegengetreten war, wurde ihrem Antrag zugesagt.

Den Solomitgliedern der städtischen Theater wurden rückwirkend bis 1. April für Neuregelung der Gehälter 400 000 M. bewilligt. Der Berichterstatter gab dem schweren Bedenken Ausdruck, das die Ausschüsse gegen das Auftreten der Künstler in Kabarettvorstellungen erheben. Sie erwarten, daß sie ihren Ruf nicht durch Beteiligung an manchmal fragwürdigen Unternehmen schädeln und ihre Kräfte ungemein in den Dienst der Stadt stellen.

Die Ablehnung des Ortsgesetzes über die Wahl von Stadträten durch das Ministerium, die schon in einer früheren Sitzung zu einem Protest unserer Fraktion führte, wurde der Anlaß zu einer lebhaften Aussprache. Bekanntlich hatten die beiden städtischen Kollegien die Abstimmung, in einem Ortsgebot die lebenslängliche Wahl bei bevorstehenden Stadtratswahlen auszuschließen. Das Ministerium sollte für diesen Fall von den Bestimmungen der Revidierten Städteordnung Gebrauch machen und der Stadt Leipzig Genehmigung für das geplante Ortsgebot erteilen. Das hat aber das Ministerium abgelehnt.

Bezirksvorsteher Dr. Jund referierte im Auftrage des Verfassungsausschusses über diese Angelegenheit. Der Ausschuss schlug dem Kollegium vor, von der Ablehnung Kenntnis zu nehmen, zugleich aber zum Ausdruck zu bringen, daß das Kollegium die Ablehnungsgründe des Ministeriums nicht anerkennt, sondern bei seiner Meinung vercharrt. Nach Ansicht des Ausschusses hätte das Ministerium sehr wohl die Genehmigung erteilen können.

Die Angelegenheit wäre wahrscheinlich ohne Aussprache er-

Peter Schaller.

Von Frieda Schwarzer.

In seinen Freistunden las er. Alles was ihm just in die Hände fiel. Nach jedem bedruckten Stück Papier sahndete er und schleppete es herum. Und wenn es nur ein Zeitungsblatt von anno dazumal war.

Ach, so schreiben zu können, wie es in den Zeitungen und Büchern zu lesen war. Die vielen, vielen Gedanken, die man hatte, niederschreiben zu können und sie dann gedruckt vor sich zu sehen! Das schien ihm der Inbegriff aller Glückseligkeit. Ganz heimlich hatte er einmal ein Gedicht abgeschickt an das Kreisblatt in M. Es war zurückgekommen mit einem höflichen, gedruckten Begleitschreiben: „Wir bedauern sehr – u.“ Es hatte ein zweites, ein drittes abgesandt und keine Antwort erhalten. Als er es dann nochmals versucht hatte, war ihm ein gar großer Brief ins Haus gefallen; es sollte die Redaktion, die gerade genug mit Arbeit überlastet sei, nicht noch mit der Zusendung seiner „unorthographischen Schmiedereien“ belästigen. „Unorthographische Schmiedereien“ – seine Gedichte, die er mit so warmer Begeisterung mühsam genug niedergeschrieben hatte! Der Redakteur hatte gerade hellen Verger und demzufolge eine schauderhafte Laune gehabt. Und darum warf er dem armen Teufel all seine glänzenden Schlösser über den Haufen.

Acht Tage war dann Peter sehr gedrückt. „Hilf einen armen Kerl wie unsrein haben die Herren eben nichts übrig. Wer ist Peter Schaller aus Liebertsdorf? Ein Garniemand!“

Und nach acht Tagen baute er doch wieder seine Schlösser im Mond.

„Armer Peter! Von Sehnsucht bist du verzehrt, ohne zu wissen, wohin du mit dir fliegen willst. Du trottest weiter durch deiner Tage Lust und immer schleppst du diese dumpfe Sehnsucht mit dir herum.“

Er hoffte weiter. Einmal mußte es ihm doch gelingen! Vielleicht bei einer andern Zeitung? Wenn nur erst einmal etwas von

gedruckt werden, wenn nicht der Pfarrer Jeremias wieder einmal über Dinge geredet hätte, die er nicht versteht. Zunächst sprach er den Redakteuren an dem Schreiben des Ministeriums, in dem noch zwei Worte fehlten; das war des Pfarrers erster Erfolg, er wurde wieder einmal ausgedacht! Solche Kleinigkeiten stören aber das freie Kirchenrecht nicht, deshalb unternahm er es auch, seine juristischen Kenntnisse auszuputzen.

Er, der Pfarrer, hat einen Kommentar zur Revidierten Städteordnung geschrieben und darin das Gegenteil von dem gesunden, was der Jurist Dr. Jund sagte. Bei der Gelegenheit wolle er, der Pfarrer, auch gleich protestieren gegen den in der neuen Gemeindeverfassung geplanten Rechtsbruch an den alten verbrieften Rechten der Kreisbeamten. Eindruck erzielten diese pfäffisch-juristisch-demagogischen Deduktionen nicht, sie riefen über den Juristen Dr. Jund zur Entgegnung auf den Plan, der dem Pfarrer höchstens sagte: „Ich bin für die juristische Belehrung sehr dankbar, aber sie ist in allen Fällen falsch!“ Und dann wies Dr. Jund nach, daß der pfäffische Jurist noch nicht einmal einen weltlichen Kommentar über die Revidierte Städteordnung lesen kann, denn in dem Kommentar steht das Gegenteil von dem, was der Pfarrer herausgelesen hat. Der Kopf des abgestraften Pfaffen wurde immer „röter“, das Gesicht immer länger, die Blamage immer größer.

Durch das Auftreten des Oberbürgermeisters Dr. Rothe nahm die Debatte eine andre Wendung. Er erklärte, der Rat sei noch heute der Ansicht, daß vom Ministerium Dispersionshöfe eröffnet werden können. Um so erstaunlicher sei es, daß Herr Lipinski gegen seine eigenen Parteigenossen entschieden habe.

Trotzdem Dr. Rothe durch Aufruf darauf aufmerksam gemacht wurde, daß die Entscheidung des Ministeriums nicht von Lipinski, sondern von seinem Stellvertreter Busk gefällt worden ist, blieb der Oberbürgermeister bei der Behauptung, Lipinski habe die Entscheidung gefällt.

Diese bewußte Unwahrheit des Oberbürgermeisters hatte den Zweck, der Unabhängigen Sozialdemokratie eins auszuwischen und den Minister Lipinski lächerlich zu machen. Das hatte übrigens keinen Erfolg gehabt.

Die Ratsvorlage über die künftige Verwendung der Zinsen aus Schulgeld-Stiftungen wird nach langer Erklärung durch die Genossen Schilling abgelehnt. Es wurde verlangt, daß die Kapital- oder einzelne Stiftungen zusammengeschlagen und zu einer Sammelstiftung vereinigt werden.

Die Ratsvorlage über die Zusammenziehung des Gemischt-Ausschusses für das Sozialpädagogische Frauenseminar war durch die Ausschüsse infolge erweitert worden, als noch zwei Frauen aus der Bürgerschaft und eine Vertreterin der Schülerinnen zugewiesen werden sollen. Prof. Heck bekämpft die Heranziehung einer Schülerin. Es sei gesetzlich nicht zulässig und würde einen Konfliktschaffens, bis zu dessen Erledigung der Ausschuss nicht zusammentreten könnte. Gen. Liebmann beantragt zur Nachprüfung dieser Argumente nochmalige Juristoverweisung an die Ausschüsse.

Eine Eingabe wegen Bezahlung von Stundenhonorar der Schuhmacher-Fachschule wurde dem Rat zur Erwägung überreicht. Die Fachschule hat die Stundenzahl von 6 auf 8 Stunden erhöht. Die Innung, die die ganzen sachlichen Lasten der Schule trägt, glaubt durch die Mehrosten zu stark belastet zu sein.

Zur Wiederherstellung eines Arbeitshauses des Ritterguts Wachau werden 57 300 M. bewilligt. Der Rat wollte das Haus ursprünglich nicht zum Bewohnen wiederherstellen, sondern nur den vollen Einsturz vermeiden. Der Ausschuss machte dieses unglaubliche Schildbürgerstück nicht mit und verlangte am 1. November 1920 eine neue Vorlage, die auch gütlich „schon“ Anfang Oktober 1921 vor dem Ausschuss beraten werden konnte! Mit der Bekanntgabe dieses Musterbeispiels der Fixizität des Leipziger Rates, an der auch die Amtshauptmannschaft beteiligt sein soll, wurde die öffentliche Sitzung geschlossen.

der Pfasse: „Engelstein ist kein Hefteider,“ worauf prompt die Antwort erfolgte: „und Ihres ist fälschlich!“

Nach dem Ausgang dieser Debatte kann wohl angenommen werden, daß die Herrschaften von diesem schändigen Kampfmittel selbst die Nase voll haben.

Der Oberbürgermeister hatte in seiner Rede auch verlangt, die Stadtverordneten sollten sich entscheiden, wie sie zur Wiederwahl des Stadtrats Bluth stehen. Entweder solle Bluth auf Lebenszeit gewählt werden oder die Wahlzeit müsse für alle Stadträte auf 12 Jahre ausgedehnt werden. Die Linke des Hauses sollte sich doch nicht vom diktatorischen Parteiprogramm leiten lassen. Von unabhängigen Rednern und von dem Rechtssozialisten Hagen wurde demgegenüber mit Nachdruck hervorgehoben, daß die Wahl der Stadträte auf Lebenszeit gegen die Interessen der Bevölkerung verläuft, sogar bis weit in die Kreise des Bürgertums hinein macht sich der Widerspruch bemerkbar. Die Unabhängigen legten dem Oberbürgermeister auch, daß nicht nur die Wahl auf Lebenszeit, sondern auch die Wahl aller Stadträte auf 12 Jahre abgelehnt werden müßt, sonst würden auch die Wahlperioden für die Herren verlängert, für die eine solche Verlängerung nicht in Frage kommt. Der Oberbürgermeister nickte dazu mit dem Kopfe, er wußte Bescheid.

Weil der Vorsteher mitteilte, werden die Stadtverordneten in nächster Zeit in einer vertraulichen Besprechung die Stadtratswahl beraten.

Dem Antrage des Verkehrsausschusses, die Errichtung eines Bezirkseisenbahnrats und einer Eisenbahndirektion in Leipzig zu fordern, wird nach längeren Ausführungen des Oberbürgermeisters zugestimmt und eine entsprechende Eingabe dem Rat überreicht.

Eine Ratsvorlage über die künftige Verwendung der Zinsen aus Schulgeld-Stiftungen wird nach langer Erklärung durch die Genossen Schilling abgelehnt. Es wurde verlangt, daß die Kapital- oder einzelne Stiftungen zusammengeschlagen und zu einer Sammelstiftung vereinigt werden.

Die Ratsvorlage über die Zusammenziehung des Gemischt-Ausschusses für das Sozialpädagogische Frauenseminar war durch die Ausschüsse infolge erweitert worden, als noch zwei Frauen aus der Bürgerschaft und eine Vertreterin der Schülerinnen zugewiesen werden sollen. Prof. Heck bekämpft die Heranziehung einer Schülerin. Es sei gesetzlich nicht zulässig und würde einen Konfliktschaffens, bis zu dessen Erledigung der Ausschuss nicht zusammentreten könnte. Der Referent legte dar, daß die Syndikalisten den herrschaftslosen Staat anstreben. Polizei, Militär seien die Stützen des Staates und somit des Kapitalismus. Auch der Parlamentarismus sei zu bekämpfen. Es prägt dann die Gentilversammlung der Chinesen und empfahl zwar nicht den etwa neuwähnlichen Arbeitern, chinesische Kulis zu werden, doch sei die revolutionäre Erhebung in China nicht von den Unterdrückten, sondern von den Schichten ausgegangen, die die Bevölkerung unterdrücken möchten, im Gegensatz zu Deutschland, Frankreich, England usw., wo die revolutionäre Bewegung von den unterdrückten Klassen ausgeht. Die Gentilversammlung habe kommunistische Tendenzen. Da in China die meisten Epidermen und die größte Hungersnot geherrscht hat, erzählt der chinesische Märtyrerzähler nicht. Die Anarchisten und Syndikalisten lehnen die Parteibildung ab. Der SPD, USPD und KPD, was der Referent vor, sie verständen die Einigung des Proletariats nur so, daß jede Partei sage, nehm unter Programm, dann ist die Einigung da. Deshalb müssen die Arbeiter sich von dieser Partei abwenden und Syndikalisten oder Anarchisten werden. Nachdem in der Diskussion ein Anhänger der Freiland- und Freigeldmänner gesprochen hatte, erklärte der Referent das Schlüsselwort, worauf die Einigungsversammlung auseinander ging.

Ein anderer Genosse, der die Versammlung besucht hat, schreibt darüber:

„Nichts ist in der Welt so dummkopf, es findet doch kein Publikum.“ Man glaubt nicht, daß in einer Stadt wie Leipzig, wo man sich

Parteiveranstaltung

Sonntag, den 9. Oktober, vormittags 9 Uhr
im großen Saal des Zoo

Tagesordnung:

Die Regierungsbildung
und die U. S. P. D.

Zutritt nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.

Genossinnen und Genossen! Sorgt für zahlreichen Besuch!

Der Bezirksvorstand der U. S. P.
Leipzigs.

gern schon in einer vorhergehenden Sitzung der Pfarrer Jeremias mit der gleichen Ulje verfaßt, aber ebenso wie damals der Pfaffe, so wurde diesmal der Oberbürgermeister sofort abgestraft. Genosse Liebmann erklärte: Ich bin erstaunt, woher der Herr Oberbürgermeister den Mut nimmt, zu behaupten, daß Lipinski die Entscheidung gefällt habe, denn der Oberbürgermeister hat persönlich mit dem Ministerpräsidenten Busk verhandelt, er weiß auch bestimmt, daß nicht Lipinski, sondern Busk die Entscheidung unterschrieben hat, er weiß bestimmt, daß Lipinski an jener Zeit beurlaubt war. Die falsche Darstellung des Oberbürgermeisters zeugt von einer Vorliebe für umgeogene Wahrheiten, von der ich nicht erwartet hätte, daß sie der Oberbürgermeister in aller Offenheit mit so kluger Stirn vortragen würde.

Jetzt war die Reihe mit dem roten Kopf am Oberbürgermeister, der verlegen auf seinem Stuhl hin und her rutschte. Der Oberbürgermeister versuchte nun, sich herauszureißen, er meinte, Lipinski hätte ja nach den Ferien eine andre Entscheidung treffen können. Aber auch diese faule Ausrede wurde ihm aus der Hand geschlagen, indem vom unabhängigen Redner darauf hingewiesen wurde, daß Lipinski keine andre Entscheidung treffen konnte, weil ihm kein Antrag vorgelegt hat; gerade der Oberbürgermeister hat verhindert, daß Lipinski zur Entscheidung angerufen wurde. Auf die Feststellung, daß Lipinski keinerlei Verschulden trifft, rief

ihm gedruckt wäre! Dann war er berühmt. Dann konnte er sich auch viel, viel Bücher kaufen. Und lernen, immerzu lernen. Tausend Möglichkeiten bietet das Berühmtwerden – dachte Peter.

Er hatte unglaublich naive Vorstellungen von der Laufbahn eines Dichters. Und ihr, die ihr's besser weiß, habt keine Ursache, spöttisch die Rose zu klimpsen.

Peter hatte schon manches von Leuten gelesen, die plötzlich reich geworden waren, von Stiefelpatränen und Zeitungsjungen, die in Amerika reiche Leute wurden. Warum nicht auch ein armer Holzsäumer aus Liebertsdorf? Ha, er wollte es ihnen schon zeigen! Und in seinen Träumen war er stark und groß.

Als Peter am Abend seiner Behausung zuschritt, sein verlorenes Leben vorüberzehen ließ an seinen Augen und die Flugkraft der Hoffnung vorauswandte in die Zukunft, ahnte er nicht, daß etwas Neues in sein Leben treten würde, das ihm anfangs Erfüllung aller Sehnsucht erschien, das ihm für kurze Zeit Glück und Spannkraft gab, das sein Blut rascher, freudiger pulsieren ließ: das Weib.

Die Mutter kam ihm entgegen, aufgeregt und geschwängert, wie alte Weiber nun einmal sind, wenn sie nichts zu tun haben: Denk dir nur, die Rose ist da! Und sie ließ eine ungeheure Wurstlini los über diese Rose, die er ja gleich selbst sehen würde.

Er hatte schon von ihr gehört. Sie war die Tochter einer entfernten Base seiner Mutter. Diese Base war in die Stadt in Dienst gegangen und hatte sich dort verheiratet und ihren Mann mit sieben Kindern begrüßt, von denen fünf starben. Es war auch besser für die Würmchen gewesen, denn Schmalzhasen war oft genug Küchenmeister in der engen Behausung. Da mußte die Mutter täglich in der Fabrik arbeiten, um nur das Notwendigste für den Lebensunterhalt mit herbeizuschaffen. Durch ungenügende Ernährung und mangelnde Schönung während der Schwangerschaften geschwächt, starb sie bei der Geburt des siebten Kindes, das auch bald zugrunde ging. Der Vater steckte die beiden Kinder, Fritz und

Lene, tagelang zur Nachbarin, die sie aber ebenfalls nichts sich selbst überließ. Nach der Schulzeit war Lene in Dienst gegangen. Der Vater war froh, sie aus dem Hause zu haben. Auch Fritz war eines Tages auf und davon, das Leben mit dem ewig schlafenden Alten überdrüssig. Man hatte nichts wieder von ihm gehört. Wahrscheinlich war er gestorben, verborben — — —

Und nun war die Lene plötzlich in Liebertsdorf erschienen. Was möchte sie

umsonst oder für wenig Geld viel Wissen aneignen kann, solcher Bildung noch Anhänger findet. Von Einigung des Proletariats habe ich nichts gehört.

Ein Reinsfall deuler Angestellter.

Im Betriebe der Firma Chn. Mansfeld war lautbar ges worden, es würde das 50jährige Geschäftsjubiläum gefeiert werden. Flugs waren Angestellte und Angestelltenrat (1) dabei, eine Versammlung abzuhalten, in der beschlossen wurde, eine Adress an die Firma abzusenden. Während ihrer Bearbeitung erschien ein Blumenkorb, von drei Proletaristen gestiftet. Alle waren darüber erstaunt, und es bildete sich wieder eine Gruppe der ältesten Kaufleute, die auch einen Korb stifteten. Eine neue Gruppe entstand, bis schließlich nur die Damen aus dem Bureau übrigblieben, die auch Blumen spendeten. Nach Arbeitschluss sagten auf dem Wege nach Hause manche Angestellte den Arbeitern, daß ihnen so viel Geld aus der Tasche gezogen worden sei. Als der Chef die Fabrik betrat, wurde ihm von den Angestellten gratuliert. Er erklärte aber, er wüßte nichts von einem Jubiläum. Der zweite Chef meinte, als ihm gratuliert wurde, die Angestellten hätten sich einen Bären aufbinden lassen. Die Angestellten, die Blumen gespendet haben, sind also ihr Geld losgeworden und noch ausgelacht worden. Wer den Schaden hat . . . Gesicht aber den Leuten ganz recht.

Kein Eingehen der Brötkafe. Es zirkuliert das Gericht, daß die Brötkafe am 1. November in Westfalen kommen soll. Daraus ist nicht ein Wort wahr.

Der Arbeitsnachweis für das Asphaltgewerbe hat sich als partizipativer Arbeitsnachweis an den städtischen Arbeitsnachweisen angeschlossen und seine Tätigkeit im Grundstück Milngasse 24–26, I. L., aufgenommen. Geschäftszzeit Montags, Mittwochs und Freitags von 8–9 Uhr vormittags. Jetzprecher 19 230–33. Die Vermittlung erfolgt völlig kostenlos.

Wegfall der Erlaubnisplikt zum Großhandel mit Tabakwaren. Die Bekanntmachung über den Handel mit Tabakwaren vom 28. Juni 1917 (RGBl. S. 563), nach der zum Großhandel mit Tabakwaren eine besondere Erlaubnis erforderlich war, ist durch eine Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministers vom 24. September 1921 aufgehoben worden.

Taubstummen-Parteibund. Zwecks Gründung der Bezirksgruppe Groß-Leipzig des Taubstummen-Parteibundes Deutschlands fand am 1. Oktober im Volkshaus eine öffentliche Versammlung der Taubstummen statt. Genosse Adermann Berlin hielt einen Vortrag über die brennenden Tagesfragen. Als Schallsargenossen sprach er sowohl für die Hörenden als auch für die Taubstummen sehr verständlich und klar. Er erwähnte besonders die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses aller Taubstummen in einer sozialistischen Organisation, durch die eine energetische Verbreitung der wirtschaftlichen und politischen Interessen der Taubstummen gewahrt sei. Es müsse durch Gesetz gefordert werden, daß das Unternehmertum gezwungen werde, auf hundert hörende Arbeiter einen Taubstummen einzustellen. Die Helme für altersschwache Taubstummen müssen vom Reich übernommen und im Sinne der Taubstummen ausgebaut und gefertigt werden. Weiter muß in den Schulen unbedingt die Gebärdensprache und nicht die Lautsprache allein eingeführt werden. Die Taubstummen müssen fordern, daß ihnen aus ihren Kreisen Förderer, Leiter und Lehrer gestellt werden, die das Interesse der Taubstummen in jeder Hinsicht vertreten. Die klaren Ausführungen des Redners waren auch für hörende sehr interessant. Zum Schluss hob er hervor, daß es Pflicht der Taubstummen sei, Seite an Seite mit den hörenden Genossen in wirtschaftlichen und politischen Organisationen gemeinsam gegen die bürgerliche Gesellschaft zu kämpfen. Zum Schluss erfolgte die Gründung einer Sektion des Taubstummen-Parteibundes. Trotz der Bemühungen einiger Gegner trat der Sektion 25 Genossen bei.

Vom Finanzamt wird uns geschrieben: Der Reichsminister der Finanzen hat auf Grund des § 43 Abs. 5 des Gesetzes über das Reichsnotorfinanz unter dem 3. September 1921 bestimmt, daß der Schenker (Zuwendende) den Teil des Notopfers, dessen Schuldner der Bedachte ist (§ 18 Abs. 3 des Reichsnotorfinanzgesetzes), durch Hingabe selbstspezieller Kriegsanleihe zum "Vorausgabe" nach § 43 des Gesetzes entrichten kann, wenn er die Erläuterung, daß er diesen Teil selbst entrichten will (§ 1 der Ausführungsbestimmungen zum Geley zur Abänderung der Gesetze über das Reichsnotorfinanz und die Kriegsanleihe vom Vermögenszuwachs vom 8. 7. 21 — R. G. Bl. S. 888 —), binnen einem Monat nach Zustellung des einstweiligen Steuerbescheides über seine eigene Abgabeschuld gegenüber dem Finanzamt abgibt. Wird die Erklärung bis zum 31. Oktober 1921 abgegeben, so steht dem Schenker dieses Recht auch dann zu, wenn die Frist von einem Monat schon vorher abgelaufen ist. Über die Erklärung erkennt das Finanzamt den Schenker eine Bescheinigung. Die Frist zur Hingabe der Kriegsanleihe auf den vom Schenker zur Zahlung übernommenen Betrag (§ 18 Abs. 3 des Gesetzes) beträgt einen Monat und beginnt mit der Zustellung der Bescheinigung.

Polizeinachrichten.

Eine überversauene "Weltfahrt". Ein Bäckermeister aus Großschochendorf und der Eigentümer eines andern Geschäftes hielten am Abend des 4. d. M. mit ihren Geschirren eine "Weltfahrt" nach Erfurt ab. In der Gießerstraße in L.-Kleinischendorf wurde das Pferd des Bäckermeisters plötzlich scheu und ging durch, dieser selbst stürzte vom Wagen und wurde überfahren, während sein Pferd weiterfuhr und mit der Deichsel des Wagens eine

werden, und in dem Koch, das ich als Kammer hatte, war es so hundekalt, daß das Wasser in der Schüssel anfroß."

"Du armes Ding!" sagte Peter. Ganz unverzehens war ihm das "Du" entslippt, bei dem es dann später auch stillschweigend blieb. Peter wurde rot und Vene senkte die Augen. Es war ein wenig gut geplante Verächtlichkeit dabei.

"Ja, ja, es ist nicht für so e junges Mädel, wenn je so in der Welt rumgeschubbt wird," ließ sich die Mutter vernuchen, und Vene seufzte.

"In meiner leichten Stellung ging mir's dann besser," sagte sie. Schade, daß ich da weg mußte." Warum, verriet sie nicht, und Peter mochte nicht fragen.

"Aber glaubt nicht, daß ich hier als unnützer Broesser rumhängen will. In den Entlemonaten werde ich nach S. auf Taglohn gehen."

"Wenn's nur nicht zu schwer werden wird für dich," meinte Peter zwischend und betrachtete sein Bäschchen.

"Ach was," sagte Vene wegwerzend. "Arbeiten kann ich. Und ich habe das Leben in der Stadt seit, wo man gar nie ein bisschen Lust schnappen kann. Will mal sehen, wie sich's auf dem Lande leben läßt."

Peter versäumte es an diesem Abend, sich die Bücher vorzuhören. Das wäre ja schließlich auch unhöflich gegen den Gast gewesen. Er ließ sich lieber von ihr vorplaudern, wie es in der Stadt jüngst, und betrachtete sie dabei vorstehlen. Wie zierlich und hübsch sie doch war. Ihr widerspenstiges blondes Kraushaar glimerte in dem füsselfigen Licht der Petroleumlampe wie eitel Gold. Und ihre Haut war so zart und weiß, ganz anders wie bei den Mädels im Dorf. Und was für einen kleinen, roten Mund sie hatte! Und reden konnte die! Wie sie es ihrer leichten Herrin, der Kleidungsstück, hochnörgeln quäliben Frau nachmacht, das war zum Schießen. Und wo sie mit ihren Freundinnen überall hingegangen war, wenn sie alle drei Wochen mal frei hatte! So drollig erzählte sie alles, doch man aus dem Lachen gar nicht herauskam.

Schauspielerin der Storchapothek und einen in der Hypothek stehenden Ofen zertrümmerte. Der verunglückte "Weltfahrt" ist anscheinend glimpft davon gekommen.

Festnahme eines schamlosen Patrons. Weitere Betroffene gesucht: Festgenommen wurde vor einigen Tagen auf Veranlassung zweier junger Mädchen ein 27-jähriger Hilfsarbeiter von hier, der den beiden Mädchen in letzter Zeit an der Mauer des Gutrischen Friedhofs, und zwar auf dem an der Bahn entlang führenden Fußwege wiederholt in der schamlosen Weise gegenübergetreten war und sie aufgedrängt durch unstillbare Redensarten beleidigt hatte. Der Mann wurde nach Feststellung seiner Personalien wieder entlassen. Eine der Anzeigegeisterinnen will beobachtet haben, daß sich der Mann Ende September d. J. an derselben Stelle zwei 12- bis 14-jährigen Schulmädchen gegenüber in ähnlicher Weise benommen hat, denn sie habe gesehen, daß die beiden Schulmädchen in großem Bogen um ihn herumgingen. Die betreffenden Mädchen bzw. deren Eltern oder Erzieher werden gebeten, sich möglichst sofort bei der Kriminal-Abteilung oder der nächsten Polizeiwache zu melden. Ein Lichtbild des Täters ist bei der Kriminal-Abteilung vorhanden.

Sächsische Angelegenheiten.

Deutschnationaler Heimathoden.

Die Deutschnationalen Volkspartei bestreitet, daß sie für die politischen Morde der letzten Zeit verantwortlich sei. Aber gerade diese Partei ist es, die durch niederrädrige persönliche Angriffe auf Politiker gegen sie eine Kampfstimme schafft und die politische Atmosphäre vergiftet. In den geheimen nationalsozialistischen Organisationen sammelt sie die politisch unreinen Burschen und nationalsozialistisch aufgepeitscht greifen diese dann zur Waffe und zum feigen Mord. Mit welchen stratosphärischen Mitteln die Deutschnationalen Partei arbeitet, zeigt gerade der Prozeß gegen den Geschäftsführer der Deutschnationalen Landespartei Sachsen und verantwortlichen Redakteur des deutschnationalen Parteiblattes, Der Sächsische Volksbote, Puschel. Auf die bloße Tatsache hin, daß in der Wohnung des Genossen Lipinski ein gefüllter Sack steht, den ein Siedarm bei der Suche nach Waffen gefunden und mit dem Stock daran gestoßen hat, wird ein Schmähartikel fabriziert, in dem behauptet wird, daß Minister Lipinski gehämmert habe und bei ihm 1½ Zentner Weizenmehl gefunden worden seien. Trotz der Verichtigung wird die Behauptung aufrechterhalten, und als gegen V. Strafstrafe vorgegangen wird, hat er noch die Sirene, den Wahrheitsbeweis antreten zu wollen. Wie dies aber geschah, ist beachtenswert. Landesvorstand der Deutschnationalen Volkspartei ist Rechtsanwalt Philipp-Dresden. Er als Arbeitgeber von Puschel übernimmt seine Vertheidigung. Ein ganzer Parteapparat wird aufgeboten, Rechtsanwalt Philipp reist selbst nach Bennewitz, dem Wohnort des Genossen Lipinski, und spielt als deutschnationalen Bauern auf, erklärt ihnen, daß sie sagen sollten, ob sie an Lipinski Getreide verkauft hätten. Wenn sie auch nach Dresden als Zeugen müßten, die Partei bezahle alles. Der Haushalt des Genossen Lipinski wird bespitzelt, sämtliche Hausbewohner Ls. Mann und Weiß, werden als Zeugen geladen, so marschieren 20 Zeugen in Dresden auf. Und der Erfolg? Ein Bauer nach dem andern erklärt, er kenne Lipinski gar nicht, habe auch an ihm nichts verkauft. Ein Zeuge sollte der Hauptkämpfer sein, Philipp schreit ihn an, daß er ihm in seiner Wohnung in Bennewitz auf den Kopf augelegt habe, er habe an L. Weizen verkauft. Leichenzähler sei der Zeuge geworden. Obgleich er aber Mitglied der Deutschnationalen Partei ist, erklärt er: Aufrichtig, daß ich an 2, 1½ Zentner Weizen verkauft habe. Das sei an sich schon unmöglich. Der angeklagte Wahrheitsbeweis brach also für den Weizenfund schmähselig zusammen. Über der deutschnationalen Landesvorstande Philipp wußte sich zu helfen; er erforderte ein neues Märchen von zwei Seiten Schweinen, die geschlachtet haben sollte und für die er sich habe in Leipzig Fleischmarken geben lassen. Philipp — und das charakterisiert die Gewissenlosigkeit dieses Mannes — hatte sich nicht die geringste Mühe gegeben, bei der zuständigen Behörde sich zu erkundigen. Aufputzen klatsch in wurde L. öffentlich verdächtigt. Zum Glück konnte durch den Gemeindevorstand als Zeugen diesem Schwund schnell ein Ende gemacht werden. So brach das deutschnationalen Lügengebäude zusammen.

Doch an dem Prozeß interessiert noch eine andre Seite. Wie oft haben gerade konservative Blätter den sozialdemokratischen Redakteuren vorgeworfen, sie seien Sigredakteure. Wie sieht es aber mit Puschel, seines Zeichens „Redakteur“ des Sächsischen Volksboten? Das Blättchen erscheint alle vierzehn Tage, die Artikel müssen fünf Tage vor dem 1. und 15. des Monats der Redaktion eingelandet werden. Aber Puschel erklärt, er habe den Artikel erst nach dem Erscheinen der Nummer vom 1. April gesehen. Triumphierend hält Philipp eine noch nasse Nummer vom 1. Oktober in die Höhe und sagt: Hier steht ein Artikel drin, den Puschel auch vor dem Druck nicht gesehen hat; denn ich habe ihn in Druck gegeben. Also der Redakteur läumert sich gar nicht um den Inhalt des Blattes. Artikel gemeinen Kalibers, die bestimmt sind, in die Tagespresse überzugehen und die öffentliche Meinung zu mischen, er ließ sie nicht. Aber der Landesvorstande bestimmt hinter seinem Rücken den Inhalt des Blättchens. Das ist kein Redakteur, das ist ein Kult seines Herrn und Meisters, und dem Teufel wird ein Schnippchen geschlagen.

Will man diese Brunnenvergilbung noch weiter verfolgen, so braucht man nur nach dem Peterssteinweg zu laufen. Die marodenlosen Neuesten Nachrichten bringen einen Schmähartikel wegen der Landespolizei gegen Genossen Lipinski, aber seine lachliche Erwideration bringt sie nicht, so daß bei der großen Veröffentlichung des Blattes der dem Genossen Lipinski angeworbenen Scham hänen bleibt. Und dieses Schwindel- und Verrücktun-

werden, und in dem Koch, das ich als Kammer hatte, war es so hundekalt, daß das Wasser in der Schüssel anfroß."

"Du armes Ding!" sagte Peter. Ganz unverzehens war ihm das "Du" entslippt, bei dem es dann später auch stillschweigend blieb. Peter wurde rot und Vene senkte die Augen. Es war ein wenig gut geplante Verächtlichkeit dabei.

"Ja, ja, es ist nicht für so e junges Mädel, wenn je so in der Welt rumgeschubbt wird," ließ sich die Mutter vernuchen, und Vene seufzte.

"In meiner leichten Stellung ging mir's dann besser," sagte sie. Schade, daß ich da weg mußte." Warum, verriet sie nicht, und Peter mochte nicht fragen.

"Aber glaubt nicht, daß ich hier als unnützer Broesser rumhängen will. In den Entlemonaten werde ich nach S. auf Taglohn gehen."

"Wenn's nur nicht zu schwer werden wird für dich," meinte Peter zwischend und betrachtete sein Bäschchen.

"Ach was," sagte Vene wegwerzend. "Arbeiten kann ich. Und ich habe das Leben in der Stadt seit, wo man gar nie ein bisschen Lust schnappen kann. Will mal sehen, wie sich's auf dem Lande leben läßt."

Peter versäumte es an diesem Abend, sich die Bücher vorzuhören. Das wäre ja schließlich auch unhöflich gegen den Gast gewesen. Er ließ sich lieber von ihr vorplaudern, wie es in der Stadt jüngst, und betrachtete sie dabei vorstehlen. Wie zierlich und hübsch sie doch war. Ihr widerspenstiges blondes Kraushaar glimerte in dem füsselfigen Licht der Petroleumlampe wie eitel Gold. Und ihre Haut war so zart und weiß, ganz anders wie bei den Mädels im Dorf. Und was für einen kleinen, roten Mund sie hatte! Und reden konnte die! Wie sie es ihrer leichten Herrin, der Kleidungsstück, hochnörgeln quäliben Frau nachmacht, das war zum Schießen. Und wo sie mit ihren Freundinnen überall hingegangen war, wenn sie alle drei Wochen mal frei hatte! So drollig erzählte sie alles, doch man aus dem Lachen gar nicht herauskam.

Organ dankt seinen Freunden dem Abkommen der Arbeiter; der Arbeiter fühlt seinem Feinde die Taschen. Wann endlich werden die Arbeiter zur Erkenntnis kommen?

Die Deutsche Volkspartei auf dem Gipfeltanz.

Den Drabitzern der Deutschen Volkspartei, die in der letzten Zeit auf Kosten der alten offenen Deutschen Nationalen der demokratischen Mollusken, einige Wahlerfolge zu verzeichnen hatten, ist insel des böseren Belausches der Ramm noch mehr geschwollen. Wenn sie sich auch so gebärden, als sei ihnen an dem Eintritt in die Regierung gar nichts gelegen, so geht ihr ganzes Trachten doch dahin, um möglichst großen Einfluß auf die Regierung zu bekommen. Erstreben sie das im Reich und in Preußen, so noch viel mehr in Sachsen, wo ihnen durch die sozialistische Mehrheit und eine aus sozialistischen Männern bestehende Regierung noch viel stärker zum Bewußtsein gebracht wird, welche wichtige Position zur Durchsetzung reaktionärer Wünsche sie in der Regierung haben würden. Es ist deshalb auch nicht verwunderlich, daß sich gerade die sächsischen Volksparteien besonders freuen fühlen, gegen die Regierung Sturm zu laufen. Diese Zwecke dienen nicht nur die Anfeindungen in der Presse und die parlamentarischen Aktionen, sondern auch die Versammlungen, die von der Deutschen Volkspartei jetzt im Lande angelegt werden. In Leipzig und Umgebung haben in diesen Tagen eine Reihe dieser Versammlungen stattgefunden, die deutlich erkennen lassen, daß es sich um eine Vorarbeit für die nächsten Wahlen, resp. für die Spaltung der sozialistischen Mehrheit handelt. Herr Bünker, der Vizepräsident des Landtags, der in Görlitz sprach, gab den Ton an. Er knüpft gleich an den Parteitag der Rechtssocialistischen Partei an, auf dem die Deutsche Volkspartei sowie Lob geäußerte habe, daß "man" eigentlich erröten müsse. Das "man" könnte sich ebenso gut wie auf Herrn Bünker auf einige rechtssozialdemokratische Führer erstrecken, die allerdings alle Veranlassung hätten, wegen ihrer Reden in Görlitz zu erröten. Herr Bünker ließ denn auch bald von seiner Bescheidenheit ab und zeigte den Görlitzer Freunden den Rücken. Er ist wegen eines Juliamengehens des Mehrheitssozialisten mit der Deutschen Volkspartei in der Reichsregierung sehr pessimistisch. Namentlich gibt ihm die Forderung der Demokratisierung des Beamtenums zu denken. Aber schmerzlicher als die Ausschaltung seiner Partei im Reich, wo bei der Zusammenlegung des Parlaments noch ein genügend starker reaktionärer Druck von außen ausgeübt werden kann, ist ihm die Ausschaltung der Reaktion in Sachsen. Der heilige Zustand in Sachsen erscheint ihm unhalbar. Die Richtlinien der Politik werden nicht vom Ministerpräsidenten, sondern von Lipinski bestimmt. Über die Hoffnung, daß die Denunziation bei den Rechtssocialisten die beabsichtigte Wirkung haben könnte, scheint bei Herrn Bünker doch sehr schwach zu sein, denn er meinte reizig, eine Koalition mit der Sozialdemokratie in Sachsen werde sicher nicht vor einer Umgestaltung des Reichsabgeordneten eintreten. Das glauben wir auch. Wir glauben noch weiter, daß eine Koalition zwischen den Sozialdemokraten und der Grünenpartei besonders in Sachsen überhaupt unmöglich ist. Das würden sich die sozialdemokratischen Führer gar nicht gefallen lassen und die rechtssozialistischen Führer könnten etwas erleben, wenn sie es auf eine solche Probe ankommen ließen.

Ueble Pressestitten.

Verleumde nur flüchtig drauflos. Einmal bleibt immer hängen." So sagt der Leutiner. Dieses üble Verfahren ist leider auch in den innerpolitischen Kämpfen immer mehr Mode geworden. Besonders abstoßend ist es, wenn die Presse nicht nur nach dem gleichen Rezept verfährt, sondern obendrein etwas unterläßt, was bisher immer noch als Pflicht einer Zeitung galt, die auf Presseanstalt halten wollte, nämlich dem Angegriffenen Gelegenheit zu geben, sich auch seinerseits zur Sache zu äußern. Ein sinnelndes Beispiele hierfür bieten neuereidungs die kommunistische Presse und — die Leipziger Neuesten Nachrichten. Von den Kommunisten, wie von den unentwegten Rechtspolitikern wurde, wenn auch aus verschiedenen Gründen, nun auf die Organisation der Landespolizei, wie sie Minister Genosse Lipinski durchführt, drauflosgeschaut. Genosse Lipinski läßt sich schließlich veranlaßt, sich gegen diese Anzüpfungen, Unwahrheiten und groben Entstellungen in einem Artikel zu wenden, dem wahnsinnig nur böser Will gräßt Sachlichkeit abprechen kann. Weile leicht paßte gerade das den Herren Gegnern nicht. Jedenfalls brachten die Leipziger Neuesten Nachrichten, die so tapfer drauflosgeschimpft hatten, weder einen aussätzenden Artikel selbst, noch einen Auszug, und die Kommunistische Presse verfälschte ihn auf die übliche Weise, indem sie nur eine paar Zeilen brachte und mehr als sechs Siebente wegließ! Sie ließ weg, was Lipinski über die Militarisierung der Polizei und die Tätigkeit der Kommissare schrieb, sie ließ weg, was zum Verständnis dafür führen könnte, daß unter Landespolizei nicht nur in Rückblick auf die Forderungen der Untertanen, sondern besonders auch gemäß den Vorschriften der Reichsregierung und den Beschlüssen der Volksstämme und des Landtages organisiert werden mußte. Aber freilich, die erwünschte Gelegenheit hätte sich nicht ergeben, wenn man ehrlich und sachlich vorschriften wäre; und auf die Hebe kam es ja an.

Der Kartoffelkrebs in Sachsen.

Amtlich wird mitgeteilt, daß vor dem Kartoffelkrebs in Sachsen ständig stark austritt. Besondere Seuchenherde sind die Gegend um Dresden, in der sächsischen Schweiz und in der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg, Zittau und Niederhaida. Es wird darauf hingewiesen, daß die Reichsregierung in einer Verordnung vom 4. April 1918 die Meldepflicht eingeführt hat. Krebsverdächtige Erkrankungen an ausgespannten, geernteten oder aufgespeckten Kartoffeln sind danach sofort der Ortsbehörde anzugeben. Auf den Feldern, auf denen frische Kartoffeln festgestellt werden, dürfen nur die von der Hauptstelle für Pflanzenschutz an der landwirtschaftlichen Versuchsanstalt Dresden genehmigten Krebsimmunen Sorten angebaut werden.

Säuberung der Landespolizei.

Die Nachrichtenstelle der sächsischen Staatskanzlei teilt mit, daß das Geschäft des Leutnants Prosch um Entlassung aus der Landespolizei unter sofortiger Enthebung vom Dienste genehmigt wurde. Sein Austritt musste erfolgen, weil er Führer einer verbotenen militärischen Organisation war.

Sittenzensur und Wahlfähigkeitprüfung.

Das sächsische Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts erlässt folgende Verordnung: Nachdem durch die Verordnung vom 26. Februar 1919 bestimmt worden ist, daß eine Sittenzensur des amtlichen und außeramtlichen Verhaltens bei der Wahlfähigkeitprüfung nicht mehr stattzufinden hat, ist das Ministerium bereit, Lehren, denen das Zeugnis vor dem Inkrafttreten der Verordnung vom 26. Februar 1919 ausgestellt worden ist, auf Antrag und gegen Zahlung der Schreibfosten eine Abchrift ihres Zeugnisses unter Weglassung der Sittenzensur zu erteilen.

Dresden. Auf dem städtischen Schlach- und Viehhofe ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Bauen. Einen weiteren Schritt zur Kommunalisierung hat der Bezirk damit getan, daß er die bisher in Privatbesitz gewesene Radverkehrsver

Hauptmannshof Kenntnis haben, daß der Preis aus Gründen der Stütze so niedrig gehalten war. Tatsächlich waren, wie sich herausstellte, 200.000 Mark für Maschinen nicht mit begründet.

Dahlien. Sonntagabend in der siebten Stunde wurde auf der Dohlener Straße bei Großböhla wieder ein Raubankfall ausgeübt. Der Sohn eines Oschaer Fleischers fuhr mit einem Schellen auf einem Gesicht. Da erhoben sich hinter Ihnen zwei Männer aus dem Straßengraben; einer derselben gab einen Schuß ab. Die Kugel ging zwischen den beiden jungen Leuten durch. Die Gendarmeriestation wurde benachrichtigt.

Wermendorf. Ein hiesiger Gutsbesitzer, der in den frühen Nachmittagsstunden mit seinem Wagen nach Hause fuhr, wurde aus zwei Straßenüberläufen, die sich im Gehölz versteckt hatten, in einen vorgehaltenen Revolver zur Herausgabe seiner Tasche gezwungen. Darauf suchten die Wegelagerer auf ihren Fahrrädern, die im Walde gelegen hatten, das Weite.

Werda. Im benachbarten Langenbernsdorf brannte die Scheune der früheren Mittelmühle nieder. Es wurden hierdurch alle Erntevorräte vernichtet; der Schaden wird auf 25.000 Mark geschätzt. Es wird Brandstiftung als Nachhalt vermutet.

Vichtenanne b. Werda. Die hiesigen Landwirte haben sich erboten, der minderbemittelten Bevölkerung des Bezirks verhüllte Kartoffeln zur Verfügung zu stellen. Die Abgabe wird durch den Landwirtschaftlichen Verein an Invaliden, Kriegsbeschädigte und hinterbliebene, kinderreiche Familien usw. erfolgen.

Ehrenriededorf. Die Stadtverordneten beschlossen die Erhebung einer Betriebskopfsteuer in Höhe von zwei Mark für die Person und Woche von jedem gewerblichen, land- und forstwirtschaftlichen Betrieb. Der Ertrag von jährlich 100.000 Mark soll für die Wohlfahrtspflege verwendet werden.

Aus der Umgebung.

Wiederholung. Endlich wird nun das „Kaisertische“ an unserm Postamt verschwinden. Wenigstens deuten Anzeichen darauf hin. Man bemerkt eine Gruppe Herren sein Baumeister und zwei höhere Postbeamte?), welche mit dem Postverwalter eingehend die Entfernung dieses Werkes (wie schmerhaft!) zu besprechen scheinen. O heiliger Bureaucratismus! Muß es so ein großer Apparat aufgebaut werden, um das Wort zu befehligen? Aus Sparsamkeitsgründen hat man in Leipzig ehemals viele Entlassungen vorgenommen, hier verjüngen drei höhere Beamte mehrere Stunden wegen einem Wort. Das Sparen beginnt eben immer an der verfehlten Stelle.

Vorlitz. Auf die an den aus unserer Partei ausgeschlossenen Gemeinderatsmitgliedern Otto Rieger und Alfred Paul in Nr. 22 gelöste Kritik senden uns diese folgende Berichtigung: Es ist zunächst nicht wahr, daß wir aus dem Ortsverein ausgeschlossen sind, weil wir zur Rechenschaft gezogen werden sollten, denn davon war uns nichts bekannt. Gemeingefährlich soll unsre Handlungswille gewesen sein. Wir haben uns dem Rechte sozialistischer Vertreter Gebrauch gemacht, die Parteigenossen vor ihrer unverständigen und verantwortungslosen Gemeindepolitik zu warnen und zu kritisieren. Das zog uns die persönliche Feindschaft eines Teiles der Genossen zu. Dafür, daß unsre Kritik berechtigt war sprechen die Zustände in unserer Gemeinde. Wir haben uns einer Beschwerdeschrift, die in der Gemeinde zirkulierte, angehlossen, aber nicht als Parteimitglieder, sondern nach unserm Austritt, konnten also nicht am 10. September zur Rechenschaft gezogen werden. Auch ist es eine Enthaltung der Tatsachen, wenn de-

hauptet wird, daß wir diese Beschwerde zum Gegenstand einer geschlossenen Sitzung machen wollten, schon zeitlich trifft das nicht zu, betrifft auch nicht die Beschwerdeschrift, sondern Vorwürfe gegen den Gemeinderat, die zu behandeln kein geeigneter Stoff für eine öffentliche Sitzung war. Geheime Sitzungen sind nach unserer Geschäftsordnung zulässig und sind auch öfter abgehalten worden. Unwahr ist es, wenn in dem Artikel gesagt wird, der Genossen Nitschmann (Gemeinderat) habe den Genossen Reibich zur Gemeinderatsitzung geladen, denn in unserer letzten Sitzung erklärte uns der Gemeinderat, daß er Herrn Reibich nicht geladen habe. Derselbe sei vielmehr so ganz zufällig nach Vorlitz gekommen und habe nach einer Vorbesprechung mit ihm und den Funktionären die Gemeinderatsitzung besucht, um sich zu orientieren. Die Beschwerdeschrift hat sich nicht als Verleumdung und Verdächtigung erwiesen. Herr Reibich soll als Bezirksausschußmitglied festgestellt haben, daß unser Vorgehen ein schiefes sei, was wir ihm zur Steuer der Wohlheit nicht einmal andichten möchten, wir glauben vielmehr, daß es für Herrn Reibich doch einigermaßen bedeckt wäre, in einer ortsfesten Gemeinderatsitzung die Mitglieder zu beschimpfen. Wenn der Deffentlichen Zeit gezeigt werden soll, was Rieger und Paul für überzeugte Sozialisten sind, so steht die Sache ja aus, daß der eine 1889 in der Partei eingetreten ist, unter dem Sozialistengesetz unter Verfolgung, Verfolgung und Entehrungen gefangen hat, der andere ebenfalls als Parteimitglied war und 13 Jahre als Vertreter der Arbeiterschaft im Gemeinderat und Partei tätig war, belte zusammen aber den Kopf der Bewegung darstellen.

Alfred Paul, Otto Rieger.

Zu dieser Berichtigung wird uns geschrieben: Der Bericht im Nummer 224 der Volkszeitung wird im vollem Umfange aufrechterhalten, damit die interessierten Parteikreise sich ein Bild von der Dreistigkeit Riegers machen können. Wenn er sich erlaubt, noch zu berichten, werden wir vor den Gemeinderatswahlen in einigen Artikeln zur Wahl auch einige persönliche Fragen mit streifen, soweit diese ein allgemeines Interesse haben. Dann wird es Rieger nicht mehr wagen, zu berichten.

Der Vorstand des Ortsvereins.

am Böhlitz-Ehrenberg. Aus dem Gemeinderat. Der Vorstand berichtet über ein Gesuch der Firma Louis Miethe Nachf. Leipzig. Die Firma erfüllt den Gemeinderat um Zulassung von Wasserleitungsarbeiten im hiesigen Orte. Der Gemeinderat stimmt dem Gesuch zu. Anbringen von Reklameschildern an Straßenlaternen und Lichtmalen wird abgelehnt. Der Gemeinderat nimmt den Entwurf einer neuen Gewerbesteuer in 2. Lestung an. Der Gemeinderat nimmt weiter Kenntnis von dem Reichsgesetz über die Vergnügungssteuer. Die bei der Einführung dieser Steuer entstandenen Differenzen mit verschiedenen Verbänden sollen in sonderer Weise beigelegt werden. Die Malerarbeiten am Gruppenhaus-Neubau sind in drei gleichen Lösen an die drei Malermeister vergeben worden (Hämmler, Markmann und Reiß). Hierzu ist noch zu bemerken: In dem Bericht des Bauamts wird von langsam vorwärtscrellenden Putzarbeiten gesprochen. Da nun die Wohnungsnutzung am Ort eine der brennendsten Fragen ist, wird der Gemeinderat, will er sich nicht lächerlich machen, über das Fortschreiten der Arbeiten am Neubau eine schärfere Kontrolle durch das Bauamt ausführen lassen. Die Konventionalstrafe beträgt bei Nichteinhalten der vorgeschriebenen Bauterminen 200.000 Mk. täglich. Um dem am Ort bestehenden Wohnungsaamt eine breitere Basis zu geben, soll es von 3 auf 7 Personen erhöht werden. Je 2 Vertreter aus Mieterkreisen und Vermieterkreisen sollen hinzugezogen werden.

Prosen. Die Tätigkeit des Geistlichen erfährt durch eine Mitteilung „Aus der Kirchfahrt Prosen“ eine besondere Beleuchtung. Der Pfarrer schreibt da: „Um so betrüblicher war

es, als gerade in diesen Tagen die amtliche Nachkunft einging, daß eine einzige Professerin und frühere Leiterin unseres Heimattheaters, die jetzt in Leipzig wohnt — den Namen will ich nicht nennen, um die Angehörigen nicht noch mehr zu betrüben —, ihr Konfirmationsglücke gebrochen hat und aus der Kirche ausgetreten ist. So hat die unheilvolle Heze gegen Kirche und Christentum, der Hass gegen Gott und Glauben in unsern Reihen ein erstes Opfer gefunden ...“ Was wird der Herr Pfarrer wohl sagen, wenn man ihn einen „unheilvollen Heze“ nennen würde, weil er den Angehörigen der Ausgetretenen Vorhaltungen macht, daß ihre Verwandte so ehrlich war, ihrer Überzeugung zu folgen, statt als Heuchler der Kirche longer anzugehören. Nicht der „Hass gegen Gott und Glauben“, sondern die Liebe zur Wahrheit und Echtheit veranlaßt die Menschen, der Kirche den Rücken zu kehren, um nicht später ihren Kindern verächtlich zu erscheinen, weil sie anders handeln als denselben. Dafür fehlt dem Professee Geistlichen aber anscheinend das Verständnis

Briefkassen der Redaktion.

R. A. Stötteritz. 1. Wir empfehlen Ihnen, sich an die Berufsbildungsstelle, Seeburgstraße 14–20, zu wenden. 2. Eine besondere Anmeldung Ihres Sohnes ist nicht erforderlich. 3. Sie brauchen der Freiwilligenorganisation nicht beizutreten, wenn Sie nicht Neigung dazu haben.

R. G. Kaiser-Augusta-Straße. 1. Bis zum 1. November 145 M. monatlich, von da ab 165 M. monatlich. 2. Nach § 91b der Zivilsprozeßordnung ist die Einsicht des Verzeichnisses derjenigen, die den Offenbarungsgebot geleistet haben, jedem gestattet; auch hat der Gerichtsschreiber auf Antrag über das Bestehen oder Nichtbestehen einer Eintragung Auskunft zu ertheilen. Doch wenn seit dem Schlus des Jahres, in dem die Eintragung in das Verzeichnis bewirkt ist, fünf Jahre verstrichen sind, so wird die Eintragung dadurch gelöscht, daß der Name unkenntlich gemacht oder das Verzeichnis vernichtet wird. Aus jener Zeit dürfte also das Gerichtsschreiber Auskunft verlangen. — 2 M. Partikellasse.

R. B. Brandvorwerksstraße. Die Redaktion hat die von Ihnen erwähnte Gingabe nicht erhalten, wahrscheinlich war sie an die Expedition gerichtet worden, was sich aber jetzt nicht mehr feststellen läßt.

G. Sch. Schlechtestraße. Artikel ist in dieser Form nicht zur Veröffentlichung reif.

R. G. Das Wohnungsamt kann dagegen einschreiten. Wenn der Todesfall eintritt, seien Sie sich mit dem Wohnungsamt in Verbindung.

Versammlungskalender.

Donnerstag, den 6. Oktober:

U.S.S., Alt-Lipz., Witten II, Restaurant zum Rosental, 14.30 Uhr.

U.S.B., Böhlitz-Ehrenb., Frauenverlammung, Große Eiche, 14.30 Uhr.

Stadtteatre und Buher, Volkshaus, 14.30 Uhr.

Graphische Hilfsarbeitersektion, Pantheon, 4 Uhr.

Reichsbund der Arbeiterbeschädigten, Schillerlöchchen, Drei Mohren.

Deffentliche Versammlung, Straßvoltzug bet., Grüne Schenke, 7 Uhr.

Freitag, den 7. Oktober:

U.S.B., Eilenburg, Vereinslokal

U.S.B., Eutritzsch, Gelenchlöchchen, 7 Uhr.

U.S.B., Lindenau, Goldner Adler, 14.30 Uhr.

U.S.B., Wahnen, Vereinslokal, 14.30 Uhr.

Elektromonteur, Vertragsrentealte, Volkshaus, 6 Uhr.

Freiheitliche Gemeinde, Schulhölzchquelle, 14.30 Uhr.

Turnverein Knautsieberg, Gasthof, 14.30 Uhr.

Tagesordnungen usw. in vorausgegangenen Tineraten erläutert.

Sportkartei.

Begleit. Turner, Sonnabend, 8. Oktober, nachmittags 3 Uhr, Gruppenbereiterkonferenz im Badehaus, Altkönig, 8 Uhr.

Sonntag, 29. Oktober, Abend in der 4. Volksschule I. Lindenau, Demmeringstraße, 14 Uhr. Turnen für Kinder und Jugendliche werden statt.

Nordgruppe, Montag, 10. Oktober, abends 7 Uhr, Spaziergang in Lindenthal, Schloss.

Abendgruppe, Feierabendkursus, Berlin, Sonnabend, 16. Oktober, abends 8 Uhr, in der Schule des Hauptmanns, Jahnstraße 10, 14 Uhr.

Turnspieler, Sonnabend, Sonntag, 9. Oktober, 14 Uhr, Jahnplatz, 10 Uhr.

Turnspieler, Sonnabend, 9. Oktober, 14 Uhr, Jahnplatz, 10 Uhr.

Turnspieler, Sonnabend, 9. Oktober, 14 Uhr, Jahnplatz, 10 Uhr.

Turnspieler, Sonnabend, 9. Oktober, 14 Uhr, Jahnplatz, 10 Uhr.

Turnspieler, Sonnabend, 9. Oktober, 14 Uhr, Jahnplatz, 10 Uhr.

Turnspieler, Sonnabend, 9. Oktober, 14 Uhr, Jahnplatz, 10 Uhr.

Turnspieler, Sonnabend, 9. Oktober, 14 Uhr, Jahnplatz, 10 Uhr.

Turnspieler, Sonnabend, 9. Oktober, 14 Uhr, Jahnplatz, 10 Uhr.

Turnspieler, Sonnabend, 9. Oktober, 14 Uhr, Jahnplatz, 10 Uhr.

Turnspieler, Sonnabend, 9. Oktober, 14 Uhr, Jahnplatz, 10 Uhr.

Turnspieler, Sonnabend, 9. Oktober, 14 Uhr, Jahnplatz, 10 Uhr.

Turnspieler, Sonnabend, 9. Oktober, 14 Uhr, Jahnplatz, 10 Uhr.

Turnspieler, Sonnabend, 9. Oktober, 14 Uhr, Jahnplatz, 10 Uhr.

Turnspieler, Sonnabend, 9. Oktober, 14 Uhr, Jahnplatz, 10 Uhr.

Turnspieler, Sonnabend, 9. Oktober, 14 Uhr, Jahnplatz, 10 Uhr.

Turnspieler, Sonnabend, 9. Oktober, 14 Uhr, Jahnplatz, 10 Uhr.

Turnspieler, Sonnabend, 9. Oktober, 14 Uhr, Jahnplatz, 10 Uhr.

Turnspieler, Sonnabend, 9. Oktober, 14 Uhr, Jahnplatz, 10 Uhr.

Turnspieler, Sonnabend, 9. Oktober, 14 Uhr, Jahnplatz, 10 Uhr.

Turnspieler, Sonnabend, 9. Oktober, 14 Uhr, Jahnplatz, 10 Uhr.

Turnspieler, Sonnabend, 9. Oktober, 14 Uhr, Jahnplatz, 10 Uhr.

Turnspieler, Sonnabend, 9. Oktober, 14 Uhr, Jahnplatz, 10 Uhr.

Turnspieler, Sonnabend, 9. Oktober, 14 Uhr, Jahnplatz, 10 Uhr.

Turnspieler, Sonnabend, 9. Oktober, 14 Uhr, Jahnplatz, 10 Uhr.

Turnspieler, Sonnabend, 9. Oktober, 14 Uhr, Jahnplatz, 10 Uhr.

Turnspieler, Sonnabend, 9. Oktober, 14 Uhr, Jahnplatz, 10 Uhr.

Turnspieler, Sonnabend, 9. Oktober, 14 Uhr, Jahnplatz, 10 Uhr.

Turnspieler, Sonnabend, 9. Oktober, 14 Uhr, Jahnplatz, 10 Uhr.

Turnspieler, Sonnabend, 9. Oktober, 14 Uhr, Jahnplatz, 10 Uhr.

Turnspieler, Sonnabend, 9. Oktober, 14 Uhr, Jahnplatz, 10 Uhr.

Turnspieler, Sonnabend, 9. Oktober, 14 Uhr, Jahnplatz, 10 Uhr.

Turnspieler, Sonnabend, 9. Oktober, 14 Uhr, Jahnplatz, 10 Uhr.

Turnspieler, Sonnabend, 9. Oktober, 14 Uhr, Jahnplatz, 10 Uhr.

Turnspieler, Sonnabend, 9. Oktober, 14 Uhr, Jahnplatz, 10 Uhr.

Turnspieler, Sonnabend, 9. Oktober, 14 Uhr, Jahnplatz, 10 Uhr.

Turnspieler, Sonnabend, 9. Oktober, 14 Uhr, Jahnplatz, 10 Uhr.

Turnspieler, Sonnabend, 9. Oktober, 14 Uhr, Jahnplatz, 10 Uhr.

Turnspieler, Sonnabend, 9. Oktober, 14 Uhr, Jahnplatz, 10 Uhr.

Turnspieler, Sonnabend, 9. Oktober, 14 Uhr, Jahnplatz, 10 Uhr.

Turnspieler, Sonnabend, 9. Oktober, 14 Uhr, Jahnplatz, 10 Uhr.

Turnspieler, Sonnabend, 9. Oktober, 14 Uhr, Jahnplatz, 10 Uhr.

Turnspieler, Sonnabend, 9. Oktober, 14 Uhr, Jahnplatz, 10 Uhr.

Turnspieler, Sonnabend, 9. Oktober, 14 Uhr, Jahnplatz, 10 Uhr.

Turnspieler, Sonnabend, 9. Oktober, 14 Uhr, Jahnplatz, 10 Uhr.

Turnspieler, Sonnabend, 9. Oktober, 14 Uhr, Jahnplatz, 10 Uhr.

Turnspieler, Sonnabend, 9. Oktober, 14 Uhr, Jahnplatz, 10 Uhr.

Turnspieler, Sonnabend, 9. Oktober, 14 Uhr, Jahnplatz, 10 Uhr.

Turnspieler, Sonnabend, 9. Oktober, 14 Uhr, Jahnplatz, 10 Uhr.

Turnspieler, Sonnabend, 9. Oktober, 14 Uhr, Jahnplatz, 10 Uhr.

Turnspieler, Sonnabend, 9. Oktober, 14 Uhr, Jahnplatz, 10 Uhr.

Turnspieler, Sonnabend, 9. Oktober, 14 Uhr, Jahnplatz, 10 Uhr.

Turnspieler, Sonnabend, 9. Oktober, 14 Uhr, Jahnplatz, 10 Uhr.

Turnspieler, Sonnabend, 9. Oktober, 14 Uhr, Jahnplatz, 10 Uhr.

Amtliche Bekanntmachungen.

Allgemeine Ortskrankensasse Markranstädt

Die Wahl der Vertreter und Stellmänner für den Ausschuss der Kasse soll

Sonnabend, den 19. November 1921
im Restaurant "Thüringer Hof" über, Leipziger Straße 45, erfolgen und zwar:

für die Arbeitgeber vom. von 8-11 Uhr
für die Arbeitnehmer von 12-7 Uhr abends.

Wählbar sind nur volljährige Deutsche (nach Vollendung des 21. Lebensjahres und nach Vollendung des 18. Lebensjahrs, wenn das Vermöndheitsgericht die Volljährigkeit ausgesprochen hat.)

Wahlberechtigt sind die volljährigen Arbeitgeber, die für ihre verhältnismäßig Beschäftigten Beiträge an die Kasse zu zahlen haben, mit Ausnahme der Arbeitgeber unständig Beschäftigter. Arbeitgeber, die selbst verlieren sind, zählen zu den Arbeitgebern, wenn sie regelmäßig mehr als zwei Versicherungspflichtige beschäftigen, andernfalls zu den Verlierern. Für die Wahlberechtigung stehen den Arbeitgebern bevollmächtigte Betriebsleiter, Betriebsführer und Betriebsbeamte der beteiligten Arbeitgeber gleich. Nicht wählbar sind Mitglieder einer Behörde, welche Aussichtsbefugnisse über die Kasse hat.

Wahlberechtigt sind volljährige Versicherte, die gemäß §§ 165 und 235 der Reichsversicherungsordnung bei der Kasse versichert sind, mit Ausnahme derjenigen, die Mitglieder einer Erlasskasse sind und deren eigene Rechte und Pflichten auf ihren Antrag ruhen.

Nicht wählbar ist 1. wer infolge strafgerichtlicher Verurteilung die Fähigkeit zur Beleidung öffentlicher Beamter verloren hat oder wegen eines Verbrechens oder Vergebens, das den Verlust dieser Fähigkeit zur Folge haben kann, verfolgt wird, falls gegen ihn das Hauptverfahren eröffnet ist.

2. wer infolge getätigter Anordnung in der Verfügung über sein Vermögen bedränkt ist. Arbeitgeber, die mehrere Versicherungspflichtige beschäftigen, haben

für 1-5 Beschäftigte	1 Stimme
.. 6-10 ..	2 Stimmen
.. 11-15 ..	3 ..
.. 16-20 ..	4 ..
.. 21-25 ..	5 ..
.. 26-30 ..	6 ..
.. 31-35 ..	7 ..
.. 36-40 ..	8 ..
.. 41-45 ..	9 ..
.. 46-50 ..	10 ..

bis zu höchstens 30 Stimmen.

Die Wahlen sind geheim. Gewählt wird nach den Grundzügen der Verhältniswahl.

Zu wählen sind: 20 Vertreter der Versicherten und 40 Stellvertreter.

10 Vertreter der Arbeitgeber und 20 Stellvertreter.

Die Wahlzeit dauert vier Jahre.

Die Arbeitgeber- und Mitgliederverzeichnisse (Wählervlisten) können an der Kassenstelle, Marienstraße 26, vorgelesen werden. Stetige Einsprüche gegen die Richtigkeit der sich daraus ergebenden Wahl- und Stimmberichtigung sind bei Vermeidung des Auschlusses lateinstens 4 Wochen vor dem Wahltag unter Beifügung von Beweismitteln beim Vorstand zu erheben. Der Wahlauftakt prüft bei der Wahlhandlung die Wahl- und Stimmberichtigung jedes Wählers.

Alle Wähler, die in den Wählerlisten eingetragen sind, werden spätestens zwei Wochen vor dem Wahltag über ihre Wahlberechtigung, die Arbeitgeber außerdem, unter Angabe des Stimmzettels benachrichtigt, mit dem Hinweis, daß diese Wahlkarte zugleich als Ausweis bei der Wahl dient und daher zur Wahl mitzubringen ist.

Die Wahlberechtigten werden aufgefordert, spätestens 4 Wochen vor dem Wahltag Wahlvorschläge beim Vorstand einzurichten; später eingelegte Wahlvorschläge werden nicht berücksichtigt.

Die Wahlvorschläge sind gesondert für die beteiligten Arbeitgeber und Versicherten aufzustellen und dem Vorstand einzurichten. Der Vorstand stellt keinen eigenen Wahlvorschlag auf. Die angelegten Wahlvorschläge können während der üblichen Geschäftsstunde an unserer Kassenstelle eingesehen werden.

Die Wahlvorschläge der Wahlberechtigten müssen von mindestens je 10 Wahlberechtigten unterzeichnet sein. Unterzeichnet ein Wähler mehr als einen Wahlvorschlag, so wird sein Name nur auf dem zuerst eingerichteten Wahl-

muster vermerkt.

Die Wahlvorschläge der Wahlberechtigten müssen von mindestens je 10 Wahlberechtigten unterzeichnet sein. Unterzeichnet ein Wähler mehr als einen Wahlvorschlag, so wird sein Name nur auf dem zuerst eingerichteten Wahl-

muster vermerkt.

Die Wahlvorschläge sind gesondert für die beteiligten Arbeitgeber und Versicherten aufzustellen und dem Vorstand einzurichten. Der Vorstand stellt keinen eigenen Wahlvorschlag auf. Die angelegten Wahlvorschläge können während der üblichen Geschäftsstunde an unserer Kassenstelle eingesehen werden.

Die Wahlvorschläge der Wahlberechtigten müssen von mindestens je 10 Wahlberechtigten unterzeichnet sein. Unterzeichnet ein Wähler mehr als einen Wahlvorschlag, so wird sein Name nur auf dem zuerst eingerichteten Wahl-

muster vermerkt.

Die Wahlvorschläge sind gesondert für die beteiligten Arbeitgeber und Versicherten aufzustellen und dem Vorstand einzurichten. Der Vorstand stellt keinen eigenen Wahlvorschlag auf. Die angelegten Wahlvorschläge können während der üblichen Geschäftsstunde an unserer Kassenstelle eingesehen werden.

Die Wahlvorschläge der Wahlberechtigten müssen von mindestens je 10 Wahlberechtigten unterzeichnet sein. Unterzeichnet ein Wähler mehr als einen Wahlvorschlag, so wird sein Name nur auf dem zuerst eingerichteten Wahl-

muster vermerkt.

Die Wahlvorschläge sind gesondert für die beteiligten Arbeitgeber und Versicherten aufzustellen und dem Vorstand einzurichten. Der Vorstand stellt keinen eigenen Wahlvorschlag auf. Die angelegten Wahlvorschläge können während der üblichen Geschäftsstunde an unserer Kassenstelle eingesehen werden.

Die Wahlvorschläge der Wahlberechtigten müssen von mindestens je 10 Wahlberechtigten unterzeichnet sein. Unterzeichnet ein Wähler mehr als einen Wahlvorschlag, so wird sein Name nur auf dem zuerst eingerichteten Wahl-

muster vermerkt.

Die Wahlvorschläge sind gesondert für die beteiligten Arbeitgeber und Versicherten aufzustellen und dem Vorstand einzurichten. Der Vorstand stellt keinen eigenen Wahlvorschlag auf. Die angelegten Wahlvorschläge können während der üblichen Geschäftsstunde an unserer Kassenstelle eingesehen werden.

Die Wahlvorschläge der Wahlberechtigten müssen von mindestens je 10 Wahlberechtigten unterzeichnet sein. Unterzeichnet ein Wähler mehr als einen Wahlvorschlag, so wird sein Name nur auf dem zuerst eingerichteten Wahl-

muster vermerkt.

Die Wahlvorschläge sind gesondert für die beteiligten Arbeitgeber und Versicherten aufzustellen und dem Vorstand einzurichten. Der Vorstand stellt keinen eigenen Wahlvorschlag auf. Die angelegten Wahlvorschläge können während der üblichen Geschäftsstunde an unserer Kassenstelle eingesehen werden.

Die Wahlvorschläge der Wahlberechtigten müssen von mindestens je 10 Wahlberechtigten unterzeichnet sein. Unterzeichnet ein Wähler mehr als einen Wahlvorschlag, so wird sein Name nur auf dem zuerst eingerichteten Wahl-

muster vermerkt.

Die Wahlvorschläge sind gesondert für die beteiligten Arbeitgeber und Versicherten aufzustellen und dem Vorstand einzurichten. Der Vorstand stellt keinen eigenen Wahlvorschlag auf. Die angelegten Wahlvorschläge können während der üblichen Geschäftsstunde an unserer Kassenstelle eingesehen werden.

Die Wahlvorschläge der Wahlberechtigten müssen von mindestens je 10 Wahlberechtigten unterzeichnet sein. Unterzeichnet ein Wähler mehr als einen Wahlvorschlag, so wird sein Name nur auf dem zuerst eingerichteten Wahl-

muster vermerkt.

Die Wahlvorschläge sind gesondert für die beteiligten Arbeitgeber und Versicherten aufzustellen und dem Vorstand einzurichten. Der Vorstand stellt keinen eigenen Wahlvorschlag auf. Die angelegten Wahlvorschläge können während der üblichen Geschäftsstunde an unserer Kassenstelle eingesehen werden.

Die Wahlvorschläge der Wahlberechtigten müssen von mindestens je 10 Wahlberechtigten unterzeichnet sein. Unterzeichnet ein Wähler mehr als einen Wahlvorschlag, so wird sein Name nur auf dem zuerst eingerichteten Wahl-

muster vermerkt.

Die Wahlvorschläge sind gesondert für die beteiligten Arbeitgeber und Versicherten aufzustellen und dem Vorstand einzurichten. Der Vorstand stellt keinen eigenen Wahlvorschlag auf. Die angelegten Wahlvorschläge können während der üblichen Geschäftsstunde an unserer Kassenstelle eingesehen werden.

Die Wahlvorschläge der Wahlberechtigten müssen von mindestens je 10 Wahlberechtigten unterzeichnet sein. Unterzeichnet ein Wähler mehr als einen Wahlvorschlag, so wird sein Name nur auf dem zuerst eingerichteten Wahl-

muster vermerkt.

Die Wahlvorschläge sind gesondert für die beteiligten Arbeitgeber und Versicherten aufzustellen und dem Vorstand einzurichten. Der Vorstand stellt keinen eigenen Wahlvorschlag auf. Die angelegten Wahlvorschläge können während der üblichen Geschäftsstunde an unserer Kassenstelle eingesehen werden.

Die Wahlvorschläge der Wahlberechtigten müssen von mindestens je 10 Wahlberechtigten unterzeichnet sein. Unterzeichnet ein Wähler mehr als einen Wahlvorschlag, so wird sein Name nur auf dem zuerst eingerichteten Wahl-

muster vermerkt.

Die Wahlvorschläge sind gesondert für die beteiligten Arbeitgeber und Versicherten aufzustellen und dem Vorstand einzurichten. Der Vorstand stellt keinen eigenen Wahlvorschlag auf. Die angelegten Wahlvorschläge können während der üblichen Geschäftsstunde an unserer Kassenstelle eingesehen werden.

Die Wahlvorschläge der Wahlberechtigten müssen von mindestens je 10 Wahlberechtigten unterzeichnet sein. Unterzeichnet ein Wähler mehr als einen Wahlvorschlag, so wird sein Name nur auf dem zuerst eingerichteten Wahl-

muster vermerkt.

Die Wahlvorschläge sind gesondert für die beteiligten Arbeitgeber und Versicherten aufzustellen und dem Vorstand einzurichten. Der Vorstand stellt keinen eigenen Wahlvorschlag auf. Die angelegten Wahlvorschläge können während der üblichen Geschäftsstunde an unserer Kassenstelle eingesehen werden.

Die Wahlvorschläge der Wahlberechtigten müssen von mindestens je 10 Wahlberechtigten unterzeichnet sein. Unterzeichnet ein Wähler mehr als einen Wahlvorschlag, so wird sein Name nur auf dem zuerst eingerichteten Wahl-

muster vermerkt.

Die Wahlvorschläge sind gesondert für die beteiligten Arbeitgeber und Versicherten aufzustellen und dem Vorstand einzurichten. Der Vorstand stellt keinen eigenen Wahlvorschlag auf. Die angelegten Wahlvorschläge können während der üblichen Geschäftsstunde an unserer Kassenstelle eingesehen werden.

Die Wahlvorschläge der Wahlberechtigten müssen von mindestens je 10 Wahlberechtigten unterzeichnet sein. Unterzeichnet ein Wähler mehr als einen Wahlvorschlag, so wird sein Name nur auf dem zuerst eingerichteten Wahl-

muster vermerkt.

Die Wahlvorschläge sind gesondert für die beteiligten Arbeitgeber und Versicherten aufzustellen und dem Vorstand einzurichten. Der Vorstand stellt keinen eigenen Wahlvorschlag auf. Die angelegten Wahlvorschläge können während der üblichen Geschäftsstunde an unserer Kassenstelle eingesehen werden.

Die Wahlvorschläge der Wahlberechtigten müssen von mindestens je 10 Wahlberechtigten unterzeichnet sein. Unterzeichnet ein Wähler mehr als einen Wahlvorschlag, so wird sein Name nur auf dem zuerst eingerichteten Wahl-

muster vermerkt.

Die Wahlvorschläge sind gesondert für die beteiligten Arbeitgeber und Versicherten aufzustellen und dem Vorstand einzurichten. Der Vorstand stellt keinen eigenen Wahlvorschlag auf. Die angelegten Wahlvorschläge können während der üblichen Geschäftsstunde an unserer Kassenstelle eingesehen werden.

Die Wahlvorschläge der Wahlberechtigten müssen von mindestens je 10 Wahlberechtigten unterzeichnet sein. Unterzeichnet ein Wähler mehr als einen Wahlvorschlag, so wird sein Name nur auf dem zuerst eingerichteten Wahl-

muster vermerkt.

Die Wahlvorschläge sind gesondert für die beteiligten Arbeitgeber und Versicherten aufzustellen und dem Vorstand einzurichten. Der Vorstand stellt keinen eigenen Wahlvorschlag auf. Die angelegten Wahlvorschläge können während der üblichen Geschäftsstunde an unserer Kassenstelle eingesehen werden.

Die Wahlvorschläge der Wahlberechtigten müssen von mindestens je 10 Wahlberechtigten unterzeichnet sein. Unterzeichnet ein Wähler mehr als einen Wahlvorschlag, so wird sein Name nur auf dem zuerst eingerichteten Wahl-

muster vermerkt.

Die Wahlvorschläge sind gesondert für die beteiligten Arbeitgeber und Versicherten aufzustellen und dem Vorstand einzurichten. Der Vorstand stellt keinen eigenen Wahlvorschlag auf. Die angelegten Wahlvorschläge können während der üblichen Geschäftsstunde an unserer Kassenstelle eingesehen werden.

Die Wahlvorschläge der Wahlberechtigten müssen von mindestens je 10 Wahlberechtigten unterzeichnet sein. Unterzeichnet ein Wähler mehr als einen Wahlvorschlag, so wird sein Name nur auf dem zuerst eingerichteten Wahl-

muster vermerkt.

Die Wahlvorschläge sind gesondert für die beteiligten Arbeitgeber und Versicherten aufzustellen und dem Vorstand einzurichten. Der Vorstand stellt keinen eigenen Wahlvorschlag auf. Die angelegten Wahlvorschläge können während der üblichen Geschäftsstunde an unserer Kassenstelle eingesehen werden.

Die Wahlvorschläge der Wahlberechtigten müssen von mindestens je 10 Wahlberechtigten unterzeichnet sein. Unterzeichnet ein Wähler mehr als einen Wahlvorschlag, so wird sein Name nur auf dem zuerst eingerichteten Wahl-

muster vermerkt.

Die Wahlvorschläge sind gesondert für die beteiligten Arbeitgeber und Versicherten aufzustellen und dem Vorstand einzurichten. Der Vorstand stellt keinen eigenen Wahlvorschlag auf. Die angelegten Wahlvorschläge können während der üblichen Geschäftsstunde an unserer Kassenstelle eingesehen werden.

Die Wahlvorschläge der Wahlberechtigten müssen von mindestens je 10 Wahlberechtigten unterzeichnet sein. Unterzeichnet ein Wähler mehr als einen Wahlvorschlag, so wird sein Name nur auf dem zuerst eingerichteten Wahl-

muster vermerkt.

Die Wahlvorschläge sind gesondert für die beteiligten Arbeitgeber und Versicherten aufzustellen und dem Vorstand einzurichten. Der Vorstand stellt keinen eigenen Wahlvorschlag auf. Die angelegten Wahlvorschläge können während der üblichen Geschäftsstunde an unserer Kassenstelle eingesehen werden.

Die Wahlvorschläge der Wahlberechtigten müssen von mindestens je 10 Wahlberechtigten unterzeichnet sein. Unterzeichnet ein Wähler mehr als einen Wahlvorschlag, so wird sein Name nur auf dem zuerst eingerichteten Wahl-

muster vermerkt.

Die Wahlvorschläge sind gesondert für die beteiligten Arbeitgeber und Versicherten aufzustellen und dem Vorstand einzurichten. Der Vorstand stellt keinen eigenen Wahlvorschlag auf. Die angelegten Wahlvorschläge können während der üblichen Geschäftsstunde an unserer Kassenstelle eingesehen werden.

Die Wahlvorschläge der Wahlberechtigten müssen von mindestens je 10 Wahlberechtigten unterzeichnet sein. Unterzeichnet ein Wähler mehr als einen Wahlvorschlag, so wird sein Name nur auf dem zuerst eingerichteten Wahl-

muster vermerkt.

Die Wahlvorschläge sind gesondert für die beteiligten Arbeitgeber und Versicherten aufzustellen und dem Vorstand einzurichten. Der Vorstand stellt keinen eigenen Wahlvorschlag auf. Die angelegten Wahlvorschläge können während der üblichen Geschäftsstunde an unserer Kassenstelle eingesehen werden.

Die Wahlvorschläge der Wahlberechtigten müssen von mindestens je 10 Wahlberechtigten unterzeichnet sein. Unterzeichnet ein Wähler mehr als einen Wahlvorschlag, so wird sein Name nur auf dem zuerst eingerichteten Wahl-

muster vermerkt.

vorschläge gezählt und auf den übrigen Vorwahlen gestrichen. Sind mehrere Wahlvorschläge, die von demselben Wahlberechtigten unterzeichnet sind, gleichzeitig eingesetzt, so gilt die Unterschrift auf demjenigen Wahlvorschlag, welchen der Unterschriftenblatt einer ihm gegebenen Frist von höchstens 2 Tagen bestimmt. Unterlässt dies der Unterschriftenblatt, so entscheidet das Los.

Jeder Wahlvorschlag darf höchstens dreimal soliel Bewerber benennen, als Vertreter zu wählen sind. Die einzelnen Bewerber sind unter fortlaufender Nummer aufzuführen, welche die Reihenfolge ihrer Benennung ausdrückt, und nach Familien- und Vor-(Rut.) Namen, Beruf und Wohnort zu beschriften. Bei Versicherten ist auch der Arbeitgeber, bei dem sie beschäftigt sind, anzugeben. Mit den Wahlvorschlägen für Versicherte ist von jedem Bewerber eine Erklärung darüber vorzulegen, daß er zur Annahme der Wahl bereit ist. Bei den Wahlvorschlägen für Arbeitgeber ist eine solche Erklärung nur erforderlich, soweit ein vorgeschlagener Bewerber noch § 17 der Reichsversicherungsordnung zur Ablehnung der Wahl befugt ist.

In jedem Wahlvorschlag ist ferner ein Vertreter des Wahlvorschlags und ein Stellvertreter für ihn aus der Menge der Unterzeichner zu benennen. Ist dies unterblieben, so gilt der erste Unterzeichner als Vertreter des Wahlvorschlags und, soweit eine Stellvertreter erkenntbar ist, der zweite als sein Stellvertreter. Der Wahlvorschlagsvertreter ist berechtigt und verpflichtet, dem Vorstand die zur Beleistung etwaiger Anstände erforderlichen Erklärungen abzugeben.

Die eingerichteten Wahlvorschläge werden nach der Reihenfolge ihres Einganges mit Ordnungsnummern versehen und auf ihre Richtigkeit und Vollständigkeit geprüft. Beanstandungen müssen bis höchstens 5. November 1921 befehligt sein. Bis zu diesem Tage können die Wahlvorschläge auch noch zurückgenommen werden. Ungültig sind neben der verfügbaren eingerichteten Wahlvorschlägen solche, die nicht mit den erforderlichen Unterzeichnern versehen oder deren Bewerber nicht in erkennbarer Reihenfolge aufgeführt sind, sofern diese Mängel nicht

Gewerkschaftsbewegung.**Auf dem Wege zur Industrieorganisation im Nahrungsmittelgewerbe.**

Die Bestrebungen, bestehende Berufsverbände zu Industrieverbänden zu vereinigen, schien nach dem Kriege sehr lebhaft ein. Greifbare Gestalt nahm diese Bewegung im Nahrungsmittelgewerbe an.

Nach vergeblichen Bemühungen in den Jahren 1903 und 1908, die für die Lebensmittelindustrie bestehenden Arbeitergewerkschaften zu einer Organisation zusammenzufassen, wurde die Diskussion hierüber durch einen Beschluss des 20. Verbandstages des Brauerei- und Mühlenarbeiterverbandes wieder aufgenommen. Durch diesen Beschluss war der Vorstand des Verbandes verpflichtet worden, Informationen einzuholen, wie die anderen in Frage kommenden Organisationen sich zu einer Verschmelzung stellen.

Der Vorstand setzte sich mit den Vorständen der Verbände der Bäder und Konditoren sowie der Fleischerei und außerdem noch mit denjenigen der Verbände der Gastwirtschaften und der Tabakarbeiter zwecks gemeinsamer Ausprache ins Benehmen. Inzwischen nahm auch der Verbandstag der Fleischer und der Bevölkerung des Verbandes der Bäder und Konditoren in zustimmendem Sinne zur Verschmelzung Stellung. Die Vorstände der Tabakarbeiter und Gastwirtschaften schien bereits in der ersten, im Dezember 1919, stattgefundenen Sitzung erkennen, daß für ihre Organisationen der Zusammenschluß zu einem Industrieverband noch nicht reif, daß für sie vielmehr der Ausbau ihrer derzeit bestehenden Organisationen das nächstliegende sei.

Zwischen den Verbänden der Brauerei- und Mühlenarbeiter, der Bäder und Konditoren, der Fleischer und der Böttcher wurde eine Arbeitsgemeinschaft gebildet. Eine Kommission sollte Richtlinien dazu ausarbeiten. Die Böttcher schieden später wieder aus. Jeder der drei verbleibenden Verbände delegierte zu der "Sechserkommission" zwei Kollegen.

Der Verbandstag der Bäder und Konditoren, der im Mai 1920 in Nürnberg tagte, glaubte durch eine Verstärkung der Arbeitskommission die Verhandlungen beschleunigen zu können. Er wählte zu den bereits ernannten zwei Vertretern noch weitere fünf Mitglieder aus den Reihen der Delegierten hinzu. Um die Partei herzustellen, ergänzten nachträglich auch die Vorstände der Brauerei- und Mühlenarbeiter und der Fleischer ihre Delegierten in der Arbeitskommission um je fünf Mitglieder. Im Januar 1921 trat die erweiterte sogenannte 2ler-Kommission zur Beratung über die von den einzelnen Vorständen ausgearbeiteten Richtlinien zusammen. Diese Richtlinien, die entsprechend dem Beschluss vom März 1920 auf Schaffung einer Arbeitsgemeinschaft drei in Frage kommenden Verbände als erste Etappe hinzielten, wurden von der 2ler-Kommission verworfen und ganz erneut verlangt. Der Sechserkommission wurde aufgegeben, noch im März 1921 Richtlinien zwecks Zusammenschlusses der drei Verbände zu einer gemeinsamen Organisation, sowie einen Sahungsentwurf für letztere vorzulegen.

Bei dieser vorbereitenden Arbeit zeigte es sich, wie grundverschieden die Beziehungen in den hier in Frage kommenden Industrien für die in den drei Organisationen vereinigten Berufen liegen und wie schwer sich solche widerstreitenden Interessen miteinander in Einklang bringen lassen. Es handelt sich hier um Gebiete, wo auf der einen Seite monopol- und syndikalistische Großindustrien (Brauereien) stehen, auf der andern Seite solche mit handwerksmäßiger Betriebsform (Bäckereien und Fleischereien) in ihrer ursprünglichen Verfassung. Die Organisationsverhältnisse sind aus Zweckmäßigkeitssünden den Beziehungen in den Industrien angepaßt.

Durch Überwindung vieler Schwierigkeiten war es dennoch möglich, in bezug auf den Sahungsentwurf zu einer einheitlichen Aussöhnung zu kommen. Nicht aber schon im März, sondern erst Ende Mai 1921 war die Arbeitskommission endlich in der Lage, die Richtlinien sowie den Sahungsentwurf der 2ler-Kommission vorzulegen. Auszusehen an diesen beiden Arbeiten hatten die Vertreter aller drei Verbände, weil bei so widerstreitenden Interessen von drei ganz verschiedenartig gelagerten Beziehungen keiner Seite voll Rechnung getragen werden konnte. Soll der Zusammenschluß aller drei Verbände erfolgen, so müssen die Mitglieder aller drei Verbände mehr oder weniger, die einen nach dieser, die anderen nach anderer Richtung, lieb gewonnene Einrichtungen im Organisationshaushalt sowie erworbene Rechte auf-

gewertet. Der von der Sechserkommission ausgearbeitete Sahungsentwurf der zu bildenden Industrieorganisation nebst Übergangsbestimmungen ist in den Sommermonaten zur Diskussion gestellt worden. Durch Urabstimmung sollen die Mitglieder der beteiligten Verbände selbst bestimmen, ob sie die Industrieorganisation haben wollen oder nicht. Dabei ist festgelegt worden, daß der Sahungsentwurf als Ganzes angesehen werden muß und daß feinerlei Änderungen vorgenommen werden dürfen, auch nicht von dem nachfolgenden Vereinigungsvorstandtag. Die Bedingung ist von der Sechserkommission und von den Verbandsvorständen aufgestellt worden. Die etwas ungewöhnliche Behandlung durch diese Instanzen erklärt sich durch die eingangs erwähnte Ver-

schiedenheit der Bedingungen, unter denen die Angehörigen der einzelnen Berufsverbände arbeiten müssen. Hier und da wird durch diese Behandlung der Sache vielleicht Verwirrung unter der Arbeiterschaft angerichtet werden. Es wäre aber sehr zu bedauern, wenn dadurch etwa die Verschmelzung in Frage gestellt werden sollte.

Die Urabstimmung in den drei Verbänden: Brauerei- und Mühlenarbeiterverband, Bäckerei- und Konditorenverband und Fleischerverband findet am Sonntag, dem 9. Oktober, statt. Jedes Mitglied hat mit ja oder nein darüber zu befinden, ob der "Nahrungsmittelverband" ins Leben treten soll oder nicht. Ergibt sich in jedem der drei getrennt abstimmbaren Verbänden eine Mehrheit für die Verschmelzung, dann gilt gleichzeitig der Sahungsentwurf als genehmigt.

Es ist notwendig, daß die Mitglieder der in Frage kommenden Verbände sich über die Bedeutung der Abstimmung klar sind. Hier besteht die Möglichkeit, den Beweis zu erbringen, daß der Zusammenschluß der Arbeiterschaft nicht an ihrer Einsichtlosigkeit scheitert.

Alle sieben gewordene Einrichtungen müssen bei der Verschmelzung aufgegeben werden. Das darf aber kein Grund sein, die Verschmelzung abzulehnen. Höher wie der gewerkschaftliche Partikularismus muß das Interesse der Arbeiterschaft stehen. Wenn sich jeder, der zur Wahlurne schreitet, bewußt ist, daß nur in der immer feierwerdenen Vereinigung die Stärke des Proletariats liegt, dann wird er auch am Sonntag den Stimmzettel abgeben, der auf ja lautet, und so dazu beitragen, daß der Nahrungs- und Genussmittelverband zur Wirklichkeit wird.

Stellungnahme der Leipziger Metallarbeiter zum Verbandstag in Jena.

In der Mitgliederversammlung am Donnerstag im Saale des Zoologischen Gartens nahmen die Leipziger Metallarbeiter den Bericht von der Generalversammlung in Jena entgegen. Der Verteidigerstaat, Kollege Händel, berichtete objektiv über den Verlauf des Verbandstages. Auf eine Wiedergabe des Referats kann verzichtet werden, denn die Berichterstattung in der L. V. während der Verbandstagswoche und auch die Nachworte zum Verbandstag in den Nrn. 222 und 223 der L. V. decken sich vollkommen mit seinen Ausführungen. Kollege Händel beendete seinen Bericht mit der Mahnung an die Leipziger Metallarbeiter, das zu beherzigen was die Vertreter der auswärtigen Brüderorganisationen über die schädigende Wirkung der Spaltung in der gesamten Arbeiterschaft einigten. Er erfuhr, im Sinne des Verbandstagsbeschlusses zu wirken, die in der Resolution zum Verbandstagbericht, die mit Zweidrittelmajorität angenommen wurde, festgelegt sind. Diese Beschlüsse bedeuten eine konsequente Fortführung des Kurses, der in Stuttgart 1919 eingeschlagen wurde. Er empfahl der Versammlung die Annahme einer Resolution, in der die Zustimmung zu den Beschlüssen des Verbandstags zum Ausdruck kommt, unter Ablehnung des Arbeitsgemeinschaftsgedankens.

In der anschließenden Diskussion sprach zunächst Kollege Lieberasch. In dem Zusammengehen der Mehrheitsparteien (USPD und SPD) erblickte er nicht den Ausdruck des Einheitswillens, von dem die Massen bestellt sind, sondern eine Rechtschwenkung der Verbandspolitik und eine vollständige Niederlage der USPD. Die Tätigkeit des Vorstands deckt sich nicht mit den Stuttgarter Verbandstagsbeschlüssen. Der Verbandsvorstand sei vom Boden des Klassenkampfes abgekommen und habe Arbeitsgemeinschaftspolitik betrieben. Die falsche Führung des Kampfs, durch die Verblendung der Arbeiterschaft eine immer größere geworden sei, habe er zu verdecken gesucht durch den Kampf gegen die Kommunisten. Die wurden verantwortlich gemacht für die Misserfolge der Verbandspolitik. Lieberasch wendete sich deshalb gegen die erfolgte Bestätigung der Ausschließung der Teilnehmer an der kommunistischen Reichskonferenz sowie der übrigen, wegen verbandsgefährdendem Treiben ausgeschlossenen Kommunisten. Nicht hätten die Spaltung der Organisation wäre deren Ziel gewesen, sie hätten nur der Verbandspolitik eine andre Richtung geben wollen. Mit der Kritik des Redners der SPD, Haas, an der Tätigkeit des Vorstands erklärte sich Lieberasch einverstanden.

Durch diese Stellungnahme konnte von Lieberasch kaum deutlicher zum Ausdruck gebracht werden, daß das Ziel der Kommunisten nur darauf gerichtet ist, die gewerkschaftlichen Organisationen für ihre engeren Partizipationszwecke nutzbar zu machen, denn auch die Stellung Haas' war diktiert vom enastirischen Parteigegnern, und rief selbst den Widerstrich eines Teiles von dessen Parteifreunde hervor. Aber schöne Seelen finden sich. Die Vorstandswahlen betrachtete Lieberasch nicht als Vertrauensvolumen für denselben, sondern lediglich als Ergebnis des Auktionssystems, der zwischen USPD und SPD getrieben worden sei. Er verkannte deshalb Verhältnisse innerhalb des Verbands. Die Ablehnung des kommunistischen Antrags, für die Ressentiments aus der Hauptstadt für jedes Mitglied 1 Mark zu spenden, bezeichnete er als Ausdruck feindlicher Gesinnung gegen Sowjetrußland. Die sachlichen Gründe, die den Verbandstag zur Ablehnung bewogen haben, erfährt er nicht an. Die demagogische Geschäftsführung habe wesentlich das ablehnende Resultat erzielt. Die Abstimmung sei erfolgt nach der Wiedergabe

der Rede des Vertreters der französischen Metallarbeiter, Merzheim. Dieser sei kommunistisch von Anfang bis zu Ende gewesen. Auch durch diese Behauptung öffnete Lieberasch sich selbst, denn er mußte sich sofort sagen lassen, daß ja sein Parteifreund Brah im Präsidium des Verbandstags saß und gerade die Geschäfte desselben leitete. Am Schlüsse seiner Ausführungen legte Lieberasch eine im Sinne seiner Ausführungen gehaltene Resolution vor.

Dem Kollegen Teichgräber war es ein leichtes, die falsche Einschätzung der Arbeiten und Beschlüsse des Verbandstags seitens Lieberasch zu widerlegen und dessen Angriffe auf den Vorstand zu widerzuwenden. Sachliche Kritik an der Tätigkeit des Vorstands erfolgte auf dem Verbandstag weder von den Kommunisten noch von den Rechtssozialisten. Die Kollegen im Lande waren unter dem Druck der Verhältnisse gezwungen, wie geschehen zu arbeiten, und auch Lieberasch's praktische Tätigkeit als Gewerkschafter unterscheidet sich nicht im mindesten von dem, was vom Vorstand im Interesse der Kollegen in die Wege geführt werden mußte. Auf allen Gebieten hat der Vorstand müstermäßig Arbeit geleistet. Das ist von der Verbandsstagsmehrheit auch anerkannt worden. Die Angriffe bezüglich der Russenhilfe auf den Vorstand seien halbfös, denn gerade dieser hat sich im Prinzip mit einer Unterstützung des russischen Volkes aus der Hauptstadt einverstanden erklart. Auch die erfolgten Ausschließungen sind zu rechtfertigen. Es ging um die Einheit des Verbands, und da mußte die notwendige Disziplin aufrechterhalten werden. Die Vorgänge in Halle und anderen Orten haben ja gezeigt, was für schädliche Folgen aus der kommunistischen "Arbeit" entstehen. Auch die Vorwürfe in Bezug auf die Vorstandswahlen müssen zurückgewiesen werden. Gerade die Wahlung der USPD in dieser Form löst den festen Willen erzeugen, die Einheit der Organisation unter allen Umständen zu wahren und den Verband arbeitsfähig zu erhalten. Aus diesem Grunde war es auch geboten, die Verhältniswahlen abzuschließen. Diese würden bedeuten, die Fraktionsbildung zu einem Dauerzustand zu erheben und die gegenwärtige Zerrissenheit innerhalb der Arbeiterschaft zu vergrößern. Der Verlauf des Verbandstags war, so sagte Kollege Teichgräber am Schlüsse seiner Rede, kein Rückschritt, auch keine Rechtschwenkung, wie es von Lieberasch dargestellt wurde, sondern ein Ruck nach vorwärts.

In späterer Nachstunde erfolgte dann Schluß der Diskussion. Die Abstimmung über die vorliegenden Resolutionen ergab eine Mehrheit für die vom Kollegen Händel vorgelegte Resolution der Verbandstagsdelegierten. Damit hat die Leipziger Metallarbeiterchaft zum Ausdruck gebracht, daß sie sich auf den Boden der Verbandstagsbeschlüsse stellen will. Pflicht eines jeden Kollegen ist es deshalb nun, auch in diesem Sinne zu arbeiten und die Organisation in jeder Weise zu stärken und zu fördern.

Verschärfung im Hamburger Buchdruckerkreis.

Der Streik der Buchdrucker im Zeitungsgewerbe Groß-Hamburgs hat erheblich an Schärfe zugenommen. Alle Buchbinderei-Betriebe haben sich dem Streik angeschlossen, auch die Kaufmännischen Angestellten der Zeitungen sind in die Gehaltsmäßige Eingetreten. Die 25prozentige Erhöhung der Tarifgehälter wurde einstimmig abgelehnt und die Organisation beauftragt, sofort den Schlichtungsausschuß anzurufen. Von allen Seiten gehen den Streikenden Sympathieerklärungen und Unterstützungen in Fülle zu. — Der Streik in der Altonaer Rüstindustrie geht mit unverminderter Schärfe weiter. Die Technische Not hilfe ist daher noch dauernd tätig.

Reichs-Betriebsrätekongress für den Bergbau.

Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands beruft auf den 6. und 7. November d. J. den 1. Reichs-Betriebsrätekongress für den Bergbau nach Magdeburg in das Volkspark ein. Die vorläufige Tagesordnung umfaßt außer der Konstituierung folgende Punkte:

1. Die Wirtschaftslage Deutschlands. (Reichstagsabgeordneter Otto Hüne.)
2. Die Aufgaben und Tätigkeit der Betriebsräte im Bergbau. (Gewerkschaftssekretär Albert Matmöller.)
3. Betriebs- und Wirtschaftsdemokratie. (Dozent an der Universität Münster Richard Wolst.)
4. Schlichtungsordnung und Tarifvertragszettel. (Redakteur Paul Unbreit.)

An dem Kongress nehmen vom Bergarbeiterverband 250 von den Betriebsräten gewählte Delegierte, der Gesamtvorstand, die Redaktion und die Vertreter der Bezirksleitungen teil. Außerdem senden auch die im Bergbau in Frage kommenden freigewerkschaftlichen Arbeitnehmerorganisationen entsprechend ihrer Stärke noch besondere Delegierte. Einige Anträge müssen bis zum 24. Oktober 1921 beim Vorstand des Bergarbeiterverbands eingereicht werden.

Die Rahlaer Porzellanarbeiter sind wegen nichtbewilligter Lohnforderungen in den Ausstand getreten.

Herbst u. Winter Moden

Herbstmantel jugendliche Form, Raglanschnitt, aus kräftigem Fantasiestoff	130
Herbstmantel a.mod.Noppeßt., in hell. u. dunkl. Farb.	195
Wintermantel aus meliert. und kariert. Wolfshaussch	325
Wintermantel u.g.Esk.m.R Stepp., in hell. u. dkl. Farb.	495

Plüschi-Mantel Seal, gepresst, ganz gefüttert, taupe	1200
Velour du Nord-Mantel 125 cm lang, durchweg gefüttert ..	850
Astrachán-Mantel 120 cm, auf Clothfutter	595
Pers.-Krimmer-Mantel ganz auf Clothfutter	995

Jackenkleid a. gut. marinebl. St. m. Tressenbesatz	350
Jackenkleid a. reinw. blau. Kammgarn, ganz gef.	495
Jackenkleid a. reinw. Gabard., v.Farb., a. Serge gef.	695
Jackenkleid a. reinw. gew. Stoff, Ers. f. Maßarb., a. Serge gefüttert	895

Kleid Plissé-Form, Lackgürtel, rein. Wolle	250
Kleid Wolle, Kimono-F., Wollst., viele Farb.	295
Mantelkleid reinw. Cheviot m. Stick., versch. Farb.	350
Mantelkleid reinwoll. Serge, mit farbigem Besatz	450

Blusen	Morgenröcke	Röcke
Wolle Crepe de Chine 95	Wasch-Crepe Eiderdaun 75	Diagonal Cheviot 39

Knaben- und Mädchenkleidung	
Große Auswahl, mäßige Preise, beste Verarbeitung	



Konfektionshaus Ebert

Größtes Spezialgeschäft für Damen-, Backfisch- und Kinderkleidung in Sachsen



Wirtschaftliche Wochenschau.

Reparationsnöte.

Es ist nichts so charakteristisch für die Zerrüttung nicht nur der deutschen, sondern auch der Weltwirtschaft durch die Kriegs- und Nachkriegspolitik, als daß keine Betrachtung über die jeweilige Wirtschaftslage und Wirtschaftsfragen denkbar ist, an deren Spitze nicht der Verlauf der Zieberkurve der deutschen Wirtschaft, gemessen am

Fieberthermometer „Valuta“.

vermerkt ist. Darum muß auch wieder an der Spitze unserer heutigen Wochenschau festgestellt werden, daß die deutsche Valuta trotz einer leichten Wendung in der Reparationsfrage zum Günstigen, von der noch die Rede sein wird, nach einer vorübergehenden Erhöhung sich wieder in jener vor einer Woche erreichten Tiefen bewegt, in denen für einen Dollar 125 bis 127 Mark angelegt werden müssen. Es röhrt sich eben noch immer nichts zur Bekämpfung der Spekulationsauswüchse des Devisenverkehrs und zu einer plannmäßigen Beschaffung von Devisen und Regelung des Devisenhandels, so daß unsere Reichstagsfraktion genötigt war, die Initiative zu ergreifen und einen Antrag auf eine kräftige Erhöhung der Steuersätze für den Devisenumsatz zu stellen.

Auch die weiteren Wicklungen des Valutasurges nehmen lustig und ungestört ihren Fortgang. Die Börse schwelt weiter in Selbstgeht, aus dem Börsenindex der Frankfurter Zeitung geht hervor, daß die Börsenkurse in dem kurzen Zeitraum vom 7. Mai 1921 bis zum 30. September 1921 durchschnittlich fast auf das Doppelte — von 155 auf 283 — und seit Neujahr 1921 fast auf das Dreifache — von 100 auf 283 — gestiegen sind. Dass die Börse Grund zum Triumphieren hat — abgesehen natürlich von allen wütsten, vollständig ungerechtfertigten Ausschreitungen der Spekulation, die sich über kurz oder lang an ihr selbst bzw. an den sogenannten leichten Hand, in der die künstlich hinaufgetriebenen Papiere liegen bleiben, rächen wird —, und daß die Feststellung der sozialistischen Parteien, daß im Gegensatz zu allen anderen Volkschichten die Besitzer von Sachwerten unter der Geld- und Valutaentwertung nicht leiden, sondern profitieren, richtig ist, zeigt das weitere Aufsteigen der Tendenzkurve in schwundende Höhen. Nach dem Monatsausweis der Frankfurter Zeitung sind die Großhandelspreise gegenüber einem Durchschnitt von 100 am 1. Januar 1920 und von 125 Anfang Juli 1921 auf 150 Anfang August und 166 Anfang September angestiegen und haben sich in dem einen Monat September auf 184 erhöht. Die Erhöhung gegenüber den Kriegspreisen beträgt bereits das Zwanzigfache.

Freilich hat auch die einzige erfreuliche Wirkung des Valutasurges, daß Steigen des Verhältnisgrades der deutschen Industrie, angehalten. Bezeichnend für die sieberhaste Anspannung der Produktion — die allerdings nicht in allen Industriezweigen gleich intensiv ist — ist eine Notz, die unslängt durch die Presse ging, wonach die Prager Industrie zwei größere Aufträge auf Walzwaren durch die Vermittlung von Berliner Exportfirmen erhalten hat. Zur Erklärung und gleichsam zur Entschuldigung heißt es: „Da die deutschen Werke vollkommen beschäftigt sind, haben die Berliner Exporteure ihre Zuflucht zu tschechoslowakischen Betrieben genommen, die prompt liefern können, allerdings zu wesentlich höheren Preisen.“

Es ist unseren Lesern bekannt, daß dieses Erstarken der deutschen Industrie hand in hand geht mit einem katastrophalen Niedergang der Industrie in Westeuropa und Amerika und daß dieses Zusammentreffen kein auffälliges ist, sondern beide Ereignungen aus einer Wurzel entspringen: der Verarmung Deutschlands und Mitteleuropas und dem Gleichgewicht der finanziellen Reparationen, die an seine Füße gehängt sind und seinen Wiederausbau hemmen. Auf proletarischer Seite wurde diese Erkenntnis international errungen und ausgesprochen auf den Wiener und Amsterdamer Konferenzen, aber auch auf kapitalistischer Seite wird sie mehr und mehr zu einer internationalen. Auf dem

Deutschen Industrietag,

der vorige Woche in München stattfand, stand sie beherrschend im Mittelpunkt aller Beratungen. Insbesondere der frühere Großindustrielle und jetzige Wiederaufbaumirrath Rathenau, dem wir bei aller prinzipiellen Gegnerschaft doch nicht eine weit über das bürgerliche Durchschnittsniveau hinausgehende praktische und theoretische Einsicht in die wirtschaftlichen Zusammenhänge absprechen wollen, rieß überzeugend nach, daß das mehr künstliche als künstliche Gebäude der Kriegsschulden und Reparationen die Tendenz in sich trage, Rentnerstaaten und Slavenstaaten zu schaffen, daß aber in der modernen Weltwirtschaft ein Rentnerstaat ebenso unmöglich sei, wie ein Staat, der durch künstlich verbilligte Erzeugung die anderen Staaten niederkonkurriert.

Aber es ist für die Richtigkeit unserer Feststellung, daß die Bourgeoisie seit dem Beginn der Welt- und Weltwirtschaftskatastrophe zu jedem aufbauenden positiven Gedanken unfähig geworden und zu nichts anderem mehr fähig sei, als in dem allgemeinen Chaos für sich allein, ohne Rücksicht auf die Not der Weltwirtschaft zu retten, was zu retten ist, ein schlagender Beweis und ein beschämendes Armutszeugnis für die deutsche Industrie, daß in dieser „glänzenden“ Versammlung, in der die Spalten der deutschen Produktion vertreten waren, außer dem befaßten, auf den Wiesbadener Verhandlungen beruhenden Wiederaufbauprogramm Rathenaus nicht ein einziger positiver Gedanke ausgesprochen wurde, nicht ein einziger positiver Vorschlag darüber laut wurde, wie wir uns aus unserer Not herausarbeiten könnten und was die deutsche Industrie, die Herrscherin der deutschen Wirtschaft, zu dieser ungeheurem Aufgabe beitragen könnte. Der kleinste mancherlei Krämergeist, die härteste privatwirtschaftliche Engerzigkeit beherrschten das Feld. Selbst der einzige positive Vorschlag, das Wiederaufbauprogramm Rathenaus, wurde so frostig aufgenommen und betrachtet, daß Rathenau die Erfahrung mit nach Hause nehmen kann, daß mit der berühmten „Mitwirkung“ der Industriellen an der Erfüllung des Ultimatums, mit der sie jetzt hausieren gehen, um sich ein paar Ministerposten zu ergattern und den reaktionären Einfluß in der Verwaltung zu verstärken, auch auf dem rein industriellen Gebiet des Wiederaufbaus nicht zu rechnen ist.

Bekanntlich ist die Forderung des Proletariats nach einem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete nach sozialistischen Grundsätzen im Reparationsplan Rathenaus zu einer dürflichen Regelung der Vergabeung der Wiederaufbaulieferungen durch die soge-

nannten Leistungverbände zusammengeschrumpft. Aber selbst diese Leistungverbände, in denen das Schwergewicht auf den Industrieverbänden liegt soll, ziehen den Kapitalisten schon zu sehr nach Sozialismus, obwohl sich alle Welt darüber einigt ist, daß zur Lieferung der riesigen Mengen von Waren im Wert von 7 Goldmilliarden an einen einzigen Abnehmer eine zentral aufgebauten und bis in die kleinsten Einheiten der Wirtschaft gehende Organisation notwendig ist. Die Industriebeherrschter befürchten sich selbst, wenn sie glauben oder glauben machen wollen, daß dazu eine freiwillige Vereinigung der Industriellen, die doch vom Prinzip der Konkurrenz und vom Streben nach privatwirtschaftlichen Vorteilen nicht lassen können, genüge, wie es in der von der Konferenz angenommenen Resolution heißt. Aber welches die wahre Ursache ihres Widerstrebens gegen die Leistungverbände wie gegen jede Organisation und Regelung der Produktion ist, läßt sich aus einer interessanten Stelle der Resolution ganz deutlich herauslesen. Es heißt da:

Auch da, wo man eine zwangsläufige Bildung von Leistungverbänden nicht glaubt umgehen zu können, ist sie ausdrücklich auf den einzigen Zweck der Sachleistung für den Wiederaufbau und die Gewährleistung und Verteilung zu beschränken, ohne sie mit anderen, insbesondere sozialpolitischen Bestimmungen zu belasten.

Und noch deutscher und unverblümter hat der deutsch-nationale Abgeordnete Dr. Reichert, der auf dem Kongress eine scharfe Attacke gegen Rathenau ritt, die wahren Beweggründe der Kapitalisten enthüllt, als er ausrief: „Wohin kommen wir, wenn in das Verbandsweise Einfüsse der Gewerkschaften hineingetragen werden? Wir wollen unter uns bleiben!“

Und was hat „die deutsche Industrie“ zum größten und schwersten Problem der deutschen Wirtschaft, zur Frage, wie die Staatswirtschaft zur Leistung der Reparationszahlungen instand gebracht werden soll, zu sagen? Auch hier bewährt sie sich als der Geist, der heute nicht mehr anders kann als Verneinen. Zwar sind heute die Zeiten schon vorbei, wo — man danke an die Kampagne der Bourgeoisie gegen Erberger Steuergesetzgebung, der nicht nur sie, sondern auch ihr Urheber tatsächlich schließlich zum Opfer gefallen ist — die Bourgeoisie einen offenen Widerstand gegen die ganz unzulänglichen Besteuerungen, wie sie in den 15 Steuergesetzwürfen des Reichsfinanzministeriums geplant sind, wagen könnte. Aber in den Nieden, die auf der Reichskonferenz gehalten wurden, wurden Forderungen, ancheinend unter Zustimmung der Versammlung, aufgestellt, deren Verwirklichung den ganzen Effekt der Besteuerungen nullwerts machen würde, wie z. B. die Forderung, daß man zu den Bewertungsgrundzügen der Reichsabgabenordnung zurückkehren müsse, auf Grund derer nur ein Bruchteil der tatsächlich vorhandenen Sachvermögen steuerlich erfaßt werden würde.

Aber was gesagt wurde, war nicht einmal so wichtig, als worüber geschwiegen wurde. Es wurde nämlich über die mit so großer Reklame in die Welt hinaus gebrachte Kreditaktion der Industrie zur Erleichterung der Devisenbeschaffung für die Reparationszahlungen auf diesem Kongress der Industrie fast kein Wort gesprochen, und die darüber angenommene Resolution begnügte sich mit einer allgemeinen Phrase über die Bereitwilligkeit der Industrie zu dieser Aktion, aber nur unter gewissen einschränkenden Bedingungen, von denen merkwürdigweise früher nicht die Rede gewesen war, nämlich, daß die übrigen Kreise der Wirtschaft: Landwirtschaft, Handel und Banken in gleicher Weise sich betätigen und daß unverzüglich Maßnahmen durchgeführt werden, die die soziale Finanzwirtschaft als den Kredit des Reiches und der Privatwirtschaft untergraben bestreift werden. Darauf über, wie diese Finanzwirtschaft bestreift werden soll, herrsche Schweigen. Oder glauben die Herren, daß es dazu genügt, wenn die vorgeschlagenen Steuergesetze, soweit durch sie der Welt getroffen wird, verschlechtert und verwässert werden?

Aber selbst wenn die vorgeschlagenen Steuergesetze mit ihrer schweren Belastung der Verbrauchermassen länderlos und ohne Sabotage durch die Bourgeoisie durchgeführt werden sollten, so ist auch den Industriellen nicht unbekannt, daß damit nur das Defizit des normalen Staatshaushalts gedeckt werden könnte, nicht aber die ungeheuren Ausgaben für die Reparationen, daß zu diesem Zweck ein Eingriff in die Substanz, eine Beteiligung des Reiches an den Sachwerten nicht zu umgehen ist. Auch über

diese Frage hat der Kongress sich gründlich ausgeschwiegen — und somit durch den ganzen Verlauf seiner Tagung auch den verstocktesten Rechtssozialisten den glänzendsten Beweis dafür geliefert, — wenn ein solcher Beweis überhaupt noch notwendig war —, daß die Großbourgeoisie trotz aller Sirenenläute ihre negative Stellungnahme zur Frage der Erfüllung unserer Reparationsverpflichtungen und des Wiederaufbaus unserer Staatswirtschaft nicht geändert hat und daß der Beschluß von Görlich ein großer Hergenfall auf die gleisnerischen Versprechungen der Kapitalisten und die überbordlauen Regisseure von Görlich bezogene Betrüger waren.

Immerhin, die Feststellung, daß die deutschen Reparationsverpflichtungen nicht nur die deutsche, sondern die ganze Weltwirtschaft ruinierten oder zumindest auf das schwerste schädigten und hemmen, ist an sich richtig und ringt sich in der ganzen Welt immer mehr durch: Die Rede Churchill's, die wir in der vorigen wirtschaftlichen Wochenschau besprachen, war ein weithin sichtbares Symptom dafür. Freilich hat auch die beste und tressendste Rede keinen Wert, wenn sie nicht Widerhall findet und Taten wirkt. Dem steht aber der „heilige Egoismus“ der privaten und nationalen Wirtschaften als ein schweres, vorläufig noch unüberwindbar scheinendes Hindernis im Wege. England hat durch den Mund Churchills an Amerika appelliert und es beschworen, es sollte von seinen unsinnig hohen Forderungen an seine Verbündeten, die ihm nichts nützen, aber die Alliierten aufs schwerste schädigen, etwas nachlassen, damit die Alliierten instand gesetzt werden, auch gegenüber Deutschland denselben Weg der Lastenerleichterung einzuschlagen — Aber von Amerika das auf dem Gold, das noch immer in ununterbrochenem Strom in seine Wirtschaft einfließt, erfordert, dem es fünf Millionen Arbeitslose zu verdanken hat, und das anscheinend noch immer nicht genügend davon hat, ist bisher kein Echo laut geworden. Das einzige, was Europa von drüben zu hören bekam, war eine Ablehnung des Churchill'schen Vorschlags, daß mit der Abrialungskonferenz eine Konferenz zur

Beratung der internationalen Währungs- und Schuldenfragen

verbunden werden sollte. Sollte das offizielle Amerika tatsächlich auf diesem Standpunkt beharren, dann wären die Bestrebungen, die jetzt in England, besonders in City-Kreisen, immer mehr anwachsen, von England aus eine internationale Währungskonferenz zur Gesundung der Währungen der verschiedenen Länder und zur Wiederherstellung der Goldwährung für Anfang Dezember einzuberufen, dazu verurteilt, im Sande zu verlaufen, und daselbe Schicksal widerfuhr einer Konferenz, auf der „die Fragen der wirtschaftlichen Gesundung und des Weltfriedens“ erörtert werden sollen, die angeblich schon am 11. dieses Monats in London unter Beteiligung von Delegierten fast aller europäischen Staaten und Japans zusammengetreten soll. Denn daß das internationale Währungsproblem solange nicht gelöst werden kann, ehe nicht die Voraussetzungen dazu durch eine Gesundung der wirtschaftlichen Beziehungen und des Wirtschaftsverkehrs zwischen allen Mitgliedern der Weltwirtschaft geschaffen sind, darüber haben uns die traurigen Erfahrungen der Brüsseler Finanzkonferenz und alle ihr nachfolgenden Versuche einer Sanierung der zerstörten Währungen genugsam belehrt.

Hat aber die englische Bourgeoisie Grund, der amerikanischen Bourgeoisie Vorwürfe zu machen? Es wirkt wie ein Witz der Weltgeschichte, daß genau eine Woche nach der Rede Churchills im stolzen Freihandelsslande England ein Gesetz in Kraft getreten ist, das die Einfuhr von rund 6000 Waren mit Schutzzöllen belegt, in einer Höhe, die ganz dazu angeht ist, den Handelsverkehr mit dem Ausland zu erdrosseln. Wie sollen Wirtschaft und Währung gesunden, wenn England und seinem Beispiel folgend, die meisten anderen Länder sich durch Schutzzölle und Vergestaltungsmassnahmen hermetisch voneinander absperren und den internationalen Wirtschaftsverkehr erschlagen?

Aber trotz aller egoistischen Kuriositäten hängt und drückt ringt sich die Erkenntnis, daß nur durch internationales Zusammenarbeiten und nicht durch ein wildes Gegeneinanderarbeiten, wie bisher der Weg zur Gesundung der Wirtschaft gefunden werden kann, allmählich in den Ländern der Besiegten wie der Sieger durch. Man gebt sich nicht der Täuschung hin, daß diese Erkenntnis in den besiegten Ländern immer und in allen Kreisen bestanden hat. Nicht nur die unentwegten Imperialisten im aldeutschen Lager, nein, auch weitere Kreise der leider noch immer die Wirtschaft beherrschenden Bourgeoisie können sich, wie der Verlauf der Industrietagung in München zeigte, noch nicht mit dem Gedanken vertraut machen, daß Deutschland ehrlich und ohne Hintergedanken zum Wiederaufbau des von den wilhelminischen Heeren zerstörten seine Hand bleiten muß. Und da die Kapitalisten aller Länder vom gleichen Kaliber sind, kann man sich vorstellen, um wieviel schwerer sich der Gedanke des Zusammenarbeitens in den Siegerländern durchsetzt. Und doch zwingt die Macht der wirtschaftlichen Notwendigkeiten sie Schritt für Schritt auf diesen Weg. Wiesbaden war der erste Schritt dazu und die Befriedigung, die über die

Wiesbadener Verhandlungen

nicht nur in Deutschland, sondern auch in Frankreich laut wurde, das Drängen der französischen Presse aller Richtungen nach Ratifikation des Abkommens beweist, wie tief die Überzeugung von der Notwendigkeit dieses Weges bereits gedrunken ist. Auch das Schwinden des englischen Widerstandes weist in dieselbe Richtung. Offiziell hat man sich in England in niemals gegen das Wiesbadener Abkommen ausgesprochen, aber in der bürgerlichen Presse waren die verschiedensten Bedenken dagegen laut geworden und auch offiziell wurde nichts darüber gesagt, wie man sich in der Reparationskommission zur Frage der Ratifikation des Abkommens stellen werde. Aber man sieht in England immer mehr einzuladen, daß Europa und nicht in letzter Linie England selbst ein maßhaft feindliches Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland unbedingt braucht, daß dem unerträglichen Zustand, daß Frankreich jeden Augenblick mit dem Einmarsch und der wirtschaftlichen Vernichtung Deutschlands droht, ein Ende gemacht werden muß, sei es auch um den Preis einer Bevorzugung Frankreichs bei den deutschen Reparationsleistungen. Deshalb läuft von England aus kein ernstlicher Widerstand gegen das Wiesbadener Abkommen mehr zu erwarten sein und eine Einigung zwischen England und Frankreich auf der Basis, daß Frankreich im Falle einer Einstellung der deutschen Reparationsleistungen für die Sachlieferungen, die es über seinen Reparationsanteil hinaus erhalten hat, eine Entschädigung an seine Verbündeten gewährt, leicht zu erzielen sein.

Ein weiteres Symptom für die Einkehrt der Vernunft ist, daß Frankreich endlich seinen Widerstand gegen die

Aushebung der wirtschaftlichen Sanktionen

aufgegeben hat. Wenn auch einerseits durch die neu zu schaffende Kontrollkommission noch genug Reibungs- und Schikanierungsmöglichkeiten zuungunsten der deutschen Wirtschaft gegeben sind und andererseits das Aufsehen der Wirtschaftskonjunktur in Deutschland den Druck der Sanktionen in der letzten Zeit weniger fühlbar gemacht hatte, so ist doch ihre Aushebung nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen, sondern vor allem deshalb zu begrüßen, weil sie zur Gelindung der vergangenen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland sehr viel beitragen wird.

Und schließlich fällt in dieselbe Linie der bedeutsame und begrüßenswerte Beschluß der Garantiekommision, daß die nächste am 15. November fällige Reparationsrate, die etwa 325 Millionen Goldmark betragen dürfte, durch die deutschen Sachlieferungen seit dem ersten Mai und die von England eingehobene 28prozentige Ausfuhrabgabe auf deutsche Waren als bezahlt zu betrachten ist, so daß die Reichsregierung an diesem Termin keine Barzahlungen (in Gold oder Deutzen) zu leisten hat und die weitere Zerrüttung der deutschen Valuta durch Devisenkäufe des Reiches uns vorläufig erwartet bleibt.

Eine der unheilvollen Unzulänglichkeiten der kapitalistischen Wirtschaftsordnung besteht darin, daß alle Korrekturen der Wirtschafts- und Unzulänglichkeiten, von denen sie voll ist, erst im nächsten, wenn der Schaden schon geschehen, die Wirtschaft schon zerstört ist, vorgenommen werden. In der Reparationsfrage sehen wir daselbst Gelegenheit der kapitalistischen Wirtschaft wirken: zuerst muss der Schaden — die Zerrüttung der deutschen und der Weltwirtschaft — da kein und sich möglichst tief gefressen haben, ehe sich allmählich und unter den schwersten Hemmungen die Korrekturen an der widerständigen, vom internationalen Proletariat von Anfang an bekämpften „Lösung“ der Wiedergutmachungsfrage vollziehen.

Neues Theater.
Augustusplatz (Rathaus verboten.) Fernruf 1415.
Donnerstag, den 6. Oktober 1921. 208 Minreitsch-Schauspiel (4. Polizei-Stau).
Hoffmanns Gräblungen.
Glanzvolle Oper in einem Actspiel, 8 Bildern und einem Nachspiel mit Beendigung von G. T. M. Hoffmann Novellen von Quetsch
Barbie, Mußt von Maxes Offenbach.
(Meine Sündhaftigkeit.)

Stücktitel: Zeitung: Albrecht Conrad. Wühnenleitung: Paul Weißleder. Personen des Vor- und Nachspiels: Der Dichter Hoffmann (Albrecht Conrad); Altmann, sein Freund (Eduard Weißfeld); Sibylle (Oskar Lohner); Sibylle (Eduard Weißfeld); Andrea, Dienst bei Stella (Walter Eisner); Nebenrollen: Herrmann, Studenten-Kellner, Schloß, Alois Röschappel. Berolina der drei Bilder; Hoffmann (Albrecht Conrad); Altmann (Eduard Weißfeld); Gopplins, Daperinato, Doctor Alvaro (Oskar Lohner); Spalanzani, Professor der Physik (Alfred Vogel); Olympia (Wertraub Wöhner); Giulietta (Elma Martin); Mai Kripel (Otto Solymani); Unionia, seine Tochter (Mosa Lind); Cogenito, Dienst bei Sestanzano, Altmanns, Francesco, Franz, Dienst bei Kripel (Walter Eisner); Cleonor; Schlemihl (Emil Herdtling); Die Stimme von Antonius Müller (Walter Hoffmann).

Mittlere Preise, Eintritt 5,- Uhr, Anfang 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr. Freitag, den 7. Oktober: Vorstellung für das Arbeiterbildungsinstitut (Besitz Semper-Süden 50001-62250). Die Bandenküde, Anfang 7 Uhr. Sonnabend, den 8. Oktober: 21. Minreitsch-Vorstellung (1. Folge, 2. Teil); Zar und Zimmermann, Anfang 7 Uhr. Einlaufe Preise.

Altres Theater.

Richard-Wagner-Fest. (Rathaus verboten.) Fernruf 1416.

Donnerstag, den 6. Oktober 1921.

Öffentliche Vorstellung

gleichzeitig Unrechtsspielung für die Theatergemeinde S.B.D.

Gauft

von Goethe.

In Szene gesetzt von Alwin Kruckauer.

Vorlog im Himmel: Der Herr (Erich Kleff); Aphrodite, Gabriel, Michael, die drei Engels (Eduard Weißfeld, Hans Zellek, Willi, Eugen Weber); Meißnertypen (Ewald Schröder).

Der Erzbischof erster Teil (Ed. Weißfeld); Haupt (Willy Waller); Wagner (Kurt Schröder); Utter, Zwicker, Dittler, Werter, Münter

und Weißfeld; Schauspieler (Walter Eisner, Walter Röschappel, Werner Eisner); Greiter, Smolka, Schüller (Greiter, Wagners, Willy Weißfeld); Greiter, Zwicker, Dienstleben (Wolfgang Höglund); Einlaufe Preise, Eintritt 5,- Uhr, Anfang 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

Freitag, den 7. Oktober: Vorstellung für das Arbeiterbildungsinstitut (Besitz Semper-Süden 50001-62250). Die Bandenküde, Anfang 7 Uhr.

Sonnabend, den 8. Oktober: 21. Minreitsch-Vorstellung (1. Folge, 2. Teil); Zar und Zimmermann, Anfang 7 Uhr. Einlaufe Preise.

Allgem. Arbeiter-  Bildungs-Institut

Oper, Serie A. Bezirk Zentrum-Süden Nr. 50001 bis 52250. 4. Opernvorstellung, Neues Theater, Freitag, den 7. Oktober, abends 7 Uhr: Die Zauberflöte von Mozart. Einzelplatz 12.50 M., 3. Rang Mitte 5.00 M., 3. Rang Seite 2.75 M.

Schauspiel, Serie B. Bezirk Westen Nr. 1-1200. 18. Vorstellung, Altres Theater, Dienstag, den 11. Oktober, abends 7.30 Uhr: Kabale und Liebe von Schiller. Einzelplatz 5.50 M., 3. Rang 1.20 M.

Schauspiel, Serie B. Bezirk Osten Nr. 20001 bis 21200. 19. Vorstellung, Altres Theater, Freitag, den 14. Oktober, abends 7.30 Uhr: Der Doppelgänger nach Mord von Anzengruber. Einzelplatz 5.50 M., 3. Rang 1.20 M.

Schauspiel, Serie B. Bezirk Zentrum-Süden Nr. 54001-Schl. 20. Vorstellung, Altres Theater, Sonntag, den 16. Oktober, nachmittags 3 Uhr: Maria Magdalena von Debrelle. Einzelplatz 4.- M., 3. Rang -80 M.

Konzert, Serie C. Bez. Westen Nr. 1-Schl. 4. Konzert, Nord-Nr. 1-Schl. 4. Konzertkonzert, Palmenarten, Sonntag, den 18. Oktober, vormittags 11 Uhr: III. Sommertone-Konzert. Eintrittspreis 6.- M.

Karten sind gegen Vorzeigung der Unrechtskarten in den bekannten Verkaufsstellen zu haben. Die aufgerufenen Unrechtskarten müssen ihre Eintrittskarten spätestens 3 Tage vor der Vorstellung entnommen haben, sonst erhält der Anspruch.

Krystall-Palast 

Theater Fernruf 2071
Täglich abends 11.30 Uhr:
★ Fiametta Hildegarde ★

Klassische Tanzkünstlerin.
Lorch-Familie 
Die weltbekannten Ikarier sowie das weitere, erstklassige Varieté-Programm. 

Battenberg 

Varieté Tel. 1370 Theater
Anfang 8 Uhr
Verlängertes Gastspiel des Leipziger Lieblings Gustav Bertram
Marga Peter
V. Apollo-Theater, Düsseldorf, als Gast in „Der Affenbaron“
Vorverkauf: Tageskasse 10-2 und Zigarren-Geschäft K. Hirsch, Katharinenstrasse 6.

Eiskellerpark 

Morgen Freitag sowie jeden Freitag
Der große Ball-Betrieb.

„Goldner Helm“ 
L-Eutritzschi Inh. Max Sonntag Straßenb. 16
Jeden Freitag und Sonntag
Der vornehme Ball. Original Jazz-Band
Die elegante DIELE des Nordens
Der große Saal ist noch einige Sonnabende frei, Mittwoch, den 12. Oktober, Bunter Theater.

Freie Turnerschaft L-West

Sonnabend, den 8. Oktober, im Felsenkeller, L.-Plagwitz

Herbst-Vergnügen

Turnerische Aufführungen

und grosser Ball

Einlass 6, Anfang 1/2 Uhr

Karte 2.— Mark

Hierzu laden die Arbeitserschaft freundlich ein DER VORSTAND



Gasthof Neustadt.

Freitag 11.7 Uhr, Sonnabend 5 Uhr

im festlich dekorierten Saal

Die großen Oktoberfeste.

55 Tanz-Palast Sächsischer Hof

Leipzig-Schönefeld, Löbauer Straße 2 (Straßenbahn 11).

Elegantes Wein- und Bierhaus

Morgen Freitag abends 11.30 Uhr: **Elite-Tanz-Abend**

Doppel-Orchester: Reinhard Neumann, persönliche Leitung sowie Original-Jazz-Band.

Fernruf 4556

Variété

Europäische Börsenhalle

Katharinenstraße 12 — 900 Sitzplätze

Ein Bomben-Erfolg: Das neue Oktober-Programm 10 neue Attraktionen

Nachtfalter

Hainstraße 18

Allabendlich 7½ Uhr

Kabarett.

Albertgarten.

L.-Ost. Straßenb. 20 u. 21 ab Augustuspl. 10 Min.

Freitag Sonntag Gr. Oktober-Feste

im festlich dekorierten Festsaal Montag, 10. Okt., 1. Sensationsvorstellung der Bunten Volksbühne.

U. a.: Der große Film. Operette von H. Marcellus.

Westendhallen

2. Plagwitz, Schönherre Str. 41, Straßenb. 2, 3, 5. Tel. 40663

Modernistischer Saal Leipzigs

Jeden Freitag und Sonntag im Oktober:

Große Oktober-Ballfeste.

Verlässliche Überlandlind-Akkordeon.

Gästebetrieb. Diverse Überraschungen.

Im unserm Verlage ist erschienen:

Gerhart Segner

Kunst und histor.

Materialismus

Ein Beispiel neuer Kunstbetrachtung.

Preis 2 Mk.

Bestellungen nehmen Austräger und Filialen der Volkszeitung entgegen.

Leipziger Buchdruckerei A.-G.

Abteilg. Buchhandlung Tauchaer Straße 19/21.

Die Stimme von Antonius Müller (Walter Hoffmann).

Ein Beispiel neuer Kunstbetrachtung.

Preis 2 Mk.

Bestellungen nehmen Austräger und Filialen der Volkszeitung entgegen.

Leipziger Buchdruckerei A.-G.

Abteilg. Buchhandlung Tauchaer Straße 19/21.

Die Stimme von Antonius Müller (Walter Hoffmann).

Ein Beispiel neuer Kunstbetrachtung.

Preis 2 Mk.

Bestellungen nehmen Austräger und Filialen der Volkszeitung entgegen.

Leipziger Buchdruckerei A.-G.

Abteilg. Buchhandlung Tauchaer Straße 19/21.

Die Stimme von Antonius Müller (Walter Hoffmann).

Ein Beispiel neuer Kunstbetrachtung.

Preis 2 Mk.

Bestellungen nehmen Austräger und Filialen der Volkszeitung entgegen.

Leipziger Buchdruckerei A.-G.

Abteilg. Buchhandlung Tauchaer Straße 19/21.

Die Stimme von Antonius Müller (Walter Hoffmann).

Ein Beispiel neuer Kunstbetrachtung.

Preis 2 Mk.

Bestellungen nehmen Austräger und Filialen der Volkszeitung entgegen.

Leipziger Buchdruckerei A.-G.

Abteilg. Buchhandlung Tauchaer Straße 19/21.

Die Stimme von Antonius Müller (Walter Hoffmann).

Ein Beispiel neuer Kunstbetrachtung.

Preis 2 Mk.

Bestellungen nehmen Austräger und Filialen der Volkszeitung entgegen.

Leipziger Buchdruckerei A.-G.

Abteilg. Buchhandlung Tauchaer Straße 19/21.

Die Stimme von Antonius Müller (Walter Hoffmann).

Ein Beispiel neuer Kunstbetrachtung.

Preis 2 Mk.

Bestellungen nehmen Austräger und Filialen der Volkszeitung entgegen.

Leipziger Buchdruckerei A.-G.

Abteilg. Buchhandlung Tauchaer Straße 19/21.

Die Stimme von Antonius Müller (Walter Hoffmann).

Ein Beispiel neuer Kunstbetrachtung.

Preis 2 Mk.

Bestellungen nehmen Austräger und Filialen der Volkszeitung entgegen.

Leipziger Buchdruckerei A.-G.

Abteilg. Buchhandlung Tauchaer Straße 19/21.

Die Stimme von Antonius Müller (Walter Hoffmann).

Ein Beispiel neuer Kunstbetrachtung.

Preis 2 Mk.

Bestellungen nehmen Austräger und Filialen der Volkszeitung entgegen.

Leipziger Buchdruckerei A.-G.

Abteilg. Buchhandlung Tauchaer Straße 19/21.

Die Stimme von Antonius Müller (Walter Hoffmann).

Ein Beispiel neuer Kunstbetrachtung.

Preis 2 Mk.

Bestellungen nehmen Austräger und Filialen der Volkszeitung entgegen.

Leipziger Buchdruckerei A.-G.

Abteilg. Buchhandlung Tauchaer Straße 19/21.

Die Stimme von Antonius Müller (Walter Hoffmann).



In Dosen überall erhältlich.
Fabrik: Urban & Lemm., Charlottenburg.

Zabritziger Zeiglhauß Neumarkt 18
Vertreter: Kurt Prüfer. Fernsprecher 15815.

Preis-Skaten
Freitag, den 7. Oktober
Samstag, " 8. :
Sonntag, " 9. :

Restaurant Schwarzwald :: Stötteritz
Erster Preis 1000 Mk.

Wochentags: Einlaß 4½, Anfang 5, Ende 11 Uhr

Lindenfels
Karl-Heine-Straße 50 Fernruf 18105/96
Morgen

Die Geliebte Koswolsky.
5 Akte mit
Paul Wegener, Asta Nielsen, Max Landa.

Seefahrt ist not!
Lebensbild in 5 Akten mit
Lucie Hößlich.

Wintergarten
Eisenbahnstraße 56 Fernruf 18105/96
Morgen

Goliath Armstrong
4. Teil:

Den Glüten preisgegeben

5. Teil:
Den Tod im Norden
Die holländische Insel Marken.
Naturaufnahme.

Cine-U.T. Spiele
IN KUNZEL

Ab heute Donnerstag!
12 Akte Grosses Doppel-Programm 12 Akte
Erstaufführung! Der Erstaufführung!

Silberkönig III. Teil
6 Akte mit Bruno Kastner und Leopoldine Konstantin

John Franklin (Bruno Kastner) ist Silberkönig geworden, sein chinesischer Freund glaubt an seine Unschuld und sucht nach anderen Spuren.

Durch: H. Riebeckb. 19. 10. 1921

Erstaufführung! Erstaufführung!

Drei Nächte
Ein Sittenbild

6 Akte mit Reinhard Schünzel, O. Gebühr 6 Akte
Sybil Morel, G. Hollmann

Dieser Film wurde bekanntlich von der Reichszensur verboten und erst von der Oberprüfkammer ohne jeden Ausschnitt freigegeben.

Einlaß 3½ Uhr Anfang 4 Uhr.

der Herzen Stadt

Lichtspiele Alberthalle

Wir bringen ab Freitag, den 7. Oktober
in alleiniger Erstaufführung:

Tarzan III

und zwar:

Tarzans Rache.

Original-amerikanischer Sensations-Tierfilm

aus dem Dschungel-
Urwald in
7 gewaltigen Akten.

Wir machen speziell darauf aufmerksam, daß die in diesem Film verwandten Tiere alle lebend und echt sind und dieser Film nicht mit Filmen ähnlichen Titels zu vergleichen ist. Die fabelhaften Aufnahmen zeichnen sich durch eine besondere Plastik und Schärfe aus, so daß fast jedes Bild wie ein Gemälde wirkt.

Außerdem:

Tolle Ratte.

Hochoriginalles Lustspiel in 3 Akten.

Hauptrollen: Ilse Bois, Lene Voß.

Verführung des Tarzan 5, 7, 9 Uhr, Anfang Wochentags 1½ Uhr,

Sonntags Anfang 3 Uhr.

Trotz des hervorragenden Spielplans keine erhöhten Preise.



Zurückgekehrt
Dr. med. Kammler
Bayersche Straße 45
Telephon 7931
8-9, 2-½, 6 (außer Mittwoch nachmittag)

Zurück
Dr. Pfennigsdorf
Böhlig-Ehrenberg
Sprechzeit: Wochentags 8-9 und 1-2 Uhr.

Herr A. Röwing in Görlingen schreibt: Meine

beseitigt.

Ber. Nachbedienung ist

Herbo-Gemüse besonders zu empfehlen. Zu haben in allen Supermärkten, Droger-

und Parfümerien

oder durch Schausaumasse von Obermeier's Mitgliedern.

Beste Mutterkraut.

Beste